

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 5. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Glossen zum bürgerlichen Frauenkongreß.

Die Damen, denen die Arrangierung des Kongresses und der Ausstellung oblag, haben sich als äußerst geschickte Regisseure erwiesen, soweit es sich darum handelte, einen äußeren Erfolg sicher zu stellen. Einmal bestand ihre Geschicklichkeit schon darin, daß sie 84 verschiedene Vereine, die die heterogensten Elemente der bürgerlichen Frauenwelt umschließen, auf dem Kongreß vereinigt und zur Teilnahme an der Ausstellung veranlaßt hatten. Indem die vaterländischen und patriotischen Frauenvereine, die Hausfrauenvereine, die Vereine rein charitativen Charakters, die konfessionellen Vereine der verschiedenen religiösen Bekenntnisse, Abstinenzvereine, die Vereine für höhere Frauenbildung, die Frauenstimmrechtsvereine der verschiedenen Richtungen und last not least eine Reihe nicht freierorganisierter Arbeiterinnengruppen als Teilnehmerinnen des Kongresses aufmarschierten, wurde nicht nur eine weitgehende Einheitlichkeit der bürgerlichen Frauenbewegung vorgeführt, es wurden damit auch schon fast alle Schichten der Besitzenden für den Kongreß interessiert, ja sogar bis zu einem gewissen Grade mit engagiert. Als dann aber für die Ausstellung das Protektorat der Kaiserin erreicht und der Kongreß durch leibhaftige Minister und andere behördliche Spitzen begrüßt worden war, da war es geradezu eine gesellschaftliche Pflicht für das honette Bürgertum geworden, Kongreß und Ausstellung zu besuchen.

Der Besuch des Kongresses wurde für die Damen zu einem großen Erlebnis. Das durfte keine versäumen, jede wollte doch „dabei gewesen sein“.

Soweit hatte die rein äußerliche Regiekunst gemaltet. Ebenso geschickt war — immer natürlich vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet — die Zusammenstellung des Programms und die Art, wie die Referate abgefaßt waren, um beileibe nicht die Illusion der Einheitslichkeit zu stören, beileibe nicht nach rechts „anzudecken“.

An die Spitze des Programms war die Behandlung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit der Frau gestellt. Dann folgten Erziehungs- und Berufsfragen und den Schluß bildete die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde und in der Politik.

Man hatte jedoch nicht nur die Behandlung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit der Frau an die Spitze der Kongreßbehandlungen gestellt, sondern man hatte sie auch recht breit in den Mittelpunkt gerückt. Das Loblied der hausfraulichen Tätigkeit ward in allen Tonarten gefungen und allen Ernstes verlangt, daß von dem Einkommen des Mannes ein bestimmter Teil der Frau für die Hauswirtschaft und für ihre persönlichen Bedürfnisse geleglich zugesprochen werde. Bittere Klage ward geführt über die niedere Einschätzung der hausfraulichen Tätigkeit, die doch so hohe sittliche Werte schaffe. „Nicht nach den Lebensbedingungen der 92 Proz. ungelernter Arbeiterinnen, auch nicht nach den Lebensbedingungen der 8 Proz. Erwerbstätigen in höheren Berufen seien die Zukunftsideale der Frauen aufzustellen, sondern — nach den Lebensbedingungen der Hausfrau!“ Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Hausfrau sei deshalb anzustreben durch eine höhere Bewertung ihrer hausfraulichen Tätigkeit. Punktum! Verraten solche Forderungen auch die trassete Unwissenheit in nationalökonomischen Fragen, so liegt doch Methode in ihrer Aufstellung.

Das starke Betonen des Wertes der Hausfrauentätigkeit und die eingehende Behandlung des „religiösen Lebens“ der Frau hatten augenscheinlich den Zweck, Proselyten der Frauenbewegung zu werben in den rückständigsten konservativen Kreisen, hier die Widerstände zu überwinden, die der Frauenbewegung entgegenstanden.

Um jeden Richter, der die „schöne Harmonie“ und die „Einheitslichkeit“ hätte stören können, zu vermeiden, waren die Referate vorher sorgsam ausgearbeitet, — miteinander verglichen und gegenseitig angepaßt. Die Diskussionsrednerinnen, denen ganze 7 Minuten zur Verfügung standen, hatten sich, bis auf wenige Ausnahmen, vorher angemeldet und — ihre Diskussionsrede schriftlich fixiert. So war natürlich von einer Klärung der zur Behandlung stehenden Fragen durch eine an die Referate anknüpfende und auf sie eingehende Diskussion keine Rede. Es wurden keine großen Richtlinien aufgestellt, die wegweisend für die Zukunft dienen könnten, sondern es waren 1/2stündige und 7 Minuten lange Deklamationen der einzelnen Rednerinnen.

Eine der Damen sprach denn auch von der Fülle des Dar- gebotenen, die gleich einem Chaos ihrem Geist vorjähwebe.

Zu allem Ueberschuß hatte die Vorsitzende, Fräulein Gertrud Bäumer, am ersten Tage ausdrücklich betont, daß von einer Polemik der Delegierten untereinander keine Rede sein könne. Das galt aber nur für die rechtsstehenden Teilnehmerinnen. Denn als am letzten Tage die politische Tätigkeit der Frau zur Diskussion stand, — man widmete ihr knapp 1 1/2 Stunde am Schluß des Kongresses, eigentlich nach Schluß, denn diese Frage kam erst nach 2 Uhr nachmittags an die Reihe — da ward Frau Cauer, die dem Kampf um das gleiche Frauenwahlrecht das Wort redete, von der zweiten Referentin, Frau Fischer-Eckert, und von der Diskussionsrednerin Helene Lange heftig angegriffen. Besonders die erstere sprach von „Phrasen“ und von dem „Ge-

fasel“ unantastbarer Menschenrechte; man möge sich einigen auf die Forderung des Frauenstimmrechts schlechthin.

Nach rechts wurden die Vaden der Teilnehmerinnen gestreichelt, nach links kräftige Backpfeifen ausgefeilt.

Wie konnte Frau Cauer sich auch unterziehen, zu erklären, daß die Eroberung des politischen Vereinsrechtes der Frauen den Arbeiterinnen zu danken sei, wie konnte sie anerkennend von der guten politischen Schulung der Proletarierinnen reden und auch für diese das Wahlrecht reklamieren. Davon wollen doch die Damen nichts hören. Hatten sie doch schon laut gemurrt oder spöttisch gelacht, als am ersten Tage Frau Deutsch erklärte, daß die Gesindeordnungen und die durch sie für die Hausangestellten geltende Rechtslage ein Ueberbleibsel der Sörigkeit darstellen.

So bekam man bei der Behandlung der „Probleme der landwirtschaftlichen Frauenarbeit“ auch nichts zu hören von den Gesindeordnungen und den Ausnahmegesetzen gegen ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen, nichts von der endlos langen Arbeitszeit, der völlig ungeschützten Kinderarbeit, der starken Kindersterblichkeit auf dem Lande, nichts von der stark verschlechterten Ernährung der ländlichen Bevölkerung, ihrer schandbar niedrigen Bezahlung und ihren mehr denn traurigen Wohnungsverhältnissen.

Wo aber, wie z. B. bei der Lage der Krankenpflegerinnen, eine Diskussionsrednerin es wagte, die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Frauenschicht zu beleuchten, ward sie vom Referenten im Schlußwort einer Verdächtigung „vaterländischer Einrichtungen“ geziehen.

Von den Arbeiterinnen, von den Verhältnissen, in denen sie leben, von den Maßnahmen zu ihrem materiellen und geistigen Aufstieg, hörte man nichts. Wie sollte man auch, wir leben doch in der „herrlichsten der Welten“, in der die Persönlichkeit der Frau immer mehr entwickelt und differenziert, ihr Seelenleben auf das höchste kultiviert wird, — so fern man im Billenbierfeld des Westens wohnt. Wozu soll man sich da mit diesen „kulturarmen“ Proletarierinnen beschäftigen. Da müßte man schließlich den Ursachen ihrer Not nachgehen, oder es sich gefallen lassen, daß da so ein ungeheurer Diskussionsredner darauf verwies und den Damen zurief, daß sie allen materiellen Wohlstand und alle Persönlichkeitskultur jenen Frauen und Männern zu danken hätten, die in den Niederungen des Lebens ihr mühseliges, sonnenarmes Leben fristen. Es hätte ihnen erklärt werden können, daß, solange der menschennechtende Kapitalismus existiert, der Reichtum der Damen die Not der Arbeiterinnen zur Voraussetzung hat. Und das wäre doch sehr unangenehm gewesen, denn die Damen sind vom sozialen Geist erfüllt, sie propagieren alle den christlichen Grundsatz: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst.“ Aber — deshalb darf die „herrliche, göttliche“ Weltordnung nicht angetastet, sondern sie muß mit festen Stülpfeilern versehen werden.

Gewiß brachten die Damen im einzelnen sehr gute Vorschläge, beleuchteten manche Schäden am sozialen Körper, aber weil sie ängstlich der Aufzeigung ihrer Ursachen aus dem Wege gingen, konnten sie auch keine Vorschläge machen zur Heilung dieser Schäden, nicht einmal solche zu einer wesentlichen Linderung. Sie konnten es nicht und wollten es auch nicht. Mühte doch Fräulein Schneider, die über die Aufgabe der Volksschule gegenüber dem Berufsleben referierte, mitten im Vortrag abbrechen, weil die ihr zustehende Redezeit abgelaufen war. Was tuts, handelte es sich doch nur um die Volksschule. Und Fräulein Lischniewska schmückte sich selbstgefällig mit fremden Federn, indem sie behauptete, die Reformforderungen an der Volksschule seien von den bürgerlichen Frauen erhoben, die Sozialdemokratinnen seien dazu nicht gekommen. Wir wollen uns mit der Dame nicht streiten, sintermalen sie weder die Forderung der Einheitslichkeit als der Arbeitsschule noch der Trennung von Schule und Kirche erhob.

Wochten auch die einzelnen Referate in Form und Aufbau Meisterwerke der Rhetorik sein, inhaltlich waren sie durchweg geradezu armselig, die praktische Ausbeute des Kongresses also eine sehr magere.

Hatte die Ausstellung mit dem Besuch der Kaiserin begonnen, so schloß der Kongreß mit einer Visite bei der Frau des Reichskanzlers. Ein würdiger Abschluß, der sich vollständig dem Charakter der ganzen Veranstaltung anpaßte, die eine byzantinische Kundgebung, ein Bekenntnis zum Kapitalismus war.

Der Verlauf des Kongresses hat bewiesen, daß es richtig war, was wir am vorigen Sonntag von ihm sagten: Proletarierinnen, die zum Bewußtsein ihrer Klasse erwacht sind, haben auf ihm nichts zu suchen. Der Kongreß war keine Veranstaltung, auf der sie ihrer sozialistischen Ueberzeugung Ausdruck geben und für ihre sozialistische Auffassung der Frauenfrage Propaganda machen konnten. Diesem Zwecke dienten vielmehr die überfüllten Frauenversammlungen am letzten Sonntag, die für die Berliner Proletarierinnen ein glänzendes Bekenntnis zum Sozialismus wurden.

Die Forderungen der englischen Bergarbeiter.

London, 2. März 1912. (Fig. Ber.) Die von dem Premierminister unternommenen Verhandlungen sind gescheitert, oder besser gesagt: die Ueberredungskünste der Re-

gierungsmänner und der vereinigten bürgerlichen Presse haben nicht vermocht, die Bergarbeiter von ihrem Vorhaben abzulenken. Nun sollen die Bergarbeiter daran schuld sein, daß der Frieden in der Kohlenindustrie nicht bewahrt worden ist. Die ganze Woche lang hielt man die Fiktion aufrecht, daß nur ein Teil der Werksbesitzer den Abschluß eines Vertrages durch ihre Weigerung, den Minimallohn anzuerkennen, verhinderten. Jetzt schließlich kommt man dahinter, daß die Bergarbeiter gar nicht daran denken, den Fritzwisch, den Herr Asquith als einen allgemeinen Minimallohn bezeichnet, mit ihrem konkreten Minimallohn zu identifizieren. Die Presse hat das Publikum entweder aus Unwissenheit oder mit Vorbedacht irreführt. Jedermann, der die Bewegung auch nur oberflächlich verfolgt hat, sollte wissen, daß es sich bei den Bergarbeitern nicht um einen unbestimmten Minimallohn handelt. Der verlangte individuelle Minimallohn ist der bestehende allgemeine Distriktsminimallohn. Das ist von den Arbeitern immer wieder betont worden und als am 2. Februar auf einer Konferenz der Föderation das südwalisische Revier und einige andere Distrikte einen Minimallohn forderten, der höher war als der allgemeine Distriktsminimallohn, setzte die Konferenz diese Forderungen herab. Die Situation wurde gestern in knappen Worten von dem Vizepräsidenten der Bergarbeiterföderation geschildert.

Der Genosse R. Smilie, Präsident des schottischen Bergarbeiterverbandes und Vizepräsident der Bergarbeiterföderation Großbritanniens sagte gestern:

Folgendes hat sich ereignet: Die Regierung ersuchte uns, die Vertreter der Bergarbeiter, die Lohnsätze zu rechtfertigen, die wir als Minimallohne aufgestellt haben. Wir sind gern bereit, dies zu tun, können aber darüber nicht mit der Aussicht auf eine etwaige Reduzierung dieser Lohnsätze verhandeln. Der Vorstand der Föderation hat in Wirklichkeit nicht die Macht, einer Reduzierung zuzustimmen. Die Regierung drückte die Ansicht aus, daß wir mit den Kohlenbesitzern zusammenkommen sollten, um unsere Lohnsätze zu rechtfertigen. Wir antworten, daß wir mit den Kohlenbesitzern nicht konferieren können, es sei denn, daß diese zuerst ihre Bereitwilligkeit, diese Lohnsätze anzuerkennen, kundgeben.

Die Bergarbeiter sind heute sicherer denn je, daß ihr Kampf erfolgreich sein wird und daß sie die in unserer Liste angeführten Lohnsätze erringen werden. Sie sind höchst enthusiastisch und sind der Ansicht, daß ihre Forderungen so bescheiden sind, daß von einem Fehlschlagen ihrer Bewegung nicht die Rede sein kann.

Der Premierminister appellierte an uns, als vernünftige Männer zuzustimmen, daß eine angemessene Diskussion über die einzelnen Lohnsätze stattfinde. Wir erwidern, daß wir vernünftige Männer sind und daß wir bereit sind, der Regierung die Vernünftigkeit unserer Forderungen zu beweisen. Wir sind der Ansicht, daß ein gewisser Mindestlohn notwendig ist, um den Bergarbeiter und seine Familie anständig zu ernähren, und daß der Bergarbeiter, wenn er Arbeit beschafft, zu dem zu diesem Zweck notwendigen Einkommen berechtigt ist. Das ist der Prüfstein eines angemessenen Minimallohnes.

Wir gerieten auf schlüpfrigen Boden, wenn wir nicht nur beweisen sollen, daß die Minimallohnsätze angemessen (reasonable — eigentlich vernünftig) sind, sondern auch, daß die Industrie sie in jedem Falle bezahlen kann. Wir haben die Ziffern schon nach sorgfältiger Erwägung auf den tiefsten Punkt herabgesetzt und wir sind nicht bereit, Verhandlungen zu eröffnen, um es schließlich einem Beamten der Regierung zu überlassen, zu entscheiden, was ein angemessener Minimallohn ist oder nicht ist.

Die Vorstandsmitglieder, die heute nach Hause gereist sind, lehren nicht nach ihren Distrikten zurück, um sich neue Instruktionen zu holen. Die Konferenz hat alle nötigen Instruktionen gegeben und man hat keinen Grund vorgebracht, weshalb diese Instruktionen in irgendeiner Weise modifiziert werden sollten.

Das Publikum mag fragen, wie es kommt, daß der Minimallohn für einige Distrikte viel niedriger ist als für andere. Der Grund ist, daß wegen der Beschaffenheit der Gruben in gewissen Revieren die Bergwerke schließen müßten, wenn ein höherer Minimallohn festgesetzt worden wäre. Natürlich legen wir nicht den Wunsch, ein solches Resultat herbeizuführen.

Der Generalstreik der Bergarbeiter ist ein Generalstreik im vollsten Sinne. In Südwales wird nicht auf einer einzigen Zeche gearbeitet. In einigen Revieren gibt es ein paar kleine entlegene Gruben, die nicht der Föderation angehören, wo noch gearbeitet wird. Man hofft jedoch, daß auch diese paar Mann in zwei, drei Tagen die Arbeit niederlegen werden. In eine Verwendung von Streikbrechern ist natürlich nicht zu denken. Soldaten, Polizisten und „Pinkertons“ haben daher wenig mehr zu tun, als sich zu langweilen.

Der Vorstand der Föderation wird sich Dienstag wieder in London versammeln. Montag wird der Premierminister eine weitere Erklärung im Parlament abgeben. Die Einführung des Minimallohnes auf gesetzlichem Wege hält man nicht mehr für praktisch; man sagt, die Bergarbeiter könnten nicht gezwungen werden, für einen Minimallohn zu arbeiten, der niedriger sei als der von ihnen verlangte; der gesetzliche Minimallohn sei nur mit Zustimmung der Bergarbeiter durchführbar.

Die Darstellung des Premierministers.

London, 4. März. Premierminister Asquith ergriff heute nachmittags im Unterhause das Wort, um die mit Spannung er-

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonsetze oder deren Raum 60 Wg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Wg. (zählung 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellengeluche und Stellungsanzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wortlaut Erklärung der Regierung über ihre Haltung zu dem Streit der englischen Vergleute zu verlesen. Beide Parteien hätten, so führte der Premierminister aus, ihre Forderungen den Regierungsvertretern dargelegt und gleichzeitig erklärt, daß sie bereit wären, sich in Unterhandlungen einzulassen. Die Grubenarbeiter hätten sich auf einen bestimmten Minimallohn verpflichtet, den sie unter allen Umständen durchsetzen wollten. Die Regierung werde versuchen, für die verschiedenen Bergwerksdistrikte einen bestimmten Mindestlohn festzusetzen. Bisher seien alle Versuche in dieser Richtung an dem Widerstande der Grubenbesitzer von Südwales und Schottland gescheitert. Die Regierung sei der Ansicht, daß die Bergwerksbesitzer für einen bestimmten Minimallohn auch das Recht hätten, eine bestimmte Arbeitsleistung zu verlangen, doch haben sich die Arbeitnehmer geweigert, den geforderten Mindestlohn von der Arbeitsleistung abhängig zu machen, sondern verlangen die bedingungslose Anerkennung dieser Forderung. Bisher hätten sich 65 Proz. der Arbeitgeber bereit erklärt, diese Forderung zu bewilligen. Der augenblickliche Stand der Lage lasse immer noch einen Vergleich hoffen. Der von den Arbeitnehmern geforderte Minimallohn schwankte in den verschiedenen Bezirken zwischen 4 Schilling 11 Pence und 7 Schilling 8 Pence. Die Arbeitgeber haben zahlreiche Gründe angeführt, die sie zwingen, den Minimallohn in der geforderten Höhe abzulehnen. Einige haben erklärt, daß sie dann gezwungen wären, ihren ganzen Betrieb einzustellen. Die Regierung sei jedoch der Hoffnung, daß es ihr gelingen werde, einen Ausweg zu finden, der beide Parteien zufriedenstellen werde. Die Rede des Premierministers wurde von dem Hause mit großem Beifall aufgenommen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die heutige Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern wurde mit einem kleinen Vorspiel eingeleitet, das der elsässische Zentrumsmann Wetterlé lieferte. Er kam noch einmal auf die Streichung des Gnadenfonds in der Budgetkommission des reichsländischen Parlaments zu sprechen und verteidigte den strengen Monarchismus seiner Partei. Es kam bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß unsere Parteigenossen den Gnadenfonds nicht nur aus budgetrechtlichen Bedenken abgelehnt haben, sondern auch weil sie ihn für eine höchst überflüssige und entbehrliche Einrichtung halten. Nach einer Rede des Abgeordneten Mumm, der die Vorzüge, Einschränkungen des Koalitionsrechtes abzulehnen, und nach den üblichen mittelständlerischen Beschwerden des Abg. Werner nahm der Staatssekretär Dr. Delbrück zu einer ausführlichen Besprechung seiner Wirtschaftspolitik das Wort. Man konnte mit einiger Spannung auf diese Darlegung gewartet haben, und das Haus wandte ihr auch eine Aufmerksamkeit zu, die den vorangegangenen Rednern begreiflicherweise gefehlt hatte.

Dieses gesteigerte Interesse fand aber nur zu einem geringen Teil Befriedigung. Denn wenn auch der Staatssekretär allerhand gelehrte Ausführungen über die Entwicklung und die Bedürfnisse machte, wie sie auch aus unserer industriellen Entwicklung erwachsen sind, so durfte er doch nicht die unbedingt nötigen Folgerungen ziehen. Das trifft zu sowohl für seine Angaben über die kommende Handelspolitik, als auch für all die Schlussfolgerungen, die er aus der wachsenden Syndikatsbildung herleitete. Der Staatssekretär hob selbst hervor, daß die hervorstechendste Aufgabe der ganzen Wirtschaftspolitik gegenwärtig nicht mehr der Schutz des inneren Marktes, sondern die Erhaltung der auswärtigen Absatzgebiete gegenüber der dortigen Konkurrenz des Auslandes ist. Auf die selbstverständliche Folge dieser Tatsache machte ihn schon unser Genosse Sasse bei seiner alsbald folgenden Antwort aufmerksam: die Handelspolitik des Reiches muß eine Aenderung erfahren und eben durch eine Abkehr von dem gewaltigen Zollschutz die Stellung der deutschen Industrie auf dem Auslandsmarkt stärken. Der Staatssekretär selbst mag dieses Bedenken wohl empfunden haben, denn er fügte seiner eigenen Feststellung hinzu, daß auch eine freihändlerische Politik Deutschlands das Ausland keineswegs veranlassen würde, seine Tarife nachgiebiger zu gestalten. Diese Behauptung ist durchaus willkürlich und wird auch niemanden zu täuschen vermögen. Es ist vielmehr gar nicht einzusehen, warum nicht bei gemäßigten deutschen Forderungen gelegentlich der nächsten Handelsvertragsverhandlungen auch Konzessionen von den anderen Staaten zu erwirken sein sollten. Es genügt wohl, in diesem Zusammenhange an die Repressalien zu erinnern, die seinerzeit als Antwort auf den deutschen Hochschutzzoll von anderen Staaten, z. B. gegenüber der deutschen Spielwarenindustrie, ergriffen worden sind!

Aber der Staatssekretär wollte oder mußte eben unbedingt sagen, daß das Reich an seiner „bewährten“ Wirtschaftspolitik festhalten werde, und er half sich über alle Schwierigkeiten seiner eigenen Logik mit der wiederholten Versicherung hinweg, daß die deutsche Volkswirtschaft die Kraft gehabt habe, alle Komplikationen zu überwinden. Daß auch diese optimistische Schilderung durchaus nicht einwandfrei ist, konnte ihm gleichfalls Genosse Sasse mit einem kurzen Hinweis auf die sicherlich wenig glänzende Lage eines großen Teiles der deutschen Textilindustrie nachweisen. Auch die Bemerkungen des Staatssekretärs über die Syndikate waren wenig konsequent, so richtig manche seiner Feststellungen gewesen sein mögen. Er konstatierte, daß diese neuen wirtschaftlichen Gebilde vielfach den Charakter von Privatmonopolen angenommen hätten, und er fügte hinzu, er persönlich halte unter Umständen Privatmonopole für gefährlicher als Staatsmonopole. Ja, ihm erscheint die Umwandlung der Privatmonopole in Staatsmonopole als das wahrscheinliche Ergebnis der Entwicklung. Er lehnt aber jede ungeduldige Folgerichtigkeit mit der bequemsten Beruhigung ab, wir seien noch nicht reif genug! Man konnte ihm von den sozialdemokratischen Vätern entgegenrufen, daß wir Sozialdemokraten schon längst reif sind.

Genosse Sasse begann seine Rede mit einer kurzen Polemik gegen den Staatssekretär, die wir soeben angedeutet haben. Er wandte sich dann seinem eigentlichen Thema zu und erörterte in ausführlichen und überzeugenden Darlegungen die Behandlung der Arbeiter, vor allem in den Bergbetrieben, und die Forderung, die sie an die Gesetzgebung stellen. Gegenüber allen Scharfmachern aus dem Hause hob er den Terrorismus hervor, der in unerhörter Weise von den Arbeitgebern ausgeübt wird und zu einer maßlosen Ausbeutung führt. Er verlangte, daß die Arbeitgeber und die Regierung den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenkommen und so die einzige Möglichkeit schaffen, auf die Dauer den Frieden zu erhalten. Wenn man allerdings diesen Forderungen und den wirklichen Zuständen den Boden entgegenhält, die fast zu gleicher Zeit zu demselben Gegenstand im preussischen Landtag gehalten worden sind, ist wenig Hoffnung berechtigt, daß die Regierung in Deutschland

auch nur annähernd so viel Vernunft zeigen wird, wie die englische Regierung immerhin zu beweisen scheint.

Den Schluß der Verhandlung bildete eine lange, von allgemeiner Unaufmerksamkeit begleitete Zünftlerrede des Zentrumsabgeordneten Jrl. Die Debatte findet morgen ihren Fortgang.

Der „Konflikt“ in Elsaß-Lothringen.

Die Drohungen der offiziellen Presse mit der Auflösung des jungen elsäß-lothringischen Landtages für den Fall, daß der von der Budgetkommission der Zweiten Kammer abgelehnte kaiserliche Gnadenfonds von 100 000 M. auch vom Plenum der Kammer gestrichen werden sollte, werden in Elsaß-Lothringen nicht sehr tragisch genommen. In der Budgetkommission der Zweiten Kammer ist der Fonds nur von den sozialdemokratischen Abgeordneten grundsätzlich und bedingungslos, von antimonarchischen Erwägungen ab, abgelehnt worden; dagegen waren die Zentrumsrepublikaner vom Schlosse Wetterlé infolgequent genug, dem Fonds die Existenzberechtigung zuzugestehen, — sie bestanden nur auf dem parlamentarischen Kontrollrecht. Auf dieses Kontrollrecht ist auch schon aus dem Schoße des seligen Landesauschusses heraus Anspruch erhoben worden, allerdings stets umsonst; die Regierung lehnte früher wie jetzt diesen Anspruch grundsätzlich ab, und dabei pflegte sich dann der Landesauschuss zu beruhigen. Es ist äußerst wahrscheinlich, daß auch die Mehrheit der neuen Zweiten Kammer in Elsaß-Lothringen, die jetzt so radikalen Zentrumsler an der Spitze, sich schließlich mit irgendeiner nichtsfagenden Schein Konzession der Regierung auf diesem Gebiete begnügt, wie dies die Liberal-Demokraten bereits in der Budgetkommission getan haben, und daß der kaiserliche Gnadenfonds dann bewilligt wird gegen die Stimmen einzig und allein der Sozialdemokraten. Ist es doch schon bezeichnend genug, daß in einer Straßburger Korrespondenz der „Elbischen Volkszeitung“ die Entbindung gemacht werden konnte, der „Vorwärts“ mache sich nur darum über den Medialismus der Zentrumsfraktion in der Budgetkommission der Zweiten elsäß-lothringischen Kammer so weiblich lustig, weil er darauf hinarbeite, die Verwirklichung der Kommissionsbeschlüsse zu vereiteln; die Sozialdemokraten verfolgten die „schlaue Taktik, Abstriche am Budget zu machen, aber dafür Sorge zu tragen, daß sie eventuell unterbleiben“.

Kurioser Zentrumsheroismus! Wenn die Herren Zentrumsrepublikaner in Straßburg, Colmar usw. die vermaledeiten Sogen wirklich im Verdaue haben, daß sie lediglich von dieser „schlaue Taktik“ sich leiten lassen, was hindert sie dann, diese angebliche sozialdemokratische Spekulation elend auszuhandeln zu machen, indem sie der reußischen Sozialdemokratie zum Trost bei den Kommissionsbeschlüssen stehen bleiben und den zu befürchtenden Anfall im Plenum nicht vollziehen? ... Wir hindern sie jedenfalls nicht daran. Die — im äußersten deutschen Südwesten sogar republikanische — „Vollspartei“ des Zentrums möge nur sehen, daß sie gegenüber dem kaiserlichen Gnadenfonds aufrecht bleibt, dann ist alles in Ordnung. Aber, aber! ...

Ebenso wahrscheinlich ist, daß die Regierung gegenüber der Forderung der parlamentarischen Kontrolle wenigstens zum Scheine ein kleines Zugeständnis macht. In der Frage der sogenannten Kaiserjagd bei Oberhaslach im Unterelsaß, deren Verpachtung die Budgetkommission beim Plenum der Zweiten Kammer zu beantragen beschloß, ging die Regierung dem „Konflikt“ ganz einfach dadurch aus dem Wege, daß Unterstaatssekretär Köhler bei der Befugung des Kommissionsberichts in der Kommission die Erklärung abgab: der Kaiser habe sich auf Vortrag des Statthalters dahin entschieden, auf die ihm seinerzeit vom Landesauschuss freiwillig angebotene und zur Verfügung gestellte Jagd bei Oberhaslach zu verzichten. Hiernach wird diese Jagd in Zukunft verpachtet werden, da eine weitere Kommissionsresolution, für welche die Mehrheit im Plenum gesichert ist, die Verpachtung sämtlicher noch administrativer Jagden für die Zukunft verlangt, und die Regierung ein Voranschreiten auf diesem Wege bereits in Aussicht gestellt hat, obgleich sie aus zum Teil guten Gründen nicht „sämtliche“ Jagden verpachten will. Hier ist der Konflikt sonach bereits gegenstandslos geworden.

Die von der offiziellen Presse ferner noch angekündigte Ausspielung der Ersten Kammer gegen die Zweite wieder sich die Regierung wohl noch ein wenig überlegen. Die Erste Kammer kann nach dem neuen elsäß-lothringischen Verfassungsgesetz das von der Zweiten Kammer beschlossene Budget im ganzen annehmen oder ablehnen, sie kann das Budget nicht im einzelnen abändern. Ohne ganz zwingende Gründe wird die Erste Kammer das Budget nicht ablehnen können, da sie damit den Boden für die folgenden Reuten zu bereiten, zu denen der Konflikt schließlich führen muß, in einer der Regierung wenig günstigen Weise bereiten würde. Bei Neuwahlen im Falle der Auflösung des Landtages hätte die Regierung nichts zu gewinnen, wohl aber manches zu verlieren. Mit dem Gespenst der Auflösung schreden die Offiziösen also niemand, auch nicht das Zentrum, das aber wohl aus anderen Gründen bald seinen Frieden mit der Regierung machen dürfte.

Rüstungsforderungen und Pumpwirtschaft.

Die „Germania“ behauptet, nunmehr in der Lage zu sein, Mitteilungen über den Umfang der neuen Rüstungsforderungen machen zu können. Bei der Flottenvorlage handele es sich „nicht um große Ausgaben“, sondern im Durchschnitt der nächsten sechs Jahre „nur“ um etwa 30 Millionen Mark jährlich mehr. Erheblicher seien die Ausgaben der Seeresvermehrung. Sie würden den Etat mit einer einmaligen Ausgabe von 100 Millionen Mark und dann fortlaufend mit einer Mehrausgabe von 50 bis 60 Millionen Mark jährlich belasten.

Selbst angenommen, daß die „Germania“ recht hätte, so handelt es sich doch für das erste Jahr um eine Mehrausgabe von nicht weniger als 200 Millionen, nämlich die 100 Millionen einmaliger Ausgabe und die etwa 90 Millionen jährlicher Ausgabe für Heer und Flotte. Wobei aber anzunehmen ist, daß die Schätzungen der „Germania“ noch erheblich hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Aber selbst wenn es sich nur um zirka 100 Millionen jährlicher Ausgabeerhöhung und 100 Millionen einmaliger Ausgabe handelte, würde dadurch bereits unser ganzer Etat über den Haufen geworfen werden. Ist der Etat für 1912 doch nur dadurch in die Balance gebracht, daß die zur „Schuldentilgung“ bestimmten 85 Millionen zu gleicher Zeit zur Deckung der Ausgaben des außerordentlichen Etats dienen. Würden die 85 Millionen zum Ankauf von Schuldverschreibungen verwendet, so würde sich der Anleihebetrag, der auf 43½ Millionen bemessen ist, um die 85 Millionen erhöhen, also die Höhe von 129 Millionen erreichen. Auch dann also, wenn keine Schulden getilgt

werden, ist noch eine Anleihe von annähernd 44 Millionen erforderlich. Kommen dazu nun aber die 200 Millionen an einmaligen und dauernden Rüstungsausgaben, so wird sich der Anleihebedarf auf 1½ Milliarden erhöhen, ohne daß auch nur ein Pfennig an Schulden getilgt ist!

Auch die Hoffnungen der Zentrumspresse, daß der Etat für 1912 in den Einnahmen so vorläufig angelegt sei, daß ein erheblicher Mehrertrag sicher wäre, sind ja bekanntlich in den letzten Tagen durch einen gründlichen offiziellen Gegenbeweis völlig zerstört worden. Die Zentrumspresse kann sich also nicht mehr damit herausreden, daß voraussichtlich die Einnahmen den etatmäßigen Ansatz erheblich überschreiten würden. Es bleibt also schon dabei, daß wir rund 250 Millionen pumpen müssen, wenn die Rüstungsausgaben für 1912 angenommen werden.

Trotzdem hat die „Germania“ die Stirn, noch immer so zu tun, als ob die militärischen Rüstungen, die die Regierung fordert, durchgeführt werden könnten, auch wenn keine neue Steuern eingeführt würden. Das Zentrumsblatt faßelt sich zu diesem Zwecke über die ungeheuren Mehrerträge im Jahre 1911 das Blaue vom Himmel zusammen. Sprach sie vor einigen Tagen von einem Ueberschuß von 120 Millionen aus dem Rechnungsjahr 1911, so ist in der letzten Nummer der „Germania“ dieser „reine Ueberschuß“ bereits auf 220 Millionen angewachsen! Und das, „nachdem die Schuldentilgung von 115 Millionen Mark bereits in Abzug gebracht“ sei.

Diese Darstellung ist geradezu ungeheuerlich. Im Jahre 1911 sollten 89 Millionen Schulden getilgt werden. Erfolgte aber diese Schuldentilgung, so erhöhte sich damit der Anleihebedarf des außerordentlichen Etats um diese 89 Millionen! Von dem Ueberschuß des Jahres 1911 müssen also erst diese 89 Millionen bis zum letzten Pfennig abgezogen werden, bevor an eine wirkliche Schuldentilgung gedacht resp. von einem „reinen Ueberschuß“ gesprochen werden kann. Der wirkliche Ueberschuß schrumpft sonach selbst im besten Falle auf einige Duzend Millionen zusammen. Und diese paar Duzend Millionen erachtet die „Germania“ für ausreichend, um die neuen 100 Millionen an einmaligen Ausgaben und die weiteren 100 Millionen jährlicher fortdauernder Ausgaben zu decken.

Und diese ungläublichen Berechnungen leistet sich die ultramontane Schwindelfirma lediglich zu dem Zwecke, um denen, die nicht alle werden, weiszumachen, daß gar nicht nötig sei, zur Verringerung der Rüstungsausgaben neue Einnahmequellen zu erschließen. Die Erbschaftsteuer ist den mit den Agrariern auf Gedeih und Verderb verbündeten Zentrumsleuten nun einmal so verhaßt, daß sie das Reich lieber von neuem in die tollste Defizitwirtschaft hineinbuglierten möchten, als daß sie den armen Strohdachflüchtenden zumuten, auch ihrerseits wenigstens einen kleinen Beitrag zu den neuen Rüstungsausgaben beizusteuern!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. März 1912.

Die Bewegung der Bergarbeiter vor dem Dreiklassenparlament.

Wie zu erwarten war, erstreckte sich die Debatte über den Vergetat, dessen zweite Lesung am Montag im Abgeordnetenhause begann, auch auf die Bewegung der Bergarbeiter. Wer aber geglaubt hat, die Regierung und das Parlament würden als Scharfmacher gegen die Arbeiter auftreten, der wurde durch die Diskussion eines anderen belehrt. Natürlich billigt das Dreiklassenparlament die Forderungen der Bergkassen nicht, das hat ja auch kein Mensch verlangt. Aber es hat sich auch nicht unbedingt auf die Seite der Grubenbarone gestellt; und das ist das beste Anzeichen dafür, daß selbst diese Vertreter einseitiger privatkapitalistischer Interessen, wenn sie es auch nicht offen auszusprechen wagen, im Grunde ihres Herzens der Bewegung eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen vermögen. Eine Ausnahme machte nur der Sprecher der Nationalliberalen, der Abg. Hirsch-Essen, aber um dessen Stellung richtig zu würdigen, muß man bedenken, daß er im Privatleben Syndikus der Essener Handelskammer und von Berufs wegen der Oberst der Scharfmacher ist. Er ist also Partei und sein Urteil ist getrübt.

Sogar Herr Brust vom christlichen Bergarbeiterverband erklärte die Minimallöhne, wenn sie tariflich festgelegt werden, für gerechtfertigt und betonte, daß ohne eine Aufbesserung der Löhne ein allgemeiner Streik nicht zu verhindern sein werde. Daß die christlichen Bergarbeiter sich nur aus politischen Gründen abseits stellen, ging aus den Ausführungen des Abg. Brust nur allzu deutlich hervor. Was hätte es sonst für einen Sinn, in einem Augenblick, wo die Geschlossenheit der Arbeiter aller Richtungen nötiger ist als je, die alberne Behauptung aufzustellen, daß die Sozialdemokraten jede Bewegung der Arbeiter parteipolitisch zur Niederringung des christlichen Verbandes auszunutzen suchen?

Ganz anders als dieser sogenannte Arbeitervertreter nahm sich der wirkliche Vertreter der Arbeiter, Genosse Veinert, der Interessen des vom Bergbau ausgebeuteten Proletariats an. Mit allem Nachdruck wies er die Berechtigung der Bergarbeiterforderungen nach und forderte die Regierung auf, deutlich ihre Stellung zur Bewegung kund zu tun. Mit Recht verlangte er, daß die Regierung sich dem gewalttätigen Vorgehen der Grubenbarone entgegenstellen möge. Auch sonst zeichnet sich die Rede unseres Genossen durch eine große Sachkenntnis und durch ein warmherziges Eintreten für die Bergarbeiter aus.

Leider konnte sich der Minister Sydow nicht zu einer unzweideutigen Erklärung aufschwingen. So viel steht fest, daß er im Grunde seines Herzens, wie Veinert vorausgesetzt hatte, ein Sachwalter des Grubenkapitals ist, aber andererseits ist er mit deren rigorosem Vorgehen nicht einverstanden, er mahnt beide Seiten zur Besonnenheit und hofft auf eine gütliche Beilegung der Bewegung durch Verhandlungen. Wenn nur die Schlotjunker seine Hoffnung nicht zuschanden machen! Nicht die Arbeiter sind es, die, um mit dem Minister zu reden, sich mutwillig eine Verdienstsgegenheit verschmerzen wollen, sondern die Unternehmer zwingen sie, zum letzten Mittel zu greifen.

Nach der bereits erwähnten Scharfmacherrede und einigen weiteren belanglosen Ausführungen von Seiten der Rechten wurde die Generaldebatte geschlossen.

Dienstag: Fortsetzung der Etatsberatung.

Januschaerliche Poesie.

In Marienburg gibt heute die konservativste Partei ihrem bisherigen Abgeordneten, „dem Königstreuen Manns Kammerherren von Oldenburg-Januschau“ ein feuch-

fröhliches Abschiedsfest. Aus Anlaß dieses großen Ereignisses hat ein jamaikauerlicher Poet ein herrliches vaterländisches Lied gedichtet, das auf dem Fest nach der bekannten Melodie des Rheinliedes „Strömt herbei ihr Völkerscharen!“ gesungen werden soll. Ein Unbekannter sendet uns diesen Erguß eines edlen Dichtergemütes ein. Zur Erheiterung unserer Leser wollen wir einige Strophen daraus mitteilen.

Das Poem beginnt:

Strömt herbei, ihr Königtrenen,
Mann für Mann, von Ost und West,
Unsere Führer gibt's zu weihen
Heut sein Ehren-Abschiedsfest.
Hurra tönt's aus tausend Röhren,
Wo man seinen Namen nennt.
: Nicht ein einziger darf fehlen,
Der sein edles Streben kennt. :

Furchtlos greif er zu den Waffen,
Zog umher von Ort zu Ort,
Wie bereit für uns zu schossen
Mit der Tat! — nicht mit dem Wort.
Aber viele seiner Treuen
Haben es ihm schlecht gelohnt.
: Ewig müht ihr es bereuen,
Die ihr ecklos ihn entronnt. :

Aber blide nur im Kreise,
Es gibt auch noch gute Leute,
Die nach alter Sitt und Weise
Dich berechnen allezeit.
Die es nimmermehr vergessen,
Was du Gutes hast getan.
: Als im Reichstag du gesehest,
Ehrenwetter deutscher Mann. :

Darauf folgt eine halbe Tüte Reimerei von gleicher Güte, und dann heißt es zum Schluß:

Ewig woll'n wir Dein gedenken,
Wenn Du nun auch von uns reist,
Deinen Schritt laust heim Du lenken,
Aber laß uns Deinen Geist.
Du, der Du in alter Treue
Deines Königs stets gedachst,
: Sei wie heut' auch stets aufs neue
Freudig unser Hoch gebracht! :

Allem Anschein nach gedenken die Konservativen in Marienburg das „Ehren-Abschiedsfest“ als Jahrsfest zu feiern.

Die deutsche Zarenpresse für das russische Justizverbrechen.

Es war zu erwarten, daß die Aktion der sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten zugunsten des Wieder- aufnahmeverfahrens im Prozeß der unschuldig verurteilten Duma- abgeordneten, der sich auch einige freisinnige Landtagsabgeordnete angeschlossen haben, den Protest der zarentruen deutschen Re- aktion hervorrufen würde. Gibt es doch keine Scheulichkeit im Zarenreiche, beginnend mit den Strafexpeditionen und Pogromen bis zu den Befängnisregeln und Justizverbrechen, die nicht das lächerliche Verständnis und die Zustimmung jener Elemente in Deutschland hergefunden hätten, die noch heute von der heiligen Allianz der baltischen und russischen Inkultur träumen. Aber selbst wir haben nicht erwartet, daß dieser Zarenzeit zum Zweck der Ehrenrettung Väterchens so unsäglich blamabel für seine Ue- berher ausfallen würde. Neben alten Roderbüchern, die von der Reaktion gewöhnlich bei solchen Anlässen herbeigeholt werden, werden Argumente gebraucht, die von der mitleidregenden Geistesherrschung ihrer Autoren Zeugnis ablegen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die sich selbstverwähndlich auch diesmal zum Sprachrohr der treuen Kamelucken Väterchens ge- macht hat, behauptet mit der ihr eigenen Offenheit schlanke, daß die Behauptung betreffend das Komplott der russischen politi- schen Polizei gegen die sozialdemokratische Dumafraktion „bölig in der Luft schwimmt“. Das Certe!-Wort ignoriert dabei ab- sichtlich die Tatsache, daß schon die Kommission der zweiten Duma, die ausschließlich aus den Vertretern der bürgerlichen Parteien bestand, einstimmig zu der Ueberzeugung gelangte, daß es sich hier um ein Komplott der politischen Polizei gegen die Duma gehandelt hat. Es will auch nichts davon wissen, daß die jetzt bekannt gewordenen Einzelheiten dieses Komplotts die Machinationen bezahlter Lockpöbel und ihrer hochgestellten Auf- traggeber zur Gewissheit erhoben und den Protest der ganzen Kulturwelt geweckt haben. Was schert es sich darum, daß seine soeben gelaugnete Bemerkung nach dem ganzen Stande der gegen die russische Regierung erhobenen Anklage einer böss- willigen Insinuation gleichkommt? „Selbst wenn aber — schreibt es weiter — etwas Wahres daran sein sollte, so würde das eine reichsdeutsche Partei noch nicht berechtigen, sich derartig in die inneren Angelegenheiten eines befreundeten (!) Staates einzumischen und demselben ohne Beweis (?) öffentlich vorzuwerfen, daß in ihm ein derartiges Justizverbrechen verübt worden sei.“ Also wieder als Hauptargument die alte widerliche Heuchelei von der „Nichteinmischung“ in die inneren Angelegen- heiten eines anderen Staates! Wieder die ekelhafte Anbiederung an das „befreundete“ Reich des Cäsars und der Anute! Es genügt, diese Neuherrungen anzuführen, um die ganze Erbärmlichkeit dieser Verteidigung des russischen Justizverbrechens darzutun. Ihre Wirkung kann nur die sein, die Seelenharmonie und Inter- essengemeinschaft des modernen deutschen Raubrittertums und der russischen Pogromkultur der Öffentlichkeit erneut vor Augen zu führen, und den Protest des deutschen Volkes gegen die deutschen und russischen Zarenknechte noch heftiger aufzupeitschen.

Rücktritt des Breslauer Oberbürgermeisters.

Wie aus Breslau gemeldet wird, hat der Oberbürger- meister von Breslau, Dr. Bender, in der letzten Magistrats- sigung die Erklärung abgegeben, daß er wegen zunehmenden Alters sein Amt, das er seit 1891 verwaltet, niederlegen wolle. Da Oberbürgermeister Bender erst 64 Jahre alt und noch sehr rüstig ist, mutet die Rücktrittsbegründung recht seltsam an.

Ersatzwahlen zum elsass-lothringischen Landtag.

Bekanntlich hat das Oberlandesgericht zu Kolmar die Wahl von vier Zentrumsabgeordneten zur reichsständischen Kammer für ungültig erklärt, weil die Zentrumsgeisteslichkeit Ranzel und Reichstuhl benutzte hatte, um für diese ihre vier Erkorenen Propaganda zu machen. Gestern fanden in den vier Wahlkreisen die Ersatzwahlen statt. In zwei Kreisen, in Saargemünd und in Hünningen-Sierenz wurden die Zentrums- männer wiedergewählt, während in Habsheim und Sulz Stichwahlen stattfinden müssen.

Nach telegraphischer Meldung hatten die Wahlen fol- gendes Ergebnis:

In 59. Wahlkreis (Saargemünd) wurde Hoer (Zentrum) mit 3934 Stimmen wiedergewählt. Daber (Lothringer Volk) er- hielt 761, Weidner (Liberal) 462, Michalowitz (Soz.) 1329 Stimmen. In 12. Wahlkreis (Hünningen-Sierenz) erhielten Brom (Zentrum) 2269, Cossé (Liberal) 504, Wid (Soz.) 1407 Stimmen.

zersplittert war eine Stimme. Eine Gemeinde steht noch aus, doch ist Broms Wahl gesichert.

In 13. Wahlkreis (Habsheim im Landser) erhielten Broglie (Zentrum) 2612, Müller-Möglin (Soz.) 2001, Drimus (Liberal) 888, zersplittert waren 9 Stimmen. Es findet Stich- wahl statt.

In 37. Wahlkreis (Sulz und W. Wörth) erhielten Alfred Wolf (Liberal) 2597, Kiener (Unabh. Zentrum) 2593, Lobstein (Bund der Landwirte) 185 Stimmen. Es findet Stich- wahl statt.

Konservative Wahlmache in Pommern.

Dem Reichstage liegen auch vier Wahlproteste aus Pommern vor. In allen Fällen handelt es sich um konservative Mandate, die beantragt werden. Nach den Begründungen zu urteilen, die den Protesten beigegeben sind, ist es recht einleuchtend, warum die Junker bei der letzten Reichstagswahl siegen mußten. So wurden zum Teil die Wählerlisten überhaupt nicht oder nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechend ausgelegt. Auch das Abschreiben wurde unterlagert. Wahlbezirke von 13, 14 und 15 Wählern waren durch- aus keine Seltenheit. In vielen Orten fehlten die Wahlgelassen ganz, in anderen waren sie so beschaffen, daß der Wähler genau beobachtet werden konnte. Außerdem wurden besondere Listen geführt, um bei der Auszählung der Stimmen feststellen zu können, wie ein jeder gewählt hat. Diesem Zwecke entsprechend waren auch die Wahlurnen eingerichtet. In Gätow diente als Wahlurne eine kleine hölzerne Kiste mit Schiebedeckel, die so klein war, daß sie zwischen 5 und 7 Uhr nachmittags zweimal geöffnet wurde, um für die weiteren Wahlstunden Platz zu schaffen. In Krangen bestand die Wahlurne aus einem unerschlossenen Pappkarton. Das Zählste wurde wohl in Wildenhagen geleistet. In diesem Orte wählte auch der Nachbarort Könz. Um nun aber eine genauere Kontrolle zu haben, stellte man im Wahllokal zwei sogenannte Urnen auf, die eine für die Wildenhagener, die andere für die Wähler aus Könz. Für Wildenhagen diente ein Steintopf und für Könz eine Terrine als Wahlurne. Daß man anderdenkende Wähler, nachdem man sich hierbon durch Deffnen des Wahluberts vergewissert hatte, einfach an der Abstimmung hinderte, Bestechungen vornahm, Schnaps und Bier in Strömen fließen ließ und a. m., dürfte bekannt sein.

Konflikt in der Jenaer Stadtverwaltung.

Der Gemeinderat von Jena beschloß kürzlich, das städtische Verwaltungs- und Kassenwesen einer Revision durch einen aus- wärtigen Sachverständigen zu unterwerfen. Am Freitag sollte in öffentlicher Sitzung der Revisionsbericht zur Verlesung kommen. Es entspann sich eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte. Der Ge- meindevorstand erhob gegen die öffentliche Verlesung des Berichtes Einspruch, so lange ihm nicht Gelegenheit gegeben werde, sich zu diesem Berichte zu äußern. Da dieser Antrag von der fortschrittlich- sozialdemokratischen Mehrheit abgelehnt wurde, verließen der Ober- bürgermeister Dr. Ewiger mit seinen Beamten den Saal, indem sie erklärten, an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teilnehmen zu können. Hierauf wurde der Revisionsbericht von Prof. Dr. Weber zum Vortrag gebracht.

Dem Verdienste seine Krone.

Der Landrat v. Nalghahn im pommerschen Kreise Grimmen, der nicht nur durch den Prozeß des Rittergutsbesizers Weder, sondern auch durch den Wahlerlaß an die Guts- und Gemeindevorsteher seines Kreises Aufsehen erregte, in dem er aufforderte, „dahin zu wirken, daß nur solche Volksvertreter in den Reichstag entsandt werden, die den Kampf gegen die Umsturzpartei mit aller Kraft im Verein mit der königlichen Staatsregierung aufnehmen und durch- zuführen Willens sind“ — scheint als Landrat ausgespielt zu haben. Nach einer Meldung des „Tageblattes für Vorpommern“ von ange- geblich zuverlässiger Seite ist die Amtsenthebung des so gewaltigen Herrn zum 1. April bestimmt vorgeesehen und als sein Nachfolger werde Herr v. Stumpfeld genannt.

Wir vermuten, der Herr v. Nalghahn wird, wie einst die Kanal- reellen, mit seiner staatsrechtlichenden Bestimmung die Treppe hinauf- fallen. Es wird in der Reichstag auch nicht gesagt, daß dieser preußische Junker aus dem Staatsdienst scheidet.

Frankreich.

Ein Geheimverlaß gegen Antimilitaristen.

Paris, 3. März. (Fig. Ver.) Es war schon lange kein Geheim- nis, daß das Ministerium des Innern eine Liste der Antimilitaristen führt. Während eines Ende November in Charleville geführten Prozeßes war durch die Ungeheuerlichkeit der Sicherheitspolizei ein direkter Beweis dafür erbracht worden. In den Akten fand sich nämlich eine Polizeinote, die besagte, daß der Angeklagte „im Heft B des Ministeriums“ eingetragen sei. Der Staatsanwalt gab damals auf die Frage der Verteidiger eine ausweichende Antwort, und auch eine Anfrage beim Justizministerium blieb erfolglos. Nun bringt die letzte Nummer der „Guerre Sociale“ einen vom Generalkommando Joffre gezeichneten Geheimverlaß des Kriegsministeriums, der einige Klarheit über diesen Gegenstand bringt. Das Dokument geht von der „Sektion des Nachrichtenwesens“ aus und ist vom 24. Januar d. J. datiert. Es ist an die Kommandanten gerichtet und lautet:

„Ich habe erfahren, daß in gewissen Departements die präfektorale Verwaltung bei ihrer Aufgabe, die als Anarchisten oder Antimilitaristen be- kannten Arbeiter oder Beamten der militäri- schen Etablissements im Heft B eintragen zu lassen, auf die Opposition der lokalen Militärbehörde gestoßen ist. Diese war der Ansicht, daß jeder Arbeiter oder An- geklagte, der dieser Eintragung verfallt, notwendig entlassen werden müßte, eine Maßregel, die einen Streik hervorrufen könnte. Es gibt keine Entschreibung, die die Entlassung der im Heft B eingetragenen oder einzutragenden Arbeiter vorschreibt. Diese Entlassung ist niemals in Betracht gezogen worden, in Rücksicht der Unzulänglichkeiten, die aus einer solchen Maßregel entspringen würden. Eine vom 30. Mai datierte Ministerial- entscheidung hat bloß empfohlen, sich vor der Anstellung der Zivilisten in den Bureaus mit allen angebrachten Garantien zu versehen, namentlich zu recherchieren, ob die Kandidaten nicht in Heft B eingetragen sind. Diese Vorschrift ist auf die Auffeher der Genie-Arbeiten laut Ministerialbescheid vom 18. März aus- gedeht worden. Es wäre offenbar wünschenswert, daß diese Vorrichtungen ganz allgemein vor jeder Anstellung von Zivilbeamten und -arbeitern des Kriegsdepartements angewendet würden. Aber es wäre schwierig, dies zu tun, ohne die Anwesenheit auf Bestimmungen zu ziehen, die geheim bleiben sollen.“

Dieser Situation kann einigermaßen abgeholfen werden, in- dem alle im Heft B eingetragenen Arbeiter einer disziplinen engen Ueberwachung unterzogen werden. Aber die Entlassung aus unseren Etablissements kann nur dann borgenommen werden, wenn sie durch eine andere Ursache als die Eintragung herbeige- führt werden kann.

Wollen Sie also die Chefs der militärischen Etablissements Ihrer Region auffordern, Befehle zu geben, daß diese disziplinen enge Ueberwachung sofort ins Werk gesetzt und die im Heft B eingetragenen Arbeiter oder Beamten nicht zu Posten oder Funktionen verwendet werden, wo sie Schaden anrichten könnten.“

General Joffre ist ein bekannter Merkaler, und in der Tat atmet dieser Erlaß durchaus jesuitischen Geist. Die — natürlich ohne ihr Wissen — im Heft B eingetragenen haben nicht nur ein Dossier im Ministerium, das sich ihrem Advancement entgegenstellt, sondern sie sind der Gefahr ausgesetzt, daß ihre Vorgesehten einen Borwand suchen und probozieren, um sie zu entlassen. Man sieht, die Praktiken der Generalkommando aus der Zeit des Dreißig- jahreskrieges stehen noch in voller Blüte, geändert hat sich nur die zabi- tale Demokratie, die ihnen jetzt ihren Segen gibt. Genosse Dollin hat übrigens Herrn Millerand eine Interpellation über diesen Er- laß angekündigt. Millerand ist recht erstaunt, als er ihm das Dokument vorlegte. Es wird ihm jedenfalls nicht leicht werden, das Zirkular zu verteidigen. Hat er doch erst vor ein paar Tagen im Namen der Moral die geheime Verabreichung der Präsektion über die antirepublikanischen Kundgebungen von Offizieren aus- drücklich aufgehoben. Allerdings, Millerand entwickelt sich, und die Entwicklung vollzieht sich ja, nach Hegel, in Widersprüchen. . .

Die Kämpfe in Marokko.

Casablanca, 4. März. Die Kolonne Drulard schickte gestern ihren Marsch in südwestlicher Richtung von Suf el arba fort. Unterwegs wurde die Kolonne von Truppen aus den Audertran- dörfern beschossen, wobei zwei Mann leicht verwundet wurden. Die Kolonne trieb die Angreifer zurück. Der Marsch nach Fez wird fortgesetzt.

Italien.

Das Versicherungsmonopol angenommen.

Rom, den 2. März. (Fig. Ver.) Was noch im vorigen Sommer als der ruchloseste Anschlag auf das Privateigentum erschienen war, die Verstaatlichung der Lebensversicherung, ist jetzt unter der fast völligen Gleichgültigkeit der Kammer zum Gesetz erhoben worden. Am 3. März ist der Monopol- entwurf in dritter Lesung angenommen worden, nach einer schlaffen und uninteressanten Diskussion, die eigentlich nur der Form halber geführt zu werden schien. Das einzige, was das Versicherungskapital hat erzwingen können, das hat es durch direkten Druck auf die Regierung in den von dieser selbst vorgeschlagenen Amendements erzwungen. Die wesentliche Errungenschaft besteht in der Festsetzung einer zehnjährigen Uebergangsperiode, während der die Privatgesellschaften unter gewissen Bedingungen fortfahren können. Versicherungsverträge abzuschließen. In der Kammer selbst hat das Gesetz keine Änderung erfahren. Giolitti hat wieder einmal bewiesen, daß die ganze Kunst darin besteht, den richtigen Moment ab- zuwarten. Im vorigen Sommer schlugen die Werten der Opposition hoch, und daran war nicht nur das Interesse der Versicherungsgesellschaften des Inlandes und Auslandes schuld, sondern auch die parlamentarische Situation, die danach angetan war, in Aspiranten der Minister- präsidentenschaft Hoffnungen zu erwecken. Heute ist dem Versicherungskapital in der zehnjährigen Frist ein tüchtiger Brocken zugeworfen worden, der sein Zähne- stechen wesentlich gemildert hat. Außerdem hat niemand Lust, solange der Krieg und die an ihn geknüpften Sorgen dauern, Giolitti seine Ministerpräsidentenschaft streitig zu machen. Daher ist alles mit größter Eile und Promp- tigkeit abgewickelt worden, so daß für Giolitti gar nicht die Notwendigkeit hervortrat, ein Vertrauensvotum zu fordern. Die von der sozialistischen Parlamentarierfraktion so eifrig dis- kutierte Frage, ob beim Monopolentwurf ein Vertrauens- votum gewährt werden könne oder nicht, ist somit durch die Verhältnisse gegenstandslos geworden. Giolitti wendet kein schweres Geschütz an, wo er mit leichtem auskommen kann.

England.

Die Suffragetten demolieren fort.

London, 4. März. Bei der heutigen Demonstration der An- hängerinnen des Frauenstimmrechts zertrümmerte eine junge Frau sieben Fenster des Hauses der Lords mit einem Hammer. Von den heute morgen verübten Sachbeschädigungen wurden ins- besondere die Tuhandlungen betroffen.

Rußland.

Ein politischer Monsterprozeß vor dem Ausnahmegericht.

Seit etwa 3 Wochen findet vor dem besonderen Gerichts- hofe des Senats, demselben Berichte, das 1907 die sozialdemo- kratische Dumafraktion unschuldig verurteilt hat, hinter ver- schlossenen Türen der Prozeß gegen die armenische revolu- tionäre Partei „Dschanakjutjun“ statt. Seit etwa 3 Jahren haben die Angeklagten in den Kerker geschmachtet, während dieser ganzen Zeit waren sie ihren Familien ent- rissen und der Willkür und Grausamkeit der russischen Kerker- meister ausgeliefert worden. Und nun stehen 159 Personen vor dem Ausnahmegericht, meist Angehörige der intelligenten Berufs, Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller usw., denen die Regierung die Zugehörigkeit zu der armenischen revolutionären Organisation und schwere Staatsverbrechen inkrimi- niert. Ueberflüssig zu sagen, daß in diesem Prozeß die typi- schen Merkmale der russischen Nordjustiz, die Vorkriegs- polizei, Fälschungen usw. zum Vorschein kommen. Der Prozeß charakterisiert sich schon dadurch, daß die Verhandlungen aus dem Kaukasus nach Petersburg übertragen worden sind, wo sie ohne welche Rechtsgarantien für die Angeklagten statt- finden. Noch charakteristischer ist es, daß die Untersuchung von dem berüchtigten Untersuchungsrichter Lyshin geführt worden ist, dem das Kriegsgericht während des bekannten Prozeßes wegen der „Republik zu Noworossisk“ dreißig Urkundenfälschungen nachgewiesen hat. Nach dieser Geldentat hat der Justizminister dem Urkundenfälscher einen höheren Posten verliehen und ihm die Untersuchung in dem jetzt stattfindenden Prozeß übertragen. Selbst dem Aus- nahmegericht des Senats sind die neuen Fälschungen dieses Herrn stark auf die Nerven gefallen. Wie die „Nowoje Wremja“ mitteilt, hat der Senator A. Krivozow Herrn Lyshin aus dem Zimmer entfernt, wo das Beweismaterial in dem Prozeß aufbewahrt wird, da er mit diesem Material ver- dächtige Manipulationen vorgenommen und zahlreiche Fälschungen der Urkunden zuzun- gunsten der Angeklagten verübt hat. Trotz alledem werden die Prozeßverhandlungen fortgesetzt. Wie sollte sich auch das Ausnahmegericht des Senats, das seine Gleichgültigkeit gegen gefälschte Anklagebeweise im Prozeß gegen die sozialdemo- kratische Dumafraktion bewiesen hat, vor neuen Fälschungen abschrecken lassen? In Anbetracht der skandalösen Enthüllun- gen wird es wohl ein „milderes“ Urteil fallen. Aber dieses ganze Nachwerk zurüdwenden, dazu besitzt der höchste russische Gerichtshof zu wenig Mähtung vor seiner eigenen Rechts- spruchung. Er wird auch hier mit ruhigem Gewissen ein Justizverbrechen an den zahlreichen Angeklagten ver- üben — denn so befiehlt es seine Erzelenz der Justizminister und der höchste Hort der russischen Justiz: die „Dchrana“ und das Polizeidepartement.

Gewerkschaftliches.

Der Streik im Herrenmaßschneidergewerbe.

Ueber den Stand des Streiks berichtete Runge gestern vormittag in einer Berliner Mitgliederversammlung der Herrenmaßschneider, die den großen Saal der Brauerei am Friedrichshain füllte. Der Redner hatte am selben Vormittag Nachrichten erhalten, daß der Arbeitgeberverband nun auf die von ihm selbst angebahnten neuen Verhandlungen verzichtet und statt dessen zum 9. März die Generalausperrung ankündigt. Die Arbeiter sind auf diese Maßregel vorbereitet; in welchem Maße die Arbeitgeber imstande sein werden, sie durchzuführen, ist noch zweifelhaft. Zu dem Streik schreibt ein Unternehmerrat wie der „Confectionist“, daß die Organisation der Arbeitnehmer bei der Arbeitsniederlegung wieder einmal glänzend funktioniert habe. Das war bei der Solidarität, die in der Arbeiterschaft des Schneidergewerbes herrscht, nicht anders zu erwarten, und wenn in demselben Blatt ein Arbeitgeber, Herr Adam, die Meinung kundgibt, der Streik werde nur 14 Tage, höchstens 3 Wochen dauern, dann werde es mit dem Geld auf Seiten der Arbeitnehmer zu Ende sein, so wird er wohl noch einsehen müssen, daß er sich ganz gewaltig irrt. Die Streikenden und ihre Organisation sind auf einen langen Kampf vorbereitet. Sie haben es nicht nötig, sich einseitig von den Arbeitgebern die Tarife festsetzen zu lassen. Ein großer Teil der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sieht das auch ein, und verschiedene haben schon ihre Bedauern darüber ausgesprochen, daß sie als einzelne nicht in der Lage seien, die Forderungen anzuerkennen, und die Verhandlungen durch ihren Vorstand führen lassen müßten. Sie haben erkannt, daß sie schließlich doch bewilligen müssen und bei längerer Dauer des Kampfes keineswegs billiger davonkommen werden. Die Zahl der Geschäfte, die die neuen Vereinbarungen anerkannt und unterzeichnet haben, und zwar ohne jeden Vorbehalt, war bis gestern vormittag in Berlin auf 180 angewachsen, und es sind rund 2000 Schneider, die zu den neuen Bedingungen arbeiten. Das ist wohl Beweis genug dafür, daß die gestellten Forderungen nicht, wie es von Arbeitgeberseite behauptet wird, unerfüllbar sind. Im Streik stehen 2100 Schneider, und vor der Arbeitsniederlegung waren unter dem alten Tarif in Groß-Berlin 5000 bis 6000 beschäftigt. Daß diese Zahl durch die der Streikenden samt der zu den neuen Bedingungen Arbeitenden nicht erreicht wird, erklärt sich daraus, daß für ungefähr 1000 teils Verhandlungen angebahnt sind, teils die Tarife erst jetzt eingereicht wurden, und daß außerdem die Ausländer und Ledigen größtenteils abgereist sind. Unter den Firmen, die bewilligt haben, sind auch solche, die dem zentralen Arbeitgeberverband angehören. Mit der lokalen Arbeitgeberorganisation waren zu gestern nachmittag weitere Verhandlungen anberaumt. Schließlich betonte der Redner, daß man auf Arbeitnehmerseite stets zu Verhandlungen, und auch zum Friedensschluß bereit ist, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Interessen der Arbeitnehmer hinreichend berücksichtigt werden, sonst aber den Kampf mit ganzer Kraft fortführen wird, bis das Ziel erreicht ist.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei der A. E. G. beendet.

Am Montagmittag fand bei Walschmieder, Badstraße, eine vollständige Versammlung des streikenden Personals der A. E. G. (Abteilung Af. V. Zählerbau), statt. 500 männliche und weibliche Arbeiter stehen seit 8 Tagen im Streik, worüber an dieser Stelle seinerzeit berichtet worden ist. Am Sonnabend legten im Anschluß hieran auch die Werkzeugmacher und Einrichter des Betriebes die Arbeit nieder. Ehrke, Vorsitzender des Arbeiterausschusses, berichtete über das Resultat der letzten Verhandlungen mit der Direktion. Die letztere hat unter anderem schriftlich zugesagt, daß die Agitation für den gelben Verband seitens der Meister, Bismarcker, Arbeiter usw. zu unterbleiben habe und diesbezügliche Listen fernerhin im Betrieb nicht mehr zirkulieren dürfen. — Was die Einstellung der Streikenden betrifft, so erfolgt diese bei den Werkzeugmachern und Einrichtern sofort. Von den übrigen Ausständigen werden ungefähr drei Viertel ebenfalls gleich, die anderen nach Bedarf, aber in kürzester Frist, nach Möglichkeit auch in anderen Abteilungen eingestellt. — Die Versammlung nahm dieses Anerbieten mit überwältigender Majorität an.

Der Konflikt im Verbands der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter.

den man nach dem Verlauf des Verbandstages aus der Welt geschafft glauben konnte, ist in ein neues Stadium getreten. Der Berliner Hauptvorsitzende Moritz ist vom Hauptvorstand seines Postens entsetzt worden. Ueber die Begleitumstände dieses Vorganges berichtete Moritz in einer stark besuchten Versammlung der Jahrsitzung des Verbandes, die sich mit dem Verlauf des Verbandstages beschäftigte. Der Verbandstag hat mit 25 gegen 19 Stimmen eine Resolution angenommen, welche dem Hauptvorstand recht gibt und ein gedeihliches Zusammenarbeiten desselben mit der jetzigen Ortsverwaltung Berlin, speziell mit deren ersten Vorsitzenden Moritz, für ausgeschlossen erklärt. Diese Majorität von sechs Stimmen ist nun, so führte Moritz bei seiner Berichterstattung aus, wohl die Majorität der Delegierten, aber nicht eine solche der von ihnen vertretenen Mitglieder; denn während die 25 Stimmen (darunter auch die der Frau Thiede, die sich also selbst ein Vertrauensvotum ausgestellt habe) nur 6899 Mitglieder vertreten, stehen hinter den 19 Stimmen 9539 Mitglieder. Es ist in Wirklichkeit also gegen den Hauptvorstand entschieden worden. Nachdem am letzten Tage noch über den Streik in den Steindruckereien gesprochen und betont worden war, daß es notwendig ist, daß sich die in Betracht kommenden Gruppen vor Eintritt in eine Bewegung verständigen, habe Paula Thiede in ihrem Schlusswort hervorgehoben, daß der Verbandstag eine gute Arbeit geleistet hat; die Sachlage sei geklärt worden, und es könne nun erwartet werden, daß alle wieder in Ruhe und Frieden miteinander arbeiten. Drei Tage später erhielt Redner jedoch einen eingeschriebenen Brief vom Hauptvorstand, der ihm mitteilte, daß er auf Grund des Statuts sofort seines Amtes entsetzt sei, unter Auszahlung seines Gehalts bis Ende Mai. Der angeführte § 1 des Statuts spreche von der Forderung der Tarifgemeinschaft, die er, Moritz, gehindert haben soll. Wenn Redner weiter, wie der ferner angeführte § 5 besagt, gegen die Interessen des Verbandes verstoßen habe, so hätte er nicht nur seines Amtes entsetzt, sondern auch aus der Organisation ausgeschlossen werden müssen. Er sei sich einer solchen Tat aber nicht bewußt; was er getan, habe er im Einverständnis mit der gesamten Ortsverwaltung und der Berliner Mitgliedschaft getan. Wenn in dem Brief darauf hingewiesen sei, daß er ja selbst schon seine Stellung gekündigt habe, so halte er dies auch noch aufrecht; er lege aber sein Amt nicht in die Hände des Hauptvorstandes zurück, sondern in diejenigen der Mitgliedschaft, von der er es erhalten habe. Außer ihm haben aber auch die übrigen Angestellten des Verbandes, der Kollege Baumgarten, sowie die Kolleginnen Leske und Hanna eingeschriebene Briefe erhalten mit der Aufforderung, bis Sonnabend, den 2. März, unterschrieben zu erklären, daß sie den Beschlüssen des Verbandstages Geltung verschaffen wollen; in diesem Falle würde dann in ihrem Anstellungsverhältnis keine Veränderung eintreten. Das sei ein Novum in der Arbeiterbewegung; bisher hat man das nicht gekannt, da es selbstverständlich sei, daß die Mitglieder sich zu fügen habe. Am Freitag hat daraufhin eine Versammlung der Vertrauenspersonen stattgefunden, die beschloß, daß der Vorsitzende noch bis zum Tage der Versammlung veranlaßt, Redakteur: Albert Wags, Berlin. Informativ veranlaßt.

im Amt bleiben solle. Der Hauptvorstand, der das erfahren habe, sandte am Sonnabend an die Vertrauensleute der Buchdrucker Flugblätter zwecks Verteilung an die Hilfsarbeiter. In einem Begleitschreiben war gesagt worden, daß um diese Hilfeleistung mit Genehmigung des Zentralvorstandes der Buchdrucker gebeten werde. Wenn in dem Flugblatt auch von einer Abspaltung vom Verband die Rede sei, so erklärt Redner, daß daran niemand gedacht habe, noch jetzt daran denke. Er und auch die übrigen Kollegen und Kolleginnen würden der Gründung einer Lokalorganisation mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften entgegengetreten und sich unter keinen Umständen dazu verstehen, ein Amt in einer solchen anzunehmen. Im Auftrage der übrigen Angestellten der Ortsverwaltung teilt nun Moritz noch mit, daß auch diese ihre Ämter in die Hände der Mitglieder zurücklegen.

In der Diskussion wandte sich die Mehrzahl der Redner gegen das Vorgehen des Hauptvorstandes. Vornurste wurden dem Mitglied des Hauptvorstandes Horne gemacht, der auf dem Verbandstag mit unwahren Behauptungen operiert habe. Horne weist diese Angriffe energisch zurück und verteidigt die Maßnahmen des Hauptvorstandes. Redner habe es für seine Pflicht gehalten, auf dem Verbandstag gegen einige mit Genehmigung der Berliner Ortsverwaltung abgeschlossene Hausverträge in großen Druckereien Stellung zu nehmen, da diese Verträge den Kollegen Nachteile gebracht hätten. Unter großer Unruhe der Versammlung verfuhr auch Clara Wien die Schritte des Hauptvorstandes zu verteidigen und der Berliner Ortsverwaltung schwere Fehler vorzuwerfen. Baumgarten geht noch einmal auf die gegen ihn persönlich erhobenen Vorwürfe ein. Clara Wien sei bei keiner Verhandlung zugegen gewesen und kenne alles nur vom Hörensagen. Hinter der ganzen ins Werk gesetzten Szene stehe Döblin, der Ruhe um jeden Preis im Buchdruckgewerbe haben wolle. Alle warnen aber nachdrücklich vor einer Abspaltung vom Verband. Der anwesende Gauleiter Hermann-Dresden mißbilligt ebenfalls in scharfer Weise das Verhalten des Hauptvorstandes. Dem nächsten Verbandstag falle die Aufgabe zu, ein größeres Mitbestimmungsrecht für die Mitglieder zu schaffen, um den Nachteil einzelner Personen zu beseitigen.

Nach einem kurzen Schlusswort von Moritz gelangt eine Resolution zur Annahme, die den Delegierten, welche Berlins Interessen vertreten, ihren Dank ausspricht und worin mit Entrüstung Kenntnis von den Maßnahmen des Hauptvorstandes genommen wird. Die Versammlung beschließt, daß der bisherige Vorstand, der ihr Vertrauen nach wie vor besitzt, bis zu einer Neuwahl im Amt zu bleiben hat. Die Versammlung erklärt weiter, daß sie sich auf den Boden des abgeschlossenen Tarifvertrages stellt und seit an den Grundsätzen der Zentralisation hält. Die Gewerkschaftskommission wird aufgefordert, eine Verhandlung anzubahnen.

Mit einem kräftigen Hochruf auf die in den Zentralorganisationen vereinigte Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Achtung, Tapezierer! Wegen Tariffdifferenzen ist für Polsterer gesperrt A. Wiese, Chausseest. 80.

Die Schlichtungskommission.

Die Lohnbewegung der Fleischergehilfen von Neukölln hat die Fleischermeister mobil gemacht, viele versprechen ihren Gefellen eine Lohnerhöhung, wenn sie aus dem Zentralverband austreten, einige drohen mit der Entlassung. Der Fleischermeister Holz, Kirchhofstr. 40, hat seine beiden Gefellen entlassen, weil sie Mitglieder des Verbandes waren; einer davon war bereits über zwei Jahre bei ihm beschäftigt. Die Meister glauben, damit die Gefellen einschüchtern zu können, was ihnen jedoch nicht gelingen wird. Die Innungsämter sind ebenfalls eifrig an der Arbeit, um zu verhindern, daß an den patriarchalischen Verhältnissen zugunsten der Gefellen etwas geändert wird. — Trotzdem haben verschiedene Meister sich schon bereit erklärt, mit der Organisation zu verhandeln und den Tarifvertrag anzuerkennen.

Der Kellnerstreik im „Deutschen Wirtshaus“, Neukölln, Bergstraße 136/137, ist nach Anerkennung der Forderungen durch den Gastwirt W. Jemlin beigelegt worden. Die Arbeitswilligen wurden entlassen und die Streikenden wieder eingestellt.

Deutsches Reich.

Der Bund der kaufmännischen Angestellten.

die neueste Organisation zur Zerspaltung der Handlungsgehilfen, hielt am Sonntag, den 3. d. M., in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße, ihren ersten Bundestag ab.

Für die Allgemeinheit waren nur die Leitfäden für ein sozialpolitisches Programm von Interesse. Die Forderungen, deren wesentlichste die folgenden sind: Mindestgehälter, die durch Ortszuschläge den lokalen Verhältnissen anzupassen sind, Vergütung der Ueberstunden, Beseitigung der „freien Station“, tägliche Höchst-arbeitszeit von acht Stunden, Regelung des Urlaubes, Einführung von Angestelltenausschüssen für alle Betriebe mit mehr als zehn Angestellten, gleiche Vorbildung für männliche und weibliche Angestellte, Arbeitskammern, paritätische Stellennachweise und Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Arbeitsverhältnisse der Angestellten, zeigen so recht, wie überflüssig die Gründung dieser Organisation war. Die wesentlichsten dieser Forderungen werden schon seit langem vom Zentralverband der Handlungsgehilfen vertreten. Auch der Referent wußte seinen Grund für die Neugründung anzugeben. Lediglich die Phrase „politisch neutral, gewerkschaftlich radikal“ mußte zur Begründung herhalten, obgleich der Redner dieser Organisation genau bekannt ist, daß ihre Organisation so viel oder so wenig politisch neutral ist wie alle anderen Organisationen.

Originell war in den Ausführungen der von Dr. Reitzle des Herborbes der „Interessengemeinschaft mit den Arbeitern“, der „Solidarität mit den Arbeitern“ und wie die schönen Redensarten alle lauteten, um kurz hinterher mit einem logischen Saltomortale zu erklären, daß für die Handlungsgehilfen eine organisatorische Verbindung mit den Arbeitern unpraktisch wäre.

Zu erwähnen ist noch, daß der Bund der kaufmännischen Angestellten nach der Angabe des Geschäftsberichtes 1000 Mitglieder zählt und daß beschlossen wurde, bei den Wahlen der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherungen und bei den nächsten Kaufmannsgerichtswahlen selbständig vorzugehen.

Zur deutschen Bergarbeiterbewegung.

Am Sonntag fanden im ganzen Ruhrgebiet vom Rhein bis Lippe 65 Bergarbeiterversammlungen statt, die zu der absehnenden Haltung der Grubenbesitzer Stellung nahmen. Nach eingegangenen Berichten waren insgesamt circa 60 000 Bergarbeiter versammelt. Hunderte mußten umkehren, weil die Lokale abgesperrt wurden. An vielen Orten wurden Paralelversammlungen arrangiert, es herrschte eine Stimmung, wie man sie bisher nur vor großen Kämpfen gesehen hat. Die Bergarbeiter bewiesen, daß sie den Ernst der Situation völlig erfaßt haben; sie waren begeistert, wenn von der Einmütigkeit der englischen Bergarbeiter die Rede war und oft ertönten Zwischenrufe: „Wir wollen es auch so machen.“ — Die Christlichen waren in den Versammlungen durchweg zahlreich vertreten und brachten dem Vorgehen der Verbände große Sympathie entgegen. In Freisenbruch haben 16 christlich organisierte ihre Mitgliedsbücher abgegeben und sind zum Bergarbeiterverband übergetreten. Man hat den Eindruck, daß die christlichen Bergarbeiter ihren Führern die Befolgung fast versagen werden. — Eine Resolution, die sich mit den Maßnahmen der Verbände einverstanden erklärt, wurde überall einstimmig angenommen.

Genosse Due, der in Werden sprach, erklärte einem bürgerlichen Korrespondenten auf die Frage, ob die Londoner Nachricht richtig sei, daß schon in dieser Woche der Streik ausbrechen könne, die Nachricht sei aus der Luft gegriffen. Was geschehen werde, geschehe nur auf Beschluß der Bergarbeiterkonferenz, die demnächst

stattfinden werde. Bis zu dieser Tagung bleibe jeder Bergmann an der Arbeit. In dieser ersten Zeit sei Disziplin die oberste Notwendigkeit.

Die Bergarbeiter der Zeche Kaiserstuhl und Scharnhorst bei Dortmund haben Montag früh circa 4000 Mann die Arbeit niedergelegt. Der Vorstand warnt in einem sofort an die Bergarbeiter erlassenen Aufsatze vor solchen unüberlegten Arbeitseinstellungen und mahnt zur Einigkeit. Der Aufsatz lautet:

„Ein unerhörter, bedauerlicher Disziplinbruch ist heute früh auf den Zechen Kaiserstuhl und Scharnhorst vorgekommen. Entgegen den Beschlüssen und den Aufforderungen der Organisationsleiter haben dort ca. 80 Proz. der Belegschaft die Arbeit niedergelegt. Die Belegschaft begründet diese disziplinwidrige Handlung damit, daß ihr Lohnabzüge gemacht worden seien, wo Lohnhöchungen notwendig sind. Sei dem, wie ihm wolle — wenn wir auch die Erbitterung der Arbeiter über das provokatorische Verhalten der Zeche verstehen, so ist es dennoch unter keinen Umständen zu billigen und kann den Erfolg der Lohnbewegung geradezu aufs Spiel setzen, daß die Arbeiter auf eigene Faust die Arbeit niedergelegt haben. Wir fordern daher die Arbeiter aller Zechen auf, dieses böse Beispiel nicht nachzuahmen, sondern ruhig ihre Arbeit zu versehen, bis die Organisationsleitungen in Gemeinschaft mit den Vertrauensleitungen der Zeche entschieden haben. Zur Einigkeit und eierne Disziplin könne zum Ziele führen; Disziplinwidrigkeit und Uneinigkeit sind die schlimmste Gefahr für unsere Organisation und unsere gerechte Sache. Darum, Kameraden, folgt den Anordnungen der Organisationsleitungen und sorgt dafür, daß wir in vollster Einigkeit und Geschlossenheit handeln können.“

Dortmund, 4. März. Heute nachmittag fand auf der Hoberstraße eine von etwa dreitausend Bergleuten der Zeche Kaiserstuhl 1 und Kaiserstuhl 2 sowie Scharnhorst besuchte Belegschaftsversammlung statt, in der über die Frage, ob der begonnene Streik fortgesetzt werden solle oder nicht, diskutiert wurde. Nach einem Referat des Delegierten des alten Verbandes, in dem der Redner dringend zur Wiederaufnahme der Arbeit riet, kamen zahlreiche Bergleute der genannten Zechen zum Wort, die fast alle für eine Fortsetzung des Streiks sprachen. Die Vertreter der polnischen Berufsvereinigungen und der Hirsch-Dunderschen Vereine erklärten, diesen Streik nicht gutheissen zu können. Die Versammlung trug häufig einen stürmischen, stellenweise sogar tumultuarischen Charakter, besonders als der Sprecher des alten Bergarbeiterverbandes erklärte, daß die Organisation diesen „Disziplinbruch“ der genannten Zechen bedauern und keinerlei Verantwortung dafür übernehmen könne. Ein Beschluß darüber, ob die Arbeit morgen wieder aufgenommen werden solle oder nicht, wurde nicht gefaßt. Es scheint aber sicher, daß ein großer Teil der Streikenden die Arbeit morgen wieder aufnimmt. In der Versammlung wurde noch bekannt gegeben, daß am Dienstag, den 5. d. M., die Antwort der Zechebesitzer erwartet werde. Am Donnerstag findet eine Sitzung des Aktionsausschusses und des Vorstandes, und am Sonntag eine allgemeine Konferenz statt, in der die Entscheidung fallen wird. Diese Entscheidung wird nachmittags gegen 6 Uhr in großen Versammlungen im Ruhrkohlenbezirk bekannt gegeben werden.

Ausland.

Ein Demonstrationstreik der französischen Bergleute.

25 000 Bergarbeiter des Bezirkes von Carmaux haben beschlossen, am 10. d. M. in einen 24stündigen Ausstand zu treten zu dem Zwecke, bessere Bedingungen für das Altersrentengesetz zu erzielen.

Letzte Nachrichten.

Für das gleiche Wahlrecht.

Budapest, 4. März. (Eig. Tel. des „Vorwärts“.) Die Wahlrechtsdemonstration ist glänzend verlaufen. Die Arbeitsruhe war allgemein. Die Geschäfte, Café- und Gasthäuser waren bis zur Beendigung der Demonstration gesperrt. Von 9 Uhr früh bis nachmittags 1/2 2 Uhr zogen die Kolonnen die Andrássystraße entlang zum Versammlungsort. Nachmittags- und Abendblätter schätzen die Teilnehmerzahl auf Hunderttausend. Die Parlamentsostruktion der Justizpartei gewinnt an Kraft durch das Gelingen der Demonstration, weshalb die Regierung in ihrer Verlegenheit die Wichtigkeit der Demonstration durch das offiziöse Prekbureau zu unterschätzen sucht und die Teilnehmerzahl auf 28 600 angibt. In Wirklichkeit marschierten die Arbeiter in Achtreihen und dauerte der Zug über drei Stunden. Laut allgemeiner Anerkennung hat Budapest eine solche Menschenmenge noch nie gesehen.

Der Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt aufgelöst.

Rudolstadt, 4. März. (W. T. B.) Der bekanntlich in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehende Landtag des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt lehnte heute einen Antrag betreffend eine Abänderung des Wahlgesetzes ab. Hierauf löste der Staatsminister den Landtag auf.

Der englische Bergarbeiterstreik.

London, 4. März. (Eig. Tel. des „Vorwärts“.) Asquiths Erklärung im Parlament läßt die Situation unverändert. An eine gesetzliche Regelung der Minimallohnfrage ist vorberhand nicht zu denken. Die Presse schlägt jetzt einen sehr feindseligen Ton den Bergarbeitern gegenüber an; die ministerielle „Daily Chronicle“ droht heute den Bergarbeitern offen mit einer gesetzlichen Regelung der Frage, bei der die Wünsche der Bergarbeiter keine Berücksichtigung finden dürften.

Die Italiener bombardieren weiter.

Perim, 4. März. (Nebung des Reuterschen Bureaus.) Heute abend hat ein italienischer Kreuzer Dubab, zwanzig Meilen nördlich von Perim, bombardiert.

Ein Berliner Aufruhrer.

Magdeburg, 4. März. (W. T. B.) Die hiesige Kriminalpolizei nahm auf dem Hauptbahnhof den Elektrotechnikerlehrling Paul D. aus Berlin in Schutzhaft, der angeblich in Pantow aus der Lehre gelaufen sein will. Der mittellose junge Mensch wurde im Abort 4. Klasse aufgefunden. Er hatte einen Raubanschlag fingiert, geschand diesen auch schließlich ein.

Doppelmord.

Sitten, 4. März. (W. T. B.) Heute nachmittag um 2 Uhr wurden in dem benachbarten Waltersdorf die Frau des Obermeisters Wittler und deren 19 jährige Tochter in ihrer Wohnung erschossen aufgefunden. Es liegt Doppelmord vor. Der Mörder, ein 29 jähriger Arbeiter namens Kraß, wurde auf Groß-Schönauer Flur tot aufgefunden. Er hatte sich selbst erschossen. Zwischen ihm und dem jungen Mädchen scheint vor der Tat ein heftiger Kampf stattgefunden zu haben.

Abkürz in den bayerischen Boralten.

Rempen i. Allgäu, 4. März. (W. T. B.) Der Gerichtsschreiber Bildung ist gestern vom Säuling abgestürzt. Er war sofort tot. Seine Leiche ist schrecklich verstümmelt.

Unser Stichwahlabkommen.

I.

Stichwahlen nach allgemeinen Wahlen sind bei uns fast nie vor sich gegangen, ohne lebhafteste Diskussionen zu entfesseln. Stichwahlen erfordern eben plötzlich und unvermittelt eine Taktik, die ausnehmend in vollstem Widerspruch steht zur Taktik bei den Hauptwahlen. Und so einfach und unseren Grundgedanken ohne weiteres entsprechend unsere Situation bei den allgemeinen Wahlen ist, so kompliziert und schwer mit unseren Grundgedanken zu vereinbaren ist unsere Situation bei den Stichwahlen. Dort treiben wir Propaganda für unsere Ziele gegen alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme, auch in Wahlkreisen, wo nicht die mindeste Aussicht auf Gewinnung eines Mandats; hier wird in erster Linie um ein Mandat gekämpft und unsere Aufgabe dabei besteht darin, zwischen den Gegnern, die wir eben noch alle bekämpfen, eine Auswahl zu treffen, um den einen entweder zu unterstützen oder zu unserer Unterstützung heranzuziehen.

Das ist nicht immer leicht, und dabei jedesmal ein Vorgehen zu finden, das für das ganze Reich gleichmäßig anwendbar ist und von allen Parteigenossen gleichmäßig aufgenommen wird, ist fast unmöglich.

Der Institution der Stichwahlen stehen denn auch viele unserer Genossen feindselig gegenüber, weil sie Mogelei und Korruption notwendigerweise mit sich brächten. Aber das System der Wahl nach relativer Mehrheit, wie in England und Bayern, ist noch weit schlimmer, weil es danach drängt, Abmachungen zwischen verschiedenen Parteien schon für den ersten Wahlgang zu treffen, was ein Zählen der Stärke der einzelnen Parteien unmöglich macht und der prinzipiellen Agitation im Wahlkampf stark entgegenwirkt.

Andererseits auf die Teilnahme an den Stichwahlen verzichten, wie auch vorgeschlagen wurde, weil doch alle Gegner eine reaktionäre Masse seien, hieße auf einen Teil des Rechts und der Macht verzichten, die uns das Wahlgesetz bietet. Sind auch alle bürgerlichen Parteien unsere Gegner, so ist es für die politische Entwicklung im allgemeinen und den proletarischen Klassenkampf im besonderen doch nicht gleichgültig, ob jeweils die Regierung siegt oder die Opposition, ob eine Partei siegt, die das Proletariat durch Stärkung der Staatsgewalt niederhalten will oder eine Partei, die solcher Wirkung widersirebt usw.

Andererseits ist es aber auch nicht gleichgültig, wie viel Mandate wir erobern, auch dann nicht gleichgültig, wenn die praktische Wirksamkeit unserer Partei im Parlament dadurch nicht beeinflusst wird, wenn bloß der propagandistische Wert der Wahlen in Betracht kommt. Es ist einmal eine unleugbare Tatsache, daß der Erfolg mehr wirkt als die besten theoretischen Auseinandersetzungen. Wenn so viele Proletarier sich uns noch fern halten, liegt das nicht daran, daß ihnen unsere Ziele nicht gefallen, sondern daran, daß sie an unserer Kraft zweifeln, sie zu erreichen. Jede Aeußerung von Kraft ist daher von größtem propagandistischen Wert für uns. Darin liegt auch nicht zuletzt die Bedeutung der Wahlen für uns. Aber die große Masse der uns noch fern stehenden, indifferenten Elemente treibt nicht Statistik. Der tiefer Blickende sieht auf die Zahl der Stimmen, die wir erhalten, den oberflächlichen Beschauer blendet vor allem die Zahl der Mandate, das heißt der Siege, die wir erringen. Auch vom rein agitatorischen

Standpunkt aus ist also diese Zahl nicht gleichgültig. Darum schon müssen wir an den Stichwahlen teilnehmen, trotz aller Bedenken, die von Zeit zu Zeit dagegen erhoben werden und die ja bekanntlich den St. Galler Parteitag 1887 dahin führten, unbedingte Stimmhaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien zu empfehlen, ein Beschluß, den schon die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen 1890 ad absurdum führten, wo der Parteivorstand gezwungen war, ihn auf eigene Verantwortung aufzuheben. Seine Parole war: nieder mit dem volksfeindlichen Kartell, dem nationalliberal-konservativen Block. Diese Parole kam dem Freisinn und dem Zentrum zugute. Dafür ward der Vorstand von der äußersten Linken unserer Partei aufs lebhafteste gerüffelt, bei der Mehrheit der Partei fand er aber lebhafteste Zustimmung.

Es wäre auffallend gewesen, wenn das Stichwahlabkommen dieses Jahres, das etwas völlig Neues darstellt, keine Kritik gefunden hätte. Man darf sich eher darüber wundern, daß die Kritik bisher, mit geringen Ausnahmen, so ruhige Formen angenommen hat. Aber zur Aufregung liegt auch wirklich kein Grund vor. Wir dürfen bei unseren Auseinandersetzungen über das Abkommen die Gründe für und wider mit voller Gemütsruhe abwägen. Niemand wird die Stichwahlvereinbarung mit ungemischten Gefühlen gelesen haben. Daß sich vieles dagegen einwenden läßt, unterliegt keinem Zweifel. Es fragt sich bloß, ob die Gründe, die dafür sprechen, nicht die gewichtigeren sind.

II.

Vor allem wäre die Frage zu entscheiden, ob ein Abkommen, wie das in Rede stehende, prinzipiell überhaupt zulässig oder doch wünschenswert ist. Die Unterjochung dieser Frage wird für eine harmlose Meditation ohne jeden Zweck erklärt, weil das Abkommen einmal abgeschlossen, an ihm nichts mehr zu ändern sei.

Aber zu welchem Zwecke kritisiert man einen Schritt, der sich nicht mehr rückgängig machen läßt? Soll die Kritik nicht ganz zwecklose Reklamation sein, bloß unternommen, um dem bedrängten Herzen Luft zu machen, dann muß sie auf unsere zukünftige Tätigkeit von Einfluß sein. Nur insofern sie das tut, hat sie ein praktisches Interesse. Der Artikel kann im vorliegenden Falle bloß zwei Folgen beabsichtigen: entweder die Unfähigkeit derjenigen nachzuweisen, die den falschen Schritt getan und ihnen die Macht zu nehmen, je wieder im Namen der Partei zu handeln, oder Grundsätze aufzustellen, die eine Wiederholung des falschen Schrittes verhindern würden.

Wir dürfen annehmen, daß es sich bei der Kritik des Stichwahlabkommens um das letztere handelt, dann ist es aber doch keine harmlose Meditation, zu unteruchen, ob wir solche Abkommen überhaupt abschließen dürfen. Die Entscheidung dieser Frage bildet doch die Grundlage unserer ganzen künftigen Praxis bei Stichwahlen.

Die Kritiker haben leider — so weit uns ihre Ausführungen bekannt wurden — die prinzipielle Frage nicht behandelt, dabei aber doch erkennen lassen, daß ihnen ein jedes derartige Abkommen zuwider wäre. Da sie aber keine Gründe dafür angeben, ist es schwer, etwas darüber zu sagen, denn es ist nicht abzusehen, was prinzipiell gegen ein solches Abkommen eingewandt werden könnte. Sobald man sich einmal entschlossen hat, in die Stichwahlen einzugreifen und bestimmte Parteien dabei zu unterstützen, ist es schwer zu begreifen, warum es ein Fehler sein sollte, mit diesen Parteien be-

stimmte Vereinbarungen einzugehen. Es kommt ganz auf die Art der Vereinbarungen an.

Da die Kritiker keine grundsätzliche Beurteilung der Stichwahlabkommen überhaupt geäußert haben, so darf man wohl konstatieren, daß sie selbst nichts an der bloßen Tatsache auszufügen finden, daß der Parteivorstand sich mit der fortschrittlichen Volkspartei in Verhandlungen über die Stichwahlen einließ. Ein Verlangen, der Parteivorstand dürfe nie wieder in Verhandlungen dieser Art eintreten, ist nirgends ausdrücklich geäußert worden, wenn auch der Wunsch mitunter merktbar wird, die Beurteilung des jüngsten Abkommens möge jedes weitere für immer unmöglich machen.

Die Kritik bezieht sich bloß auf die Situation, in der das Abkommen abgeschlossen wurde, und auf seinen Inhalt. Im folgenden Artikel wollen wir zunächst die erstere betrachten.

Reichstag.

10. Sitzung. Montag, den 4. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Die Beratung

des Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Titel Staatssekretäre.

Abg. Weiser (Vf.) geht zunächst auf die jüngsten Vorgänge im Reichs-Lotterien-Gesetz ein und führt aus, daß die Streichung des Dispositionsfonds und kaiserlichen Gnadenfonds durchaus gerechtfertigt gewesen sei. Das jetzige Provisorium in der Frage des Staatsoberhauptes müßte zu Schwierigkeiten führen.

Präs. Kaempf mahnt den Redner, sich an den Etat zu halten.

Abg. Weiser: Von einem Teil unserer Beamten ist die Sozialdemokratie in unzulässiger Weise gefördert worden. Daß der Bezirkspräsident v. Kuttikamer beim Kaiseressen in Kolmar sagte, er habe mit voller Ueberzeugung einen Sozialdemokraten gewählt, würde ich noch hingehen lassen. An die Beamten ist aber wenige Tage vor der Stichwahl ein Zirkular ergangen, in dem höhere Beamte erklären, nach eingezogenen Erkundigungen an maßgebenden Stellen siehe fest, daß die Beamten ruhigen Gewissens für die Sozialdemokratie stimmen könnten. (Hört! hört! rechts.) Das ist ein unerlaubter Druck, eine unerlaubte Wahlbeeinflussung. (Sehr richtig! rechts.) Der Unterzeichner dieses Zirkulars, Uhlend, ist vom Kaiser zum Mitglied der Ersten Kammer ernannt worden. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Dr. Rumm (Vf. Vg.): In der Wohnungstage steht uns ein gewaltiges Kapitel an Arbeit bevor. Ich empfehle die Annahme unserer Resolution dazu. Wenn das Reich einwirken würde auf stärkere Verneuerung der Wohnungen, dann würde es ein großes Werk tun. Eine zweite Resolution unserer Fraktion fordert ein neues Arbeitsrecht. Wir, wie die Mehrheit des Hauses, sind ja erfreulicherweise nicht für eine Einschränkung des Koalitionsrechts. Eine dritte Resolution fordert weitergehenden Schutz der jugendlichen Arbeiter. Dann bitten wir auch um Annahme der Resolution, die die Anmerkungen unterdrücken will. Hoffentlich wird der Entwurf über die Arbeitskammern in dieser Session zum Abschluß gebracht.

Dem Reichsanwalt wird man es wünschen müssen, daß er sich im Kampfe gegen die Hochbank als ein harter Landgraf erweisen möge. Graf Posadowski sprach von solonischer Weisheit. Solons Weisheit war der Kampf gegen den Kapitalismus. Da kann man allerdings dem Kanzler nur solonische Weisheit wünschen. (Weiterkeit.)

Ministerialdirektor Caspar (auf der Tribüne schwer verständlich) äußert sich über die Regelung der Arbeitszeit in den Kontoren. Die Regierung sei gewillt, da einzugreifen, wo sich Uebelstände herausstellen sollten.

Abg. Werner (Ant.) ersucht den Staatssekretär, dafür zu sorgen,

Kleines Feuilleton

England als Kohlenlieferant der Welt. Der englische Riesenschiffbau des Lebensnerv im Organismus des Vereinigten Königreichs und wird, wenn er andauert, auch den Hauptkohlenländern Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens, fühlbar werden. Um die Bedeutung richtig einzuschätzen, die die englische Kohle auf dem Weltmarkt besitzt, ist es nötig, zuerst einmal die Kohlenproduktion der ganzen Erde zu betrachten. An der Spitze stehen die Vereinigten Staaten mit 447 840 000 Tonnen, die es im Jahre 1910 förderte. Da aber der Kohlenverbrauch der Vereinigten Staaten im gleichen Jahre 434 815 000 Tonnen betrug, so kann der Staat nicht viel exportieren. Die Kohlenproduktion des Vereinigten Königreichs belief sich 1910 auf 264 430 000 Tonnen bei einem Verbrauch von 179 960 000 Tonnen; die von Deutschland auf 150 370 000 bei einem Verbrauch von 130 230 000, die von Frankreich auf 37 255 000 bei einem Verbrauch von 54 800 000, von Belgien auf 23 530 000 bei einem Konsum von 23 850 000 Tonnen. Das Land, das am meisten Kohlen pro Kopf produziert, ist das Vereinigte Königreich. Fast 6 Tonnen kommen jährlich auf den Kopf, während es in den Vereinigten Staaten nur 5 Tonnen, in Belgien 3½ Tonnen, in Deutschland 2½ Tonnen sind. So steht England als Kohlenproduzent und Kohlenlieferant an der Spitze.

Von 40 Millionen Tonnen im Jahre 1850 stieg die Produktion auf 184 Millionen im Jahre 1890 und auf 267 Millionen im Jahre 1900. Noch großartiger war die Entwicklung des Kohlenexports. Während dieser 1870 noch ganz unbedeutend war, betrug er im Jahre 1880 bereits 24 300 000 Tonnen, 1900 50 300 000 Tonnen, 1908 87 700 000 Tonnen. Von 13 Proz. im Jahre 1875 hob er sich auf 82 Proz. im Jahre 1900. Die englischen Kohlenexporte durchfahren heute alle Meere; sie bringen ihre Ladungen bis nach Australien und China. Ein ungewöhnlich günstiges Zusammenreffen geologischer und geographischer Umstände hat England diesen Kohlenreichtum besichert. Die Lagerstätten sind reich, oft von geringer Tiefe, sehr leicht auszubauen; sie liefern ein Brennmaterial, das im allgemeinen von hervorragender Güte ist. Zudem ist eine große Zahl der Kohlenlager nahe am Meer gelegen; der Transport nach den Schiffen läßt sich ebenso wie die Förderung im günstigsten Form bewerkstelligen. Die Zahl der in den Kohlenbergwerken angestellten Arbeiter belief sich 1900 im ganzen auf 1 126 372 Personen, von denen 835 118 unter der Erde arbeiteten. Der englische Minenarbeiter ist der produktivste unter seinen europäischen Kollegen, obgleich auch seine Leistungen durch die Beschränkung der Arbeitszeit und andere Umstände nachgelassen haben. 1899 förderte ein englischer Kohlenbergmann 311 Tonnen jährlich, 1908 279 Tonnen.

Welches sind nun die Hauptkunden, denen England Kohlen liefert? Sein wichtigster Abnehmer ist Frankreich, das 1909 10 400 000 Tonnen englische Kohlen einfuhrte. Auch Deutschland ist ein guter Kunde Englands, obwohl es selbst ein so großer Kohlenproduzent ist. Es hat im Jahre 1909 9 700 000 Tonnen aus England eingeführt; dann kommt Italien mit 9 080 000 Tonnen, Schweden mit 5 800 000 Tonnen, Rußland mit 3 900 000 Tonnen, Dänemark mit 2 800 000 Tonnen usw. Nach England ist Deutschland der größte Kohlenexporteur; seine Kohlenproduktion, die sich von 1855 bis 1909 verdreifacht hat, ermöglichte 1909 bei einem Export von 11 Millionen Tonnen doch schon einen Export von 23 Millionen, während die Vereinigten Staaten trotz ihrer enormen

Produktion von fast 440 Millionen im Jahre 1910 nur 14 Millionen Tonnen exportierten.

Die Telefonnummer als Telegrammadresse. In ihrem zielbewußten Fortschreiten, die Benutzung der Verkehrsmittel der Post immer mehr zu erleichtern, hat die englische Postverwaltung einen neuen Schritt unternommen, der manchen anderen Ländern als Vorbild dienen könnte. Bei der Bedeutung, die der Telegrafverkehr in modernen Leben einnimmt, empfindet man es oft schmerzlich, daß man bei Aufgabe eines Telegramms nach einer größeren Stadt fast die Hälfte der zur Verfügung stehenden zehn Worte zur Angabe der Adresse verwenden muß. Wenn der Name sehr verbreitet ist, muß man den Vornamen hinzufügen, muß die Straße angeben, die Hausnummer, viele Strophen mit langen Namen rangieren als Doppelworte usw. Der Handel besitzt bekanntlich in der Telegrammadresse ein Hilfsmittel, das jedoch gebührenpflichtig ist; die Entgegung der abgefürzten Adresse muß bezahlt werden. In England mußte der Firmeninhaber für eine Telegrammadresse 20 M. jährlich bezahlen. Diese Einrichtung wird jetzt erleichtert und von allen Gebühren befreit, und zwar hat die englische Postverwaltung ein sehr einfaches Auskunftsmittel gefunden: künftig wird im englischen Telegrafverkehr die Telefonnummer als Telegrammadresse gelten. Der Generalpostmeister hat die Einführung dieser willkommenen Verkehrs-erleichterung bereits im Unterhause angekündigt. Die Bedenken gegen den mit dieser generellen Verkürzung der Adressen verbundenen Einwohnereinsturz hat die Postverwaltung mit der richtigen Erwägung widerlegt, daß jede Portoverbilligung erfahrungsgemäß eine Verkehrssteigerung mit sich bringt, der in kurzer Zeit den Ausfall wieder einbringt. Zugleich aber nimmt man, und wohl nicht mit Unrecht, an, daß die Zahl der Fernsprecheinnehmer durch diese neue Erleichterung wachsen wird, da wie gesagt, die Benutzung der Telefonnummer als Telegrammadresse völlig gebührenfrei ist.

Theater.

Lessing-Theater (Sondervorstellung): „Alkestis“. Mythologisches Sackmesserpiel von Eberhard König. Das altgriechische Alkestis-Drama des Euripides behandelt die Geschichte der Thebaischen Königin, die, um ihrem Gatten Admet das Leben zu erhalten, auf ihr Leben verzichtet, dann aber von Herkules, dem Freunde Admets, aus dem Tode in die sonnige Welt hinaufgeholt und dem Gemahl zurückgegeben wird, nicht ohne ironische Schlaglichter. Der göttliche Apoll mit dem erkrankten Admet durch Drofel laud, daß er ihm Genesung schenken werde, wenn ein anderer freiwillig den Tod an seiner statt erleiden will. Aber Vater und Mutter weisen die Zumutung in tiefer Entrüstung von sich. Der Sohn findet das gemein. Dann melbet sich Alkestis, und der große Held nimmt das Anerbieten, wenn auch mit Senken, dankbar an. Hätte Herkules, von Euripides als renommiertester Kraftmeier eingeführt, Alkestis nicht den Unterirdischen wieder abgerungen, der Witwer würde sich auch ohne sie getrost haben.

Eberhard König hat den Versuch gemacht, den Stoff in Offenbacher Weise travestierend auszunutzen. Mit viel Witz, doch leider viel geringerem Witz. Es ist deshalb erfreulich, daß das Stück, wenn man's schon bringen wollte, nur als gelegentliche Nachaufführung (Beginn 11 Uhr) für den Unterstufensfonds der Schauspieler gegeben wurde.

Schon daß die Alkestisabel (im Gegensatz zu der der „Schönen Helena“ und des „Opheus“) so wenig bekannt ist, war eine Genügnung. Die Parodie muß etwas Typisches parodieren, durch ihre Beziehungen

zu einem geläufigen Original, an dem sie ihre Verdrehungsfünfte sich das Interesse wach erhalten. Hier selbste das. Auch die Vorgeschichte, die König seiner Parodie zugrunde legt, bleibt in dem Stück selbst höchst unklar. Admet, ein unverbesserlicher Dummelante, ist gar nicht krank, und Alkestis eine resolute, auf Reineinreden und auf Wäsche verlesene Hausfrau, muß, sehr zu ihrem Leidwesen, insolge eines zur Honigmondszeit herausgeplapperten Schwur, in das Grab. Die Kontrastierung des Märchens, immer dieselben Effekte wiederholend, kommt über ziemlich plumpe Späße nicht hinaus. Selbst Anläge zu einer feineren Pointierung mangelten. Auch wo dem Autor ein hübscher Einfall durch den Sinn geht — z. B. daß Alkestis jungensfertige Unfähigkeit dem Hadesgott seine Unterwelt zur Hölle macht, so daß er selbst am Ende froh ist, sie loszuwerden — fällt die Ausführung ins bißig Platte. Ebenfalls wird die Verkörperung der pathetischen Feierlichkeit antiker Chöre, gewiß ein dankbares Motiv, zu stärkerer Komik.

Erste Kräfte des Lessing-Theaters wirkten mit. Elfe Lehmann spielte die herbe Alkestis. Monnard den ewig zwischen Eufem, Liebe und moralischen Kater pendelnden Gemahl, Marx den gutmütigen Schlagadobro Herkules — doch bei der Magerkeit des Leibes ohne rechten Eindruck. Recht dröblig war Forst's sanftmütiger, geflügelter Thanatos, der als Pole der Unterwelt mit einer Briefträgergenüge geschmückt, aus dem Souffleurkasten emporstieg. Am meisten hatte der Autor Jiska Grünig zu danken. Aus einem Nichts der trivialen Rolle einer alten Amme schuf sie ein Wesen von überwältigend komischer kopfwackelnden Fähigkeit. Schon ihr bloßes Erscheinen entsefelte Herkulesstärme.

Humor und Satire.

Kriegsbegeisterung.

Da kommt der Kerl, der Hoffmann, her, will uns den Krieg vergällen; als ob's nicht just im Kriege wär, wo uns die Beutel schwellen!

Der Beutel schwillt, es schwillt die Brust von Ehren und von Orden — Und dabei wär es find'ge Lust, das bißten Massenmorden?

Mit Recht ist nicht vom Ordnungsdraf der Kerl verschont geblieben. Seht nur, wie wir den Kriegsberuf sogar im Frieden üben:

Ein freies Leben führen wir, in Friedenszeit und Kriege; die Kosten zahlt, Proleten, ihr, wir — nehmen, was wir kriegen.

Franz.

Notizen.

— Die vier Toten der Fiametta, die Pantomime von William Bauer mit der Musik von Herward Walden, wird am 9. März auf dem Maskefest der Juchfreier „Rehrens“ in den Festhallen des Brüdervereins, Fürstentstr. 116, aufgeführt.

— Vorträge. Ueber „Jüdische Emigration und Kolonisation“ hält Herr David Reitsch in der Sitzung des jüdischen Vereins Weis-Verlin an den Dienstagen (5., 12., 19., 26.) dieses Monats, abends 8 Uhr, in der Aula der Charlottenburger Gemeindefchule, Weisstr. 43, einen Vortragszyklus.

daß die Güterschlächter sich nicht von der Wertzuwachssteuer brüden können, wie dies bisher vielfach geschehen sei. Angefichts der letzten Ereignisse in Hessen müsse die Bevölkerung mehr als bisher vor der Zigeunerplage geschützt werden. Der Redner spricht sich weiter für eine Weidraufhebung der Wälder aus. Der § 100g der Gewerbeordnung müsse beseitigt und den Zwangsmaßnahmen das Recht zur Festsetzung von Mindestpreisen gegeben werden. Den Warenhäusern müsse mit einer scharfen Reichswarenhändlersteuer entgegengetreten werden. Ein größerer Schutz der Arbeitswilligen sei unerlässlich. Eine weitere Einschränkung der Sonntagsverkaufszeit dürfe nicht vorgenommen werden. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Ich habe den Eindruck, daß das Maß der Anfragen und Anregungen, die bei dem Titel meines Schreibs gedrängt werden, in diesem Jahre noch erheblich größer ist als sonst. Ich werde mich heute darauf beschränken, über allgemeine wirtschaftlich-politische Fragen zu sprechen und behalte mir vor, auf die Wünsche des Mittelstandes in einer besonderen Rede morgen einzugehen. Die in Ihren wesentlichen Punkten zutreffenden Ausführungen des Abgeordneten Mayer haben ergeben, daß die günstige Situation, die unsere wirtschaftliche Entwicklung im Laufe des Jahres 1911 bis zum vorigen Herbst gezeigt hat, nicht abgeflaut hat, sondern daß wir uns nach wie vor in einer langsamen, aber stetigen Aufwärtsbewegung auf fast allen Gebieten befinden. Der Abgeordnete Mayer hat anerkannt, daß unsere Wirtschaftspolitik eigentlich durchweg von Erfolg begleitet gewesen ist; ich möchte dabei aber zweierlei feststellen: unsere Wirtschaftspolitik hat zwei erhebliche Versäumnisse durchgemacht, das eine war die Dürre des vergangenen Sommers mit ihren Folgen, das andere die während mehrerer Monate

Scharf gespannte Lage der auswärtigen Politik.

(Hört! hört!) Beide Belastungsproben hat zweifellos unser Wirtschaftsleben gut ertragen und das ist zweifellos ein weiterer Beweis dafür, daß unser Wirtschaftsleben in der Hauptsache auf gesunden Grundlagen beruht. Wir dürfen uns dabei darüber aber nicht täuschen: der Abschluß des Jahres 1911 wird kein ganz normaler sein, denn die starke Einfuhr an Nahrungsmitteln und Lebensmitteln, die als eine Folge der Dürre unabwendbar eintreten mußte, hat natürlich unsere Jahresbilanz abnormal beeinflusst und wird sie voraussichtlich noch weiter beeinflussen. Die Lage unseres Geldmarktes ultimo September und Dezember hat zweifellos gezeigt, daß unsere Bank- und Handelspolitik in der Lage gewesen ist, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, die ihr die äußere Politik bereitet hat. Man wird anerkennen müssen, daß die Leistungen unserer Reichsbank von Erfolg begleitet gewesen sind. Auch diese Vorgänge haben erneut die Frage an uns herangetragen lassen, ob unsere Grobkbank in Zeiten schwerer Erschütterungen unter allen Umständen das Maß von sofort greifbaren Mitteln gewährleisten, was erforderlich ist, um außergewöhnlichen Erschütterungen zu begegnen. Alle berufenen Instanzen haben diese Frage mit äußerster Aufmerksamkeit und Sorgfalt verfolgt und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß jedenfalls zurzeit auf diesem Gebiete ein gefahrloses Eingreifen nicht notwendig ist. Zunächst ist es der Energie und Fähigkeit des Reichsbankpräsidenten gelungen, ohne Zwangsmassnahmen den erforderlichen Einfluß in dieser Richtung auf die Banken auszuüben. Man wird also vorläufig mit Ruhe der Entwicklung entgegensehen und abwarten können, was die Tätigkeit der Reichsbank auf diesem Gebiete in der nächsten Zeit weiter erreichen wird. Obwohl man vielleicht der Meinung sein kann, daß wir alles in allem in Deutschland noch etwas stark und hochgespannt arbeiten, wird man doch nicht in Abrede stellen können, daß das Gesamtbild unserer wirtschaftlichen Entwicklung ein glänzendes ist. Wenn das der Fall ist, so fehlt natürlich ein greifbarer Anlaß, einen Wechsel in unserer Wirtschaftspolitik, in unserer Zolltarif- und Handelspolitik, in unserer Politik des Schutzes der nationalen Arbeit einzutreten zu lassen. Im großen und ganzen hat sich

der Zolltarif bewährt.

Er hat sich bewährt in seiner Systematik, in bezug auf seine technische Anwendbarkeit, und er hat sich bewährt, insofern er zweifellos einen wirksamen Schutz unserer nationalen Arbeit geboten hat. Unter diesen Umständen würde man im Ernst nicht daran denken können, wesentliche Änderungen im Maße des Schutzes nach oben oder nach unten einzutreten zu lassen. Im Gegenteil, wir werden bestrebt sein, den jetzigen Stand zu halten. Damit fällt natürlich jede Notwendigkeit, einen neuen Zolltarif aufzustellen, was man hier und da angenommen hat. Es kann sich auf diesem Gebiete nur handeln um eine Revision im einzelnen, technische Unbequemlichkeiten im Aufbau des Tarifes zu beseitigen, einzelne wirtschaftliche Unvollkommenheiten aufzuheben und zu prüfen, ob etwa die allgemeinen handelspolitischen Beziehungen die Erfahrungen, die wir beim Abschluß unserer letzten Handelsverträge gemacht haben, uns nötigen, unsere zollpolitischen Rüstungen in diesem oder jenem Punkte zu verbessern oder zu erweitern. Die Änderungen des Tarifes könnten zurückgeführt werden auf Veränderungen in den Produktionsverhältnissen in den einzelnen Ländern, sie könnten notwendig werden durch Veränderungen in der Technik, in dem Bedarf und in den Bezugsquellen von Rohprodukten, die wir aus anderen Staaten beziehen. Auch die veränderte Wirtschaftspolitik anderer Staaten kann uns nötigen, in diesem oder jenem Punkte einzelne Änderungen vorzunehmen. Im großen und ganzen handelt es sich darum, den Zolltarif auf der Gegenwart zu halten. Gerade wenn man an der bewährten Zoll- und Wirtschaftspolitik festhalten will, muß man sich davor hüten, daß das Instrument einer solchen Politik, der Zolltarif, umgebaut wird. Andere Staaten haben gefehlt, festgelegt, daß ihr Tarif alle 5 Jahre revidiert werden muß. Bei uns muß der Zeitpunkt für eine derartige Modernisierung des Tarifes nach anderen Gesichtspunkten bestimmt werden. Es ergibt sich für uns naturgemäß, daß wir bestrebt sein müssen, die notwendigen Veränderungen und Verbesserungen an unserem Tarif vorzunehmen, bevor die neuen Handelsverträge kommen. Die Auffassung ist also vollständig berechtigt, daß unser Reichstag wichtige Beschlüsse auf dem Gebiete der Handelsverträge zu fassen hat. Diese Tatsache hat verschiedenen Parteien Anlaß gegeben, die Regierung zu fragen, was sie zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge zu tun gedenke. Diese Wahrungen waren nicht notwendig. Wir sind seit mehr als drei Jahren unabhängig mit den Vorbereitungen für den Abschluß der Handelsverträge, die im Jahre 1917 ablaufen, beschäftigt. Zunächst bleibt die Materie in Fluß, so lange noch neue Handelsverträge abgeschlossen werden. Neben dem wirtschaftlichen Anschauung bemühen wir das Mittel der Produktionshebungen, die seit über drei Jahren wieder in vollem Gange sind und mindestens in dem bisherigen Umfang fortgesetzt werden sollen. Wir glauben, daß wir in der Lage sein werden, auf diesem Wege dasjenige Material zu schaffen, das erforderlich sein wird, um die zahlreichen Wünsche einzelner Interessentengruppen, wie die des Handelsstandes, des Zentralverbandes der Industriellen und vieler anderer Vereinigungen zu prüfen und eventuell zu ergänzen. Die Erfüllung der Kleinbetriebe bei diesen Produktionshebungen gestaltet sich freilich erheblich schwieriger als die der Großbetriebe. Wir werden hierbei andere Wege einschlagen müssen und hoffen auf die Unterstützung der Interessentenverbände dabei.

Es wurde angeregt, es möchte eine öffentliche allgemeine Enquete auf kontributorischer Grundlage über die Ergebnisse unserer bisherigen Wirtschaftspolitik angestellt werden, und mit dieser allgemeinen Enquete hofft man dann, die Verbände für die neuen Handelsverträge und für die weitere Orientierung unserer Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Ich halte diesen Weg nicht für gangbar (Sehr richtig! rechts.) aus einem guten einfachen unüberleglichen Grunde. Kein Geschäftsmann wird die letzten Geheimnisse seines Betriebes in öffentlicher Verhandlung allgemein bekannt geben. (Sehr richtig!) Wir sind genötigt, das Material, das wir im Wege der Produktionshebungen gewinnen, und das wir dem Wirtschaftsausschuß vorlegen, auf das sorgsamste zu sekretieren (geheimhalten). Das

Material geht bei mir im Amt nur von Hand zu Hand, es ist nur dem betreffenden Referenten zugänglich, und es wird zu einem erheblichen Teile vernichtet, sobald es seinen Zweck gedient hat. Es kann nicht Diskussionsmaterial für öffentliche Versammlungen sein. (Sehr richtig! rechts.)

Weiter wurde angeregt, daß wir beim Abschluß der Handelsverträge Abmachungen sozialpolitischer Natur aufnehmen sollten, dergestalt, daß die vertragsführenden Teile die Arbeiter in sozialpolitischer Beziehung möglichst gleich behandelten. Welchen Erfolg diese Bemühungen künftig haben werden, kann ich nicht sagen. Wir haben den Weg bereits beim schwedischen Handelsvertrag beschritten, der Ansätze zu derartigen Vereinbarungen enthält. Wenn wir auch nach dreißig Jahren feststellen können, daß unsere Wirtschaftspolitik eigentlich alle Zweige der Produktion gut entwickelt hat, so dürfen wir uns darüber nicht täuschen, daß die Verhältnisse bei uns und im Auslande heute anders liegen, als vor 30 Jahren. Eines der wichtigsten Momente ist die Erklarung unserer Industrie. Unsere Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, nicht mehr wie vor 30 Jahren den inneren Markt zu schützen, sondern den äußeren Markt zu bewahren, der Konkurrenz des Auslandes im Auslande zu begegnen. (Sehr richtig!) In einem Wechsel unserer Wirtschaftspolitik haben wir jedenfalls keinen Anlaß. Ein Herabsetzen unserer Tarife würde und gar nichts nützen gegenüber, die ihre nationalen Hilfsquellen selbst entwickeln wollen; die würden ihre Tarife auch nicht um einen Pfennig herabsetzen. Wir sehen ja, wie England infolge seines Freihandels genötigt ist, sich von anderen Ländern einfach alles gefallen zu lassen.

Die veränderten Verhältnisse zwingen nur zu der Frage, ob die Technik unseres Zolltarifs auf der Höhe ist, ob er in den handelspolitischen Kämpfen als Nützliches allen Anforderungen entspricht. Es ist gefragt worden, ob es nicht besser sei, an Stelle der Meistbegünstigungsverträge Reziprozitätsverträge im Sinne der amerikanischen Handelspolitik treten zu lassen. Aber nur die Meistbegünstigungsverträge können, soweit unsere handelspolitischen Beziehungen mit den europäischen Kulturländern in Frage kommen, die Sicherheit, daß wir mit gleichen Waffen im Ausland kämpfen. Die handelspolitischen Verhältnisse zwischen Deutschland und Amerika beruhen auf keinem Vertrag. Sie sind durch diplomatische Verhandlungen autonom geregelt, sind nicht langfristiger Natur und können rasch geändert werden. Amerika hat uns gegeben, was damals bei uns Meistbegünstigung hieß, einen sogenannten Minimaltarif, während wir Amerika unseren Vertragstarif gegeben haben. Inzwischen bahnte Amerika das Abkommen mit Kanada an; wäre es in Kraft getreten, so wäre nicht nur Deutschland, sondern eine ganze Reihe anderer europäischer Staaten Kanada gegenüber differenziert worden. Wir wollten abwarten, ob das Abkommen zustande kommen würde, das ist bekanntlich nicht geschehen. Die Vereinigten Staaten haben nun aber, ohne Rücksicht darauf, daß das Abkommen abgelehnt worden ist, einen Teil ihrer Tarifermäßigungen Kanada gegenüber in Kraft treten lassen. So sind wir Kanada gegenüber jetzt differenziert in bezug auf Holzstoff, Wapen und Papier. Wir haben rekonstruiert und die Verhandlungen schweben noch. Die neuen Zugeständnisse, die wir durch Handelsverträge Schweden und Japan gewährt haben, konnten wir Amerika vorenthalten. Das alles ist ein Schulbeispiel dafür, wie sich die handelspolitischen Verhältnisse zwischen zwei Ländern regeln, die keinen Handelsvertrag abschließen.

Kum zu den Syndikaten, die sich besonders leicht in Ländern mit Schutzlohn entwickeln. (Hört! hört! links.) Ich muß zugeben, daß die Syndikate manche Gefahren politischer und wirtschaftlicher Natur mit sich bringen. Durch die Syndikate hat die Monopolfrage ein völlig anderes Gesicht bekommen. Früher wurden Staatsmonopole aus Gründen handelspolitischer und politischer Natur an der Äußerste verworfen. Wir haben aber in den Syndikaten wirtschaftliche Gebilde vor uns, die den Charakter eines Privatmonopols annehmen können. Ich persönlich halte Privatmonopole unter Umständen für gefährlicher als Staatsmonopole. Ramentlich in einem konstitutionell regierten Lande wie Preußen, wo der Landtag kontrolliert. (Ral! na! links. Weiterleit.) Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß wir allmählich gezwungen werden, Privatmonopole in Staatsmonopole zu verwandeln. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber ich habe den Eindruck, als wenn wir für diese Erkenntnis noch nicht reif sind. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr sinnreich! Weiterleit.) Auch die Herren von der äußersten Linken werden die Wichtigkeit der Syndikate für die wirtschaftliche Entwicklung nicht verkennen. Die Afferierung der Betriebsmittel und des Angebots führt zur vollkommeneren Ausnutzung der Betriebsmittel, zur Stabilisierung der Preise und damit der Löhne. Das ist wichtig namentlich für die Kohlenproduktion. So lange die Syndikate ihre Monopolstellung nicht mißbrauchen, haben wir keinen Anlaß, gegen sie einzuschreiten. Uebrigens selbst uns auch die Macht dazu. Ein allgemeines Syndikatgesetz halte ich für aussichtslos; nur auf dem Wege des Spezialgesetzes kann dort, wo es notwendig wird, erfolgreich eingeschritten werden. Allerdings verliert das Gesetz nicht zu weiteren Experimenten auf diesem Gebiete. Seine Wirkung entspricht den Hoffnungen nicht, die wir daran geknüpft haben. Ich will nicht erörtern, wen daran die Schuld trifft. Wir haben es allerdings auch nicht so vorgelegt, wie es schließlich geworden ist. Hoffentlich wird das Gesetz auf die anderen Syndikate so ein, daß sie alles tun, um eine ähnliche Reglementierung bei ihnen zu vermeiden. Das Kohlen Syndikat und der Stahlwerksverband sind eine Stütze unserer wirtschaftlichen Organisation, die wir nicht verfallen lassen dürfen. Ich halte es für richtig, daß der preussische Fiskus dem Kohlen Syndikat beigetreten ist. Wenn darauf hingewiesen wird, daß mit dem Eintritt des Fiskus die Kohlenpreise gestiegen sind, so will ich nur feststellen, daß diese Steigerung der Konjunktur entspricht. So unbedeutend sie den Produzenten sein mag, so wünschenswert ist sie, weil nun die Löhne der Konjunktur angemessen gestaltet werden. (Dravo im Zentrum und rechts.)

Abg. Sachs (Soz.):

Der Staatssekretär hat bedauert, daß in diesem Jahre mehr Anregungen und Wünsche als sonst aus dem Hause an ihn gerichtet worden sind. Er darf nicht vergessen, daß die Wahlen gerade erst hinter uns liegen, und daß dabei die bürgerlichen Parteien ihren Wählern viel Versprechungen gemacht haben. Die Wähler hatten ihnen das Gewissen geschärft, deshalb ihre vielen Resolutionen und Initiativanträge. Ich möchte den Staatssekretär bitten, den Wünschen des Volkes mehr nachzukommen. Der Staatssekretär hat weiter betont, daß Deutschland seine Aufmerksamkeit darauf lenken müsse, sich den Außenmarkt zu erhalten und neue Absatzgebiete zu erobern. Am erfolgreichsten konnte das geschehen, wenn wir mit unserer Wirtschaftspolitik einlenken wollten. (Sehr richtig! links.) Man spricht von den Erfolgen unserer allbewährten Wirtschaftspolitik. Wenden Sie auf unsere sächsische und schlesische Textilindustrie, sie kommt aus den Stodungen gar nicht mehr heraus. Der Staatssekretär hat sich als Freund des Staatsmonopols bekannt. Aus unseren Reihen sind wiederholt Stimmen laut geworden, die die Verstaatlichung der Kohl- und Kohlenproduktion gefordert haben, weil diese wichtigen Produkte nicht der Privatausbeutung überlassen bleiben dürfen. Selbstverständlich verlangen wir Garantien für die Arbeiter. Die Bergarbeiter müssen Minimallohne erhalten, sonst kommt es auch bei uns zu Kämpfen wie in England. Das unbeschränkte Koalitionsrecht muß ihnen garantiert werden. Bei der staatlichen Eisenbahn sind sie rechtlos als bei manchen Scharfmachern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bevor ich eine Anzahl Wünsche der Bergarbeiter vortrage, möchte ich mich mit einigen Rednern aus dem Hause beschäftigen. Herr Werner hat das alte Stedenpferd der Konjunkturförderung des Flaschenbierhandels geritten. Damit soll dem Mittelstande geholfen werden. Dem einen gibt, dem anderen nimmt man aus demselben Mittelstande. Es ist gewiß besser, wenn die Arbeiter nicht gezwungen werden, ins Wirtshaus zu gehen, sondern zu Hause ihre Flasche Bier trinken können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Sofinski hat Klagen über die Handhabung des Vereinsgesetzes in Oberschlesien vorgebracht. Wir können sie bestätigen und hinzufügen, daß auch im Saganer Revier verstoßen wird, die Gewerkschaften als politische Vereine zu behandeln. Ein besonders krasser Fall hat sich während der Wahlbewegung in Striegau ereignet. Dort war am Tage vor der Stichwahl eine Wählerversammlung einberufen und durch Handzettel hierzu eingeladen worden. Der Polizeikommissar hörte sich die Reden eine Zeit lang an und sagte dann: Hier wird politisch gequatscht, ich löse die Versammlung auf. (Weiterleit links.) Die Führer gingen zum Bürgermeister, der sich in einer nationalen Versammlung befand, und beschwerten sich über den Polizeikommissar. Dann beriefen sie eine zweite Versammlung ein. Der Inspektor kam wieder hin und löste wieder auf. Der Regierungspräsident, an den man sich beschwerdefähig wandte, ließ die Auflösung nicht gut, aber er führte Gründe an, die wir nicht unüberprüft lassen dürfen. In seinem Schreiben sagte er, es sei nicht zutreffend, daß es sich um Versammlungen der Wahlberechtigten gehandelt habe, denn an der ersten aufgelösten Versammlung habe eine so große Anzahl von Frauen, also Nichtwahlberechtigten, teilgenommen, daß man nur von einer öffentlichen politischen Versammlung sprechen könne, auf die die erleichternden Bestimmungen des Gesetzes für Wählerversammlungen keine Anwendung finden könnten. Gegen eine solche Auslegung des Gesetzes müssen wir protestieren. (Sehr richtig! links.) Bei der Beratung des Vereinsgesetzes ist ausdrücklich gesagt worden, daß eine solche Auslegung und rigorose Handhabung des Gesetzes nicht gutgehen werden könne.

Verschiedene Redner haben wieder das alte Lied vom dem Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen angestimmt und den Schrei nach dem Schutze der Arbeitswilligen erschallen lassen. Außerhalb dieses Hauses ist das auch von den Nationalliberalen im sächsischen Landtag geschehen. Graf Carmer erklärte hier am Sonnabend, er hätte eine ganze Anzahl solcher Terrorismusfälle mitgeteilt bekommen, die Abfender der Zuschriften hätten ihn aber dringend gebeten, ja ihren Namen nicht zu nennen. Ich habe mir damals den Zwischenruf erlaubt, das wären Freiglinge. Da wurde geantwortet, nein, sie fürchten sich, weil sie sonst noch mehr terrorisiert werden. Arbeitgeber, Gendarmen und Schulleute sollen zu feige sein, ihren Namen zu nennen, aus Furcht vor den Arbeitern; sind Sie denn wirklich so leichtgläubig? (Zuruf rechts: Aber die Arbeiter!) Die Arbeiter, die solche Zuschriften senden, das sind Leute von echt gelber Gesinnung, die sich Viehfind machen und sich einen Posten erschießen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die wollen durch solche Märsche und solche Unwahrheiten sich einen guten Namen machen und verschweigen ihren Namen, weil sie ihre Angaben nicht verantworten können vor dem Richter oder vor der Öffentlichkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie mit Terrorismusfällen kommen, so kann ich Ihnen nur sagen, in keinem Betriebe sind die Terrorismusfälle der Arbeitgeber so häufig wie im Bergwerk. Auch der Abgeordnete Sofinski hat Ihnen ja aus Oberschlesien solche Fälle vorgebracht. Bei unserer Bergarbeiterbewegung spielt auch die Forderung eine Rolle: Aufhebung der Sperrn. Heute noch werden von den Unternehmern die Sperrn aufrechterhalten, die dazu führen, daß ein Bergarbeiter, der aus einer Grube aufhört, weil ihm vielleicht Lohnabzüge gemacht worden sind, auf keiner der benachbarten Gruben Arbeiter erhält, weil er durch nachbarliche Abmachungen der Unternehmer gesperrt ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die schwarzen Listen sind im Bergbau noch nicht verschwunden. Da haben Sie den

Terrorismus der Arbeitgeber.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Graf Carmer und die konservative Partei über Terrorismus klagen, dann sollten sie auch gerecht sein und die „Deutsche Tageszeitung“ anklagen. Die hatte nämlich Ende Februar im Inzeratenteil einen Aufruf ausgenommen, in dem es heißt: „Die Unterzeichneten beabsichtigen, einen Verband zu gründen zu dem Zwecke, nur von Unternehmern Arbeit ausführen zu lassen, die sich verpflichten, keine sozialdemokratisch organisierten Maurer, Zimmerleute und Handwerker auf ihren Bauten zu beschäftigen.“ (Hört! hört! links.) Der Aufruf ist unterzeichnet vom Landschaftsrat von Herzberg, Lottin und vielen anderen. Das ist doch der organisierte Terrorismus gegen organisierte Arbeiter. (Sehr richtig! links.) Wer so im Glashaufe sitzt, soll uns doch nicht mit Steinen werfen. Auch die kleineren Beamten im Bergbau klagen über den Terrorismus der Unternehmer. Der Steigerverband wird von den Arbeitgebern mit aller Macht zu erdrücken gesucht. Von den Steinewerken erhielten mehrere dort beschäftigte Steiger einen Brief des Inhaltes, sie wären trotz dieses Verbots der Firma Hiltfelder des Steigerverbandes geblieben, und es werde ihnen deshalb die Prämie für drei Monate entzogen und die Weihnachtsprämiation um die Hälfte vermindert. (Hört! hört! links.) Die Leute werden bedroht und zum Austritt aus ihrer Organisation gezwungen.

Freiherr v. Gamp hat die Eckhaftmachung der Arbeiter empfohlen, um sie vor dem Terrorismus der Sozialdemokraten zu wahren. Wie es auf diesen Arbeiterkolonien aussieht, das zeigt das Beispiel der Königgrube, wo die Kolonievorwalter von Stube zu Stube gegangen sind und den Organisierten das Verbandsbuch abgenommen haben. Wer es nicht freiwillig abgab, der wurde dazu gezwungen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Bewohner solcher Arbeiterkolonien wird auch ein Druck dahin ausgeübt, daß sie Kostgänger halten müssen. In den Mietkontrakten verschiedener Pächter steht, daß der Mieter gezwungen wird, mindestens 2 oder 3 Kostgänger zu halten. (Hört! hört! links.) Es werden sogar Prämien dafür bewilligt, und die Mietsleute werden zu mehr herabgesetzt, je mehr Kostgänger der Mieter aufnimmt. Wir sollten uns im Reichstag aufheben, um endlich das Koalitionsrecht freier und besser auszuüben und niemals daran rütteln zu lassen. Ich möchte Ihnen dringend empfehlen, unsere Resolutionen anzunehmen, die sich auf den Schutz der Arbeiter in den chemischen Fabriken, in den Glas- und Porzellanfabriken, in der Großeisenindustrie, im Handels-, Transport- und Baugewerbe beziehen. Die Resolution für die Privat- angestellten und die Arbeiter in Land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wird von meinen Freunden noch näher begründet werden. Von den Gastwirtschaftlichen ist ein ganzes Bündel Wünsche gekommen. Aus dem Material geht hervor, wie notwendig ein weiterer Schutz auch für die Gastwirtschaftlichen und namentlich für die noch gar nicht geschützten Stubearbeiter ist. Nicht nur freigeordnete Gastwirtschaftlichen verlangen diesen Schutz, sondern Sie finden auch Petitionen von dem nationalen Gastwirtschaftlichenverband, der über dieselben grauenhaften Zustände klagt.

Der Staatssekretär und Abg. Rumm haben über die Bergarbeiterlöhne und die Arbeitsverhältnisse gesprochen. Herr Rumm führte an, daß ein wilder Streik ausgebrochen sei. Ich bedauere mit ihm, daß das vorgekommen ist, möchte aber darauf hinweisen, daß selbst in der bürgerlichen Presse zugegeben wird, daß dieser Disziplinbruch darauf zurückzuführen sei, daß Lohnabzüge gemacht worden sind, während Lohn- erhöhungen versprochen worden sind. Seitens unseres Verbandes sind jetzt schon Delegationsversammlungen einberufen worden, um die Leute wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen.

Heute hat man auch im preussischen Landtag über den Bergarbeiterstreik gesprochen, und man ist dabei auch auf unsere gegenwärtige Lohnbewegung zu sprechen gekommen. Der preussische Minister v. Sydow und der nationalliberale Abg. Firsch-Essen haben dabei von den „Hegern“ gesprochen und es wurde erklärt, daß man

den aufgekühten Massen energisch gegenüberzutreten würde. Man hat also nicht in Rücksicht gestellt, daß man den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter entgegenkommen will. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da möchte ich dem Staatssekretär sagen: Wenn Sie verhindern wollen, daß in den Bergwerksbetrieben große Störungen vorkommen, dann müssen die Arbeitgeber

und die Regierung den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenkommen. Nur so kann auf die Dauer der Friede erhalten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Mayer hat das kolossale Ansteigen der Bergarbeiterlöhne konstatieren zu müssen geglaubt. Dabei wird immer das alte Kunststück gemacht, daß man die Bergarbeiterlöhne von 1886 zum Vergleich heranzieht. Im Jahre 1886 standen aber die Löhne in Preußen und Deutschland seit den letzten 40 Jahren am niedrigsten. Es ist also leicht, bei einem Vergleich mit diesem Jahre ein gewaltiges Steigen der Löhne in den letzten 25 Jahren zu konstatieren. Im Jahre 1873 waren beispielsweise die Löhne weit höher als 1886; sie standen z. B. in einer Grube im Jahre 1873 auf 5,91 M., dagegen im Jahre 1886 auf 2,54 M. In Eisenkirchen im Jahre 1873 auf 4,41 M., im Jahre 1886 auf 2,97 M. und im Jahre 1910 wieder auf 4,90 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Warum hat denn Herr Mayer nicht von den

Kolossalen Gewinnen der Zechen

gesprochen? Im Jahresfrist 1880—1884 hatte z. B. die Gutehoffnungshütte eine Dividende von 25 Proz., im Jahresfrist 1906—1910 von 50 Proz. (Hört! hört! links.) Ein ähnlich starkes Ansteigen des Gewinnes zeigt auch die übrigen Gruben. Die Bergarbeiterlöhne sind dagegen von 1907 bis jetzt sehr erheblich zurückgegangen. Im Durchschnitt betragen sie 1907 6,14 M., 1909 5,30 M. und 1911 wieder 5,63 M. Die übrigen Durchschnittslöhne sind bedeutend niedriger. Die Dauer verdient im letzten Quartal 1911 51 Pf., weniger als zur gleichen Zeit im Jahre 1907. Die Ueberschüsse der Zechen sind dagegen gewaltig gestiegen. Das Ansteigen dieser wachsenden Ueberschüsse die Arbeiter auch höheren Lohn fordern, das ist wohl leicht begreiflich und selbstverständlich. Da brauchte kein englischer Streik zu kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind nicht aufgeschreckt worden von den Engländern zu Sympathie- oder Solidaritätspreisen. Wer das behauptet, behauptet eine Unwahrheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben die Lohnbewegung eigentlich schon im Jahre 1910 eingeleitet, wir haben sie im vorigen Jahre vertagt, weil der christliche Gewerksverein sich abgesplittert und weil wir andererseits verdächtigt wurden, wir ließen uns durch die Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen leiten. (Zuruf des Abg. Burckhardt: Mit Recht!) Nein, ganz mit Unrecht. Fragen Sie nur den Hirsch-Dunckerischen Gewerksverein und den Polnischen Verband, der mit uns gemeinsam vorgeht. Wir führten diese Lohnbewegung nur im Interesse unserer deutschen Kameraden. Wenn Sie etwas anderes behaupten, so treten Sie an die Öffentlichkeit und es wird Ihnen die Unwahrheit nachgewiesen werden. Es wird ja sogar das Märchen verbreitet, wir hätten den englischen Bergarbeitern schon eine halbe Million geschickt.

Die englischen Bergarbeiter haben allein über 43 Millionen Mark.

Sie haben am 1. Februar den Streik begonnen, und am 2. Februar sollen wir ihnen schon eine halbe Million Mark geschickt haben. Wer solches Blech glauben kann, ich weiß nicht, wie es mit dem im Oberstübchen befaßten ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die englischen Bergarbeiter haben unsere Hilfe nicht gebraucht und nicht beantragt. Das ist ausdrücklich auch in einer Resolution in England festgelegt worden. Wie angesichts solcher Tatsachen die Leiter der christlichen Gewerkschaften zu ihrer Stellungnahme kommen, das mögen sie vor sich und der Welt verantworten, vor den Arbeitern können sie es nicht verantworten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da sagt man, der Gewerksverein mache deshalb nicht mit, weil schon Lohn-erhöhungen versprochen worden seien. Wie es damit aussieht, ergibt sich aus folgender Tatsache: Es sind den in Schicht-
arbeiten Arbeitern im westfälischen Kohlengebiet zum 1. März teilweise zum 1. April, Lohnzulagen von 10, 20 und auf einzelnen Werken von 30 Pf. pro Schicht versprochen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Den im Erdtage arbeitenden Bergarbeitern ist nichts versprochen worden mit ganz geringen Ausnahmen, ja es sind sogar Lohnreduzierungen vorgenommen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es trifft auch nicht zu, daß der deutsche Bergbau die englische Konkurrenz fürchten müsse. Zahlenmäßig läßt sich nachweisen, daß die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland in den letzten Jahren gewaltig zurückgegangen ist. Von 1907 bis 1909 um 2 1/2 Millionen Tonnen, während auf der anderen Seite die deutsche Kohlausfuhr von 20 061 000 auf 24 257 000 Tonnen gewachsen ist. Von einer so starken Konkurrenz der Engländer kann also gar keine Rede sein.

Gestutzt habe ich mich über Freiherrn v. Camp, der den Standpunkt vertrat, daß in bezug auf die Maximalarbeitszeit zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder Vereinbarungen getroffen werden müßten. Das ist das, was wir anstreben mit unseren internationalen Bergarbeiterkongressen. Fürst Sallow hat das Wort geprägt: Deutschland in der Welt voran. Bei der

Maximalarbeitszeit im Bergbau

müß sich aber Deutschland allen anderen Ländern gegenüber schämen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Oesterreich und Belgien hat hier den neunstündigen, Frankreich und England den achttündigen Arbeitstag. In Oesterreich, Belgien und England ist außerdem das Uebererschichtenwesen teils gesetzlich eingeschränkt, teils völlig verboten. In Deutschland wird aber nicht bloß 10 und 12 Stunden im Bergbau gearbeitet, sondern in Oberschlesien beispielsweise werden trotz der zwölfstündigen Arbeitszeit die Leute gezwungen, noch eine ganze Anzahl von Ueberstunden zu machen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Da ist es kein Wunder, daß die Krankenstatistik der Bergarbeiter in einzelnen Gebieten ergibt, daß

von 100 Leuten jährlich 141,7 Krankheitsfälle

zu verzeichnen sind. Da magt es keine Reichsregierung, keine preussische Regierung, den Bergherren in den Arm zu fallen und zu sagen: So gehts nicht weiter! Wir müssen einen Maximalarbeitsstag und eine Beschränkung der Ueberstunden gesetzlich festlegen! Nur wenn die Bergarbeiter den Bergherren ein „Bis hierher und nicht weiter!“ zurufen, wird es anders werden. (Verbaste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Durch den wirtschaftlichen Druck werden die Bergleute gezwungen, ihre Gesundheit mit Gewalt zu ruinieren. Beschämend ist das für Deutschland, beschämend für die Regierung, die es nicht magt, solchen Ausbeutern gegenüber endlich einmal die Gesetzgebungsmaschine für einen wirklichen Arbeiterschutz in Bewegung zu setzen. (Verbaste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Gesundheitsrat tut nichts und man hört nichts von ihm! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Reichsberggesetz muß auch auf freigestellte Sicherheitsmänner Bedacht genommen werden. Zahlreiche Sicherheitsmänner, auch christliche, wurden durch Schikanierung und Lohnreduzierung zur Amtsniederlegung gezwungen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es muß dafür gesorgt werden, daß sie ungehindert ihre unschuldigen Tätigkeiten ausüben können.

Meinem Parteigenossen Weiss sind aus seinem Wahlkreis (Köln-Düsseldorf) Klagen über die Erschöpfung deutscher Braunkohlengräber durch Galizier und andere Ausländer zugegangen. Diese Leute müssen da in Varaden leben wie das Vieh, vor Schmutz starrend. Solange sie sich damit zufrieden geben, sind sie herzlich willkommen, schließen sie sich aber der Organisation an, so werden sie als lästige Ausländer polizeilich ausgewiesen! (Stürmische Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wahrlich, die Scharfmacher, die eine solche Wirtschaft einführen, das sind die Heber! Die Grube „Lise“, von der in den Aufschriften an Abg. Weiss besonders die Rede ist, hat in den letzten Jahren

20 bis 26 Proz. Dividende

verteilt. Angesichts so enormer Ueberschüsse wirft man deutsche

Arbeiter hinaus und zwingt die Slawen, auf das Koalitionsrecht zu verzichten. Zu den Wohlfahrtsanstalten, mit denen man sie überschüttet, gehören die Zechenkolonien, in die kein Zeitungspolporteur, kein Verbandsbote, kein der Zechen Mithlieber kommen darf. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Als die Arbeiter im vorigen Jahr versuchten, im mittel-deutschen Braunkohlenrevier Tarifverträge einzuführen, was ganz gut möglich wäre, da verhindertes dies die rheinisch-westfälischen Scharfmacher auf einer Konferenz mit den Braunkohlenverleibern zu Hannover. Die wollen eben mit den Arbeitern nicht in Frieden und vertragsmäßigen Zuständen leben (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und das sollten sich die Behörden vor Augen halten!

Wir fordern eine reichsgesetzliche Regelung des Knappschaffens, aber nicht, wie das Zentrum, mit dem Proportionalwahlrecht, das nur Rechenmanipulationen in die Vorhände brächte, die die Arbeit und den Ausbau der Knappschaffenslassen lähmten würden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die christlichen Bergarbeiter stimmen da ganz mit uns überein. Möge das Haus deshalb unserer Resolution den Vorzug vor der des Zentrums geben!

Die Lohnzahlung im Ruhrbergbau ist heute so, daß die Arbeiter jetzt fordern, daß am 25. eine Abschlagszahlung und am 10. des kommenden Monats die Restzahlung erfolgt! (Lebh. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das müssen die Ruhrbergleute heute erst fordern.

Gruze müssen die Arbeiter sechs Wochen auf ihren Lohn warten.

Das ist einfach himmelschreiend! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Richtige wäre die gesetzliche Festlegung acht-tägiger Lohnzahlungen.

Dringend wünschen die Arbeiter eine Regelung und Einschränkung des selbstherrlichen Strafsystems der Zechen, das zu erschreckenden Schädigungen der Arbeiter führt. In einem Jahre hat man die Ruhrbergleute um 28 000 M. gestraft. (Hört! hört! links.) Wir fordern einen paritätischen, statt des einseitig dekretierenden Zwangsarbeitsnachweise, der doch dem Wechselschiffel gar nicht entspricht hat, weil der eine Folge anderer Ursachen, namentlich des Lohnsystems ist, das ganz willkürlich ist und in derselben Arbeiterkategorie kolossale Unterschiede macht. Nicht nur den Minimallohn verlangen die Arbeiter, sondern auch die Beseitigung dieser Unterschiede.

Das Reichsgesetz wird nicht eingebracht, weil es die Scharfmacher nicht wollen. Nehmen Sie unsere Resolutionen an und werten Sie in ihrem Sinne auf die Regierungen und den Bundestag ein, denn nur auf dem darin vorgezeichneten Wege können große Kämpfe vermieden werden. (Lebh. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jrl (Z.): Von der glänzenden Wirtschaftslage spürt der Mittelstand leider nichts. Nur ganz kurz will ich mich mit den nicht zum Reichstamm gehörigen Fragen befassen. (Weiterleit.) In die Fortbildungsschule gehört die Vürgerkunde, aber auch der Religionsunterricht. Der Redner fordert Infratifikation des 2. Teils des Gesetzes zum Schutz der Bauhandwerkerforderungen in Bauhandwerksbezirken, Beschaffung billigen Betriebskredits für das Dannewitz durch die Berufsgenossenschaften, Regelung des Submissionswesens, wobei wir uns wirklich nicht vom Hah gegen den Danhabund leiten lassen, dessen Antrag, soweit er neu, nicht gut ist. Ueber die Lage des Handwerks läßt sich in diesem Hause nichts Neues mehr sagen. Die Verbormundung der Handwerkskammern soll aufgehoben werden. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen soll beschränkt werden auf die Angehörigen armer Gegenden Deutschlands. Die jüdischen Kaufleute ziehen ungehindert mit ihrem Vieh herum, aber die Bauern werden immerfort wegen Uebertretung der Seuchenschutzvorschriften bestraft. Abg. Jrl zählt dann allerlei Fälle von unfairem Wettbewerb auf. Die Sozialdemokratie treibt die Genossenschaftsbee auf die Spitze, um die selbständigen Existenzen zu vernichten. (Leibel! leider! im Zentrum.) Der Beamte muß Rücksicht nehmen auf die produktiven Stände, als Genossenschaftler schädigt er sie aber. Einer weiteren Einschränkung der Verkaufszeit am Sonntag in den kleineren Städten werden wir nicht zustimmen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Mit den Maßnahmen für den Mittelstand darf man nicht worten, bis er nicht mehr da ist. Ein Verlagsantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Mayer-Kaufmann (Z.): Gegenüber dem Abg. Sachse bemerke ich, daß ich die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne nur als Folge unserer Wirtschaftspolitik angesehen und verwahre mich gegen die Unterstellung des Abg. Sachse.

Abg. Sachse (Soz., persönlich): Ich habe keine Unterstellung vorgebracht. Die Ausführungen des Abg. Mayer bestätigen mein Urteil darüber; ich habe nichts zurückzunehmen.

Abg. Dr. Mayer (Z.): Was ich gesagt habe, war offenkundig. Dienstag 1 Uhr: Fortsetzung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung Montag, den 4. März 1912.
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare, Oberbergshauptmann v. Belsen.

Der Vergeet.

Der Berichterstatter Abg. Spinsky (f.) bespricht die vorjährige Forderung der Budgetkommission, daß im Staatsbergbau Ersparungen gemacht werden sollen.

Abg. Dr. Ehlers (Sp.): Wir müssen der Staatsregierung helfen, die Rentabilität der Staatsbetriebe zu erhöhen, und billigen daher den Beitritt zum Kohlenfondit. Die Sozialisten sagen, die Vorschläge müssen der Allgemeinheit gehören. Das gilt aber für alle Produkte und ist daher noch kein Argument für Vergewerksverstaatlichung.

Abg. Brust (Z.): Mit vorsichtiger Schätzung der Einnahmen sind wir einverstanden. Für Löhne sind nur 3 1/2 Millionen Mark mehr eingesetzt als im Vorjahre, und zwar aus betriebstechnischen Gründen. Danach scheint es, als ob der Staat seine Bergarbeiterlöhne gar nicht erhöhen wolle. Ja, der Ruhrbergbau durch Verringerung der Arbeiterlöhne erreicht zu sein. An den Löhnen darf nicht gespart werden. Nicht nur die Vergewerksbetriebe, sondern auch die Inspektoren sollten Gewinnanteile erhalten. Die Prämien für Werksbeamte sind gekürzt worden! Ich bin Gegner des Prämienwesens, im Arbeiterinteresse. Verschiedene Beamtenwünsche kann ich deshalb nicht vorbringen, weil mir trotz Zustimmung der Geheimhaltung die Angaben nicht direkt, sondern erst aus dritter Hand übermittelt worden sind. Der Redner stimmt dann den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Mayer-Kaufmann (Z.) gegen die Preispolitik des Kohlenfonditals zu, jedoch nicht darin, daß der Anfall des Staates ein Fehler gewesen sei und die Preisoberbung der Kohle erst ermöglicht habe. Im Ruhrgebiet ist dank der besonnenen Haltung des christlichen Gewerksvereins ein Streik bisher verhindert worden. (Zuruf: Er ist schon ausgebrochen!) Die Sozialdemokraten versuchen jede Bewegung der Arbeiter auf Verringerung parteipolitisch im Ruhrrevier zur Niederringung des christlichen Verbandes auszunutzen. Der Gewerksverein wird sich trotz aller Beschimpfungen und Verleumdungen die jetzt drohende Bewegung solange wie möglich vom Hah halten. Ohne Aufbesserung der Bergarbeiterlöhne wird ein allgemeiner Streik nicht zu verhindern sein. Die Unternehmer müssen bald darangehen, die Arbeiterforderungen sorgfältig zu prüfen. Rücksichten auf die englischen Arbeiter sollen im Ruhrgebiet keine Rolle spielen, die haben 1905 nur 40 000 M. herübergeschickt. — Beiden Teilen rufen wir zu, die Verantwortung zu bedenken und die Ruhe zu bewahren. Vor allem muß die Staatsregierung in den Staatsbergwerken einen Streik durch baldige Lohnhöhung verhindern. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Leinert (Soz.)

erkennt die übersichtlichere Aufstellung des Etats an, nur fehlen Detailmitteilungen über die Arbeiterlöhne in den Einzelbetrieben. Das kann doch nicht so schwierig sein! Das Gesamtergebnis war kein ungünstiges; es ist der Wert der Produktion um 5 Millionen gestiegen; für 130 Millionen Steinkohle wurde erzeugt von über 91 000 Personen. Der Staat beschäftigt in seinen Bergwerken über 104 000 Personen und ist einer der größten Unternehmer.

Der Heberfuß ist von 17 1/2 Millionen Mark in 1909 auf 31 1/2 Millionen Mark in 1910, der Ertrag von 23 1/2 auf 29 1/2 Millionen Mark gestiegen. Die Arbeitsleistung ist gestiegen. Von 245,9 auf 249,7 Tonnen ist die Leistung des Mannes gestiegen. Wenn die Bergverwaltung sagt, daß diese Zahlen noch keinen Maßstab für die Leistungsfähigkeit gibt und die durch die außerpersönlichen Verhältnisse bedingt wird, so erheben wir dagegen Einspruch, daß dies in erste Linie gestellt wird.

Die Arbeitswilligkeit der Bergarbeiter steht außer Zweifel. Erfreulich ist der Rückgang der Unfälle schwerer Art. Aber unter den Wohlfahrtsanstalten werden Wohn- und Schlafhäuser, Grundvermietungen (worunter nur ein geringer Teil an Arbeiter), billiger Lebensmittelbezug, Fortbildungsschulen, Sparkassen, Rechtsauskunftstellen (von den 100 000 Beschäftigten haben 1000 dort Auskunft geholt!) aufgezählt! Und das sollen nur die wichtigsten Wohlfahrtsanstalten sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein bißchen viel Restame. Dafür erfahren wir nichts darüber, wie sich die Sicherheitsmänner bewährt haben, namentlich auch im Saarrevier unter dem neuen Gesetz. Erweitern will ja der Minister diese Einrichtung wohl nicht. Nach dem „Glück auf!“ hat der Minister die Befugnisse der Sicherheitsmänner auf ihre Steigerabteilung selbst beschränkt, aus Anlaß einer Einwirkung eines Sicherheitsmannes auf gemeinsame Einrichtungen des gesamten Betriebes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mehrere Unglücksfälle der letzten Zeit haben gezeigt, wie notwendig gerade dieses Recht wäre. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat uns Material über vielfache

Schikanierungen von Sicherheitsmännern

gezeigt. Diese Einrichtung ist völlig dem Terrorismus der Grubengewaltigen ausgeliefert! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun die Löhne!

In Preußen sind die Schichtlöhne um 10 Pf. zurückgegangen, der Jahresverdienst von 1093 auf 1082 M.; am Deister liegen die Löhne um 5 Pf., auf 1081 M. gegen 1012 M., beschäftigt sind aber nur über 2000 Arbeiter, gegen 22 000 in Preußen; in Lippe, wo der Pflast mitbeteiligt ist, ist der Jahresverdienst 940 M. gegen 902 M. Und wie sehen diese Arbeiter aus, wenn sie aus der Schicht kommen! Nicht einmal eine Wascheinrichtung ist da. Im Ruhrgebiet ist der Gesamtlöhne von 1455 auf 1448 M. im Jahre gefallen; hier kommen 11 500 haaltliche Arbeiter in Betracht; in Saarbrücken sank der Lohn von 1139 auf 1122 M. für 54 000 Arbeiter! Das alles nach den amtlichen Nachrichten. Sie zeigen aber auch, daß überall Einrichtungen getroffen wurden, dabei die Leistung der Arbeiter zu erhöhen, wenn auch die Löhne sanken. Es konnte z. B. im Bezirk Halle infolge dessen die Velegschaft vermindert werden. Erst bei noch größerer Antreiberei sollen die Löhne erhöht werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem Staatsbetrieb (Braunkohlengrube Raffau) wurde ein Jahresverdienst von 674 M. erreicht! (Hört! hört!)

Die Einführung der Prämien hat gar keinen Zweck, als auch den Arbeitern höhere Leistungen herauszuholen. Die Obersteiger sollen 500 M., die Jahrsteiger 400 M., die Grubensteiger 30 M. monatlich erhalten. Schon dieser Unterschied in der Bezahlung soll der Strammhaltung der Steiger dienen; den Grubensteiger will man jeden Monat in der Hand haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Vorjahr hat Abg. Hirsch-Essen solche Absichten entschieden bestritten. Was ist denn nun eigentlich der Zweck der Einführung dieser Prämien? Danach möchte ich nun die Hgl. Bergverwaltung fragen. Sie sagte im Vorjahr, die Prämien sollten die Beamten an den Betrieben „interessieren!“ Ja, nach oben oder unten? Man könnte ja die Steigerlöhne allgemein erhöhen. Für Notlagen gibt's Unterstufungen, aber mit den Prämien muß schon etwas anderes beabsichtigt sein, als das bestehende System aufrecht zu erhalten. Man will sich der Behandlung der Arbeiter durch die Grubenbarone annähern und hofft durch die Prämien die unteren Beamten von der Bewegung der technischen Beamten abzuhalten, ihnen ihre politischen Rechte abzukaufen, sie zu Gelerten zu machen. Das ist auch die Meinung der Grubenbeamten selbst, die sie im „Technischen Grubenbeamten“ ausdrücken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Prämien sind ein Mittel, die Beamten untereinander zu verfeinden; man hat sie in der Hand, wenn man ihnen monatlich 20, 50, 100 M. Einkommen entziehen kann. Sogar die Beamten der Staatsbergwerke urteilen in einer Petition an das Haus über die Prämienverteilung, daß sie in Widerspruch zur Pflichtaufsorgung des Staatsbeamten stehen und daß sie auch aus nichtdienstlichen Interessen entzogen werden können! Da die Gewährung von Prämien in das diskretionäre Ermessen der Vorgesetzten gestellt ist, wird sie eine Belohnung für „gute Gesinnung“ und Ausbeutung der Arbeiter sein müssen. Die Prämien werden zweifellos schon jetzt von der Privatindustrie benutzt, um das Koalitionsrecht zu brechen. Der Redner verliest zum Beweis einen Brief der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Aktiengesellschaft, Abteilung Bochum, wodurch einem Steiger wegen Mitgliedschaft beim Steigerverband 300 M. Prämien entzogen wurden. Diese Prämien sind als Ausbeutungsmittel des preussischen Staates unwürdig.

Aber sie sind ein Zeichen der Zeit. Desbrück hat die von Kosobowsh abgetrocknete Brücke zum Unternehmertum wieder repariert und der jetzige Handelsminister ist ganz hinübergegangen. Es wird ganz im Sinne der Scharfmacher regiert. Die rheinisch-westfälischen Scharfmacher haben des Staates Beitritt zum Syndikat erreicht und die Entrüstung über die Kohlenverwertung wird nun auf den Staat abgelent werden. Die Prämienverteilung ist ein weiterer Schritt und bald wird sich vielleicht der Staatsbetrieb auch im Terrorismus gegen die Arbeiter gar nicht von der Privatindustrie unterscheiden, wie ja die Saargruben Arbeiter, die von den fiktionalen entlassen wurden, nicht aufnehmen! Wie wird sich der Staat zur

Lohnbewegung im Ruhrrevier

stellen. Die Arbeiter haben Lohnforderungen gestellt, weil die Teuerung noch gar nicht berücksichtigt wurde, sie fordern die Achtstundenschicht, Organisationsfreiheit und Reform des heutigen Zwangsarbeitsnachweises.

Alle von den Bergleuten erhobenen Forderungen sind so gestellt, daß sie jeder einigermaßen vernünftige Mensch billigen muß, da sie das denkbar Geringste sind, was die Arbeiter überhaupt fordern können. (Gelächter rechts.) Ich konstatiere, daß auf der rechten Seite des Hauses bei meinen Worten: „geringe und berechtigige Forderungen“ lautes Lachen entsteht; weil Sie sich eben gar nicht vorstellen können, daß Arbeiter berechtigte Forderungen haben können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brust hat mit starker Betonung hervorgehoben, daß der christliche Bergarbeiterverband sich nicht an dem Streik beteiligen wird. Den christlich organisierten Bergarbeitern im Rheinland war seinerzeit bei der Reichstagswahl eine Lohn-erhöhung versprochen worden, falls sie für den nationalliberalen Kandidaten stimmen würden. Diese Lohnreduzierungen waren ihnen für den 1. März in Aussicht gestellt worden; der 1. März ist jedoch vorüber, ohne daß die Lohnreduzierungen eingetretet sind. Das Schicksal hat eine Erhöhung der Kohlenpreise beschlossen und diese Erhöhung begründet mit der Einführung von Lohnreduzierungen. Abg. Hirsch schüttelt mit dem Kopf, danach ist anzunehmen, daß die Erhöhung der Löhne gar nicht beabsichtigt war und daß die christlichen Bergarbeiter, die nationalliberal gewählt haben, von den

Großindustriellen gründlich hineingelegt worden sind. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Die Erbitterung unter den Bergarbeitern hat sich erheblich gesteigert. Einige mit soeben ausgegangene Depeschen zeigen, daß der alte Bergarbeiterverband im Gegensatz zu den Anschauungen des Abg. Brunt mit der Arbeitseinstellung nichts zu tun hat. (Zuruf des Abg. Brunt [3]: Das habe ich auch nicht begehrt!) Sie haben die Sache so dargestellt, als wenn die Arbeitseinstellung durch den Bergarbeiterverband geschehen sei, um allmählich den großen Streik zu erreichen. Die Bergarbeiter verlangen, daß ihre Löhne auf die Höhe gebracht werden, die sie im 4. Quartal des Jahres 1907 gehabt haben; seit 1907 haben sie infolge der fortgesetzten Lohnreduzierungen ungefähr 180 Millionen Mark Lohnverlust erlitten. (Hört, hört bei den Sozialdemokraten.) Das Zurücktreten des christlichen Bergarbeiterverbandes, der sich das glänzende, durch die englischen Bergarbeiter gegebene

Musterbeispiel von Solidarität

zum Vorbild nehmen sollte, ist durchaus ungerathen. Der christliche Bergarbeiterverband scheint weniger aus praktischen Rücksichten seine jetzige Haltung einzunehmen. Ihre Rücksichten gehen vielmehr zusammen mit den Rücksichten, die die Zentrumspartei gegenwärtig im Reichstag ausübt, das mit der sogenannten „nichtsinnigen“ Sozialdemokratie nirgends zusammengehen will. Und das ist das Ganze, der christliche Bergarbeiterverband soll der Zentrumspolitik im Lande nicht in den Rücken fallen. Dies politische Moment wird nicht verhindern, daß die christlichen Gewerkschaftler an der Seite der Sozialdemokratie kämpfen müssen.

Während die Unternehmer in den letzten Jahren ungeheure Gewinne gemacht haben, sehen sich die Arbeiterlöhne gegenwärtig um 57 P. per Schicht weniger als 1907. Nach der Verhandlung in der Budgetkommission über diese Frage bin ich zu der Ueberzeugung gelangt, daß man nur deshalb eine so niedrige Einschätzung der Erträge aus den Staatsbergwerken vorgenommen hat, da sonst die Arbeiter eher mit Forderungen auf Lohnreduzierung kommen würden. Die englische Regierung würde, wenn sie wie die preussische an Kohlenbergwerken teilhaftig wäre, diese sicherlich zu wahren Musterbetrieben ausgestalten. Ein preussischer Handelsminister sagte einmal, daß er durch die Schaffung solcher Musterbetriebe ein schweres Präjudiz für die Privatindustrie schaffen würde. Dieses Präjudiz fürchtet anheimelnd auch die Regierung und aus diesem Grunde ist auch wohl die Bemerkung des Oberberghauptmanns, daß man um eine Lohnreduzierung nicht herumkommen werde, aus dem Protokoll der Budgetkommission gestrichen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In England sehen wir gegenwärtig, wieviel Unglück ein Bergarbeiterstreik mit sich bringt; man wird den Bergarbeitern die Verächtlichkeit nicht absprechen dürfen, sich gegen die dauernde Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse zu wehren. Die unübersehbaren Folgen eines Streiks können abgewendet werden, wenn unsere Regierung in richtiger Weise vorgeht. Ich möchte der Bergverwaltung den guten Rat geben — wenn sie überhaupt einen Rat von uns annehmen will — die Forderungen der Bergarbeiter zu bewilligen. Der Regierung ist jetzt Gelegenheit gegeben worden, sich Ansehen und Achtung bei den Bergarbeitern zu erwerben. Wie haben die Bergherren früher von der rückfälligen Interessentpolitik der Agrarier gesprochen, und heute finden wir sie an ihrer Seite. Die Regierung muß die Forderungen der Bergarbeiter eingehend prüfen, denn die Verantwortung für die kommende Zeit wird auch auf die Staatsregierung fallen. Ich wünsche, daß die Regierung eine deutliche Erklärung abgibt, nach der die Arbeiter die Stellung der Regierung zu dieser Frage beurteilen können. Neutral kann die Regierung als Bergwerksbesitzerin nicht sein, sondern muß sich entscheiden für oder gegen die Bergarbeiter. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung muß sich dem gewalttätigen Vorgehen der Grubenbarone, die schon oft großes Unheil durch die rücksichtslose Anwendung ihrer Macht angerichtet haben, entgegenstellen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hirsch-Essen (natl.) begrüßt die Einführung der Beamtenpensions. Sie sollen den einzelnen Mann anfeuern, von Spornen, aufmuntern, sich für die Dinge zu interessieren, sondern das Gebelien des Werkes abhängt. (Abg. Leinert: Was sind das für Dinge?) Sie nennen das freilich Ausbeutung, aber überall bekommt der mehr bezahlt, der mehr leistet. Der Staat kann gar nicht anders, als Arbeitgeberpolitik machen. Auch an den besten Einrichtungen kann man Kritik üben. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Abg. Brunt beurteilt die Prämien heute viel günstiger als im vorigen Jahre. — Die Lohnhöhe hätte ohne das Syndikat gar nicht aufrechterhalten werden können. Das sollten die Arbeiter wohl bedenken. Das Gebelien der Industrie sichert das Wohl der Arbeiter. Der Redner verteidigt noch fernerhin das Syndikat als die Weise vor Schwankungen bewahrend. Auch ich wünsche, daß die Bergverwaltung sage, was für Erfahrungen sie mit den Sicherheitsmännern gemacht habe. Deren Wissen ist ein recht wenig erhebliches. Sie erlangen oft der erforderlichen Vorkenntnisse, sehen über die Verfehlungen der Arbeiter hinweg, sonst werden sie von den Arbeitern schikaniert. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen und rechts, Aht! aht! bei den Sozialdemokraten.) So daß sie gern ihre Amt niederlegen möchten. Die mir im Vorjahre vom Abg. Hoffmann versprochene Einladung zu den Kursen der Sicherheitsmänner ist ausgeblieben. Die Wahlen der Sicherheitsmänner sind rein parteipolitisch vorgenommen worden. Die dem Alten Verband angehörigen Sicherheitsmänner haben bei jeder Gelegenheit rücksichtslos sozialdemokratische Agitation betrieben. Statt der Amtsurspartei Abbruch zu tun, leisten ihr die Sicherheitsmänner Vorschub.

Abg. Hirsch geht zu den Forderungen der Ruhrbergleute über und sagt, die Löhne hätten den Höchststand von 1907 zum Teil sogar schon überschritten. Der Tagesdurchschnittslohn ergibt für 1910 4,89 M. gegen 4,54 M. im Jahre 1909; der Jahresverdienst 1910 1440 M. gegen 1382 M. in 1909, bei Dauererwerb 1665 M. gegen 1599 M. Wenn die Möglichkeit bestand, die Löhne zu erhöhen, ist dies empfohlen worden. Die Preisreduzierung tritt erst am 1. April ein, aber schon jetzt sind die Löhne erhöht worden. Die Angriffe Leinerts sind hinfällig. (Abg. Leinert: Der Streik beweist es!) Der beweist nur, wohin die Hitze des Alten Verbandes, der Hirsch-Dunkerschen und Polen führt. Ich hoffe, daß die Arbeiter Ruhe bewahren. — Wenn in England das Parlament Minimallöhne beschließt und die Verhältnisse ändern sich, dann kann sich das Parlament wieder hinfegen und beschließen! Nein, da ist Verlaßlichkeit schon besser, als Minimallohn ohne Rücksicht auf Leistungen. Das wäre der Anfang vom Ende im Vergleiche. Die 10prozentige Lohnreduzierung bedeutet 85 Millionen Mark! Man war ja von vornherein zu Lohnreduzierungen bereit, natürlich nicht ohne Preisreduzierung. Das Reichstagsfrühwahlabkommen hatte mit Lohnreduzierung gar nichts zu tun; mögen überall die bürgerlichen Parteien so gegen den Umsturz zusammenhalten! (Bravo! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Der Redner hält auch sonst den Arbeiterforderungen die bekannten Argumente des Syndikats entgegen. Sich um die Organisationszugehörigkeit der Arbeiter zu kümmern, haben die Forderungen gar keine Zeit. Eine Beschränkung wurde bei 418 000 Arbeitsvermittlungsmeldungen gegen den Arbeitsnachweis erhoben, und die war unbedeutend. Zum Segen ist es nicht, wenn so ernste Dinge so behandelt werden, wie vom Abg. Leinert. Mit Entgegenkommen ist mehr zu erreichen, als mit Gewalt. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Handelsminister Sydow:

Da es erst 2 Jahre lang Sicherheitsmänner gibt, kann man noch kein Urteil abgeben. Die Beschwerden über Agitationen der Arbeitervereinsführer sind jetzt geringer geworden, so daß ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß es sich um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Willige Ausfuhrtarife für Kohle wären nützlich, weil die Kohlenproduktion im Inland rascher fortschreitet als der Verbrauch. Ich kann mich nicht entschließen, die Steiger des Beamtencharakters wieder zu entscheiden. (Die Kommission hatte davon Steigerung der Produktion erhofft.) Wir wollen aber die Steiger für die nächsten fünf Jahre auf Kündigung

anstellen, wodurch das Besoldungssteuerverfahren nicht beeinträchtigt wird. Wir haben, um die Löhne zu verbessern, die Feiertage nicht herabgedrückt, viel Geld aufgewendet, um den Absatz zu steigern, und die Schichtlöhne langsam erhöht. Der Jahresdurchschnitt ist 4,69 M. gegen 4,75 M. in 1907 und 4,63 M. in 1908 pro Schicht im Saarrevier. Ebenso stiegen die Löhne im Ruhrrevier. Ich habe vor zwei Jahren nicht gesagt, der Staat könne wegen der Privatindustrie die Löhne nicht erhöhen, sondern es sei kein Musterbetrieb, der, ohne zu rechnen, die Löhne erhöht, vielmehr angemessen entlohnt und im übrigen auf musterhaften Betrieb steht. Der Durchschnitt der Löhne der Staatsbergwerke im Bezirk Dortmund ist höher als der der Privatbergwerke.

Unmöglich kann ich zugeben, daß, wer nicht alle Arbeiterforderungen billigt, unvernünftig sei. Wir alle wünschen, daß ein unruhiger Streik vermieden wird; das wird aber nur möglich sein, wenn Besonnenheit besteht. Diese sehe ich in der Erklärung der Arbeitgeber, mit den Löhnen der Konjunktur entsprechend in die Höhe zu gehen, und in der Erklärung der Arbeitnehmer, erst einmal zu sehen, wie weit sie auf dem Wege der Verhandlungen kommen werden. Würden sich die anderen Verbände nicht entsprechend verhalten, so würden sie sich eine Verdienstgelegenheit mitwillig verschätzen. Abg. Leinert hat weiter auf die englische Regierung Bezug genommen. Als preussischer Minister muß ich da äußerste Zurückhaltung üben. Eines schied sich nicht für alle. In England würde man auch das Verlangen abweisen, daß alles so gemacht wird wie in Preußen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dr. Liebnecht ruft: Das wird keiner verlangen! Es steht auch noch nicht fest, ob die im letzten Augenblick gemachten Vorschläge der englischen Regierung angenommen werden. Die von der Sozialdemokratie geforderte schrankenlose Koalitionsfreiheit ist, wie sich in England zeigt, auch nicht das Mittel, den Staat vor schweren Erschütterungen zu bewahren. Die Gefahr ist größer, wenn der Staat ein auf ausländische Lebensmittelfuhr angewiesener Industriestaat ist. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Bräuning (natl.): Abg. Leinert wollte nur Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern erregen. (Zustimmung rechts. Lachen der Sozialdemokraten.) Hoffentlich erkennen die das.

Abg. Spang (freil.): Die Forderung neuer Lohnreduzierung ist unbedeutend, denn der Kohlenkonsum ist nicht gestiegen, wie die Produktion. Trotz aller Sozialpolitik hat Deutschland die stärkste Sozialdemokratie wegen der fortwährenden Verheerung und Nichtanerkennung des Guten.

Abg. Brunt (3): Der christliche Gewerksverein hat mit dem Zentrum nichts zu tun. Que ist selbst schuld, daß er aus dem Sattel gehoben wurde. Für die Wahl Beckmanns sind keineswegs Lohnreduzierungen zugesagt worden, da nur mit der nationalliberalen Partei, nicht mit den Grubenbesitzern verhandelt wurde. Die Zentrumspolitik hat mit dem Streik gar nichts zu tun und dieser nichts mit der Zentrumspolitik bei der Reichstagspräsidentenwahl. Behen Sie zum Kaiser und wir wählen Sie. Aber Sie wollen keinen Präsidenten, denn da können Sie nicht die übliche Obstruktion treiben. Bernünftig war nur die Haltung des Gewerksvereins, eine Anzahl Forderungen haben schon Erhöhungen bewilligt.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Lehn (natl.) wünscht bei den Salzwerken, daß der Staat für die Erschließung der Salzbergwerke Sorge. Vielleicht sind auch im Osten weisse zu finden.

Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung; Etat der beiden Häuser des Landtags.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses

hat eine Reihe von Anträgen eingebracht. Zur Vorlage, betreffend die Denkschrift über Jugendpflege beantragt sie, die Regierung zu ersuchen, künftig den Fonds zu Beihilfen für Veranstaltungen Dritter zwecks Förderung der Pflege der schulentlassenen Jugend ohne Rücksicht auf das religiöse oder politische Bekenntnis der Veranstalter paritätisch zu verteilen, insbesondere auch an die Organisationen und Veranstaltungen der sogenannten freien Jugendbewegung. — Ein weiterer Antrag zur Denkschrift ersucht die Regierung, in den nächstjährigen Etat einen Betrag von 1 1/2 Millionen Mark zur Förderung der Pflege der schulentlassenen weiblichen Jugend einzusetzen. Ein dritter Antrag zur Denkschrift fordert die Regierung auf, 1 1/2 Millionen Mark einzustellen zur Beihilfe für Veranstaltungen Dritter zwecks Schutzes von Kindern, Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern vor Mißbrauch, Ausbeutung und Mißhandlung und diesen Betrag ohne Rücksicht auf die religiöse oder politische Gesinnung der Veranstalter paritätisch zu verteilen.

Zum Aufschluß ist ein Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, im Laufe der Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den gegenüber den Zwangsverfügungen der Schulaufsichtsbehörde das Verwaltungsstreitverfahren zugelassen wird. — Mit der gleichen Materie beschäftigt sich ein Antrag, der die Regierung auffordert, diejenigen Zwangsverfügungen mit Strafanweisung und Straffestsetzung aufzuheben, die von Schulaufsicht wegen erlassenen, wegen Erteilung gewerblichen Unterrichts an nicht mehr vollschulpflichtige Jugendliche, wegen Erteilung von nichtgewerblichem Unterricht an Jugendliche überhaupt, wegen Leitung von Turn-, Spiel- und Singvereinen, wegen Abhaltung von unpolitischen Vorträgen vor Jugendlichen, wegen Mitwirkung an solchen Veranstaltungen und wegen der Gewährung von Zusammenkunftsräumen für dergleichen Veranstaltungen. Die auf Grund solcher Zwangsverfügungen bereits eingezogenen Geldstrafen sollen zurückerstattet und für die auf Grund solcher Zwangsverfügungen verhängten Freiheitsstrafen Ersatz geleistet werden. — Ein zum Minimalwesen geforderter Antrag ersucht die Regierung, in den nächsten Etat drei Millionen Mark zur Beihilfe für Veranstaltungen Dritter zwecks Säuglings- und Mutterchutz einzustellen und diesen Betrag ohne Rücksicht auf die religiöse oder politische Gesinnung der Veranstalter paritätisch zu verteilen.

Der Krieg.

Die Friedensvermittlungen.

Paris, 4. März. Ueber die Initiative der Mächte zwecks Beilegung des italienisch-türkischen Konfliktes heißt es in hiesigen politischen Kreisen, daß diese unter folgenden Bedingungen zustande kommen könnten: Die fünf Mächte werden gemeinschaftlich in Rom vorsehen und Italien auffordern, mitzuteilen, unter welchen Bedingungen es bereit sei, Frieden zu schließen. Hierauf werden die Mächte die Antwort der ottomanischen Regierung mitteilen. In Paris hat man den Eindruck, daß dieser Schritt der Mächte zu keinem Ergebnis führen werde. Man fragt sich, ob dieser Schritt nicht eine weitere Entwicklung der Lage zur Folge haben könnte.

Ablehnende Haltung des türkischen Ministerrates.

Konstantinopel, 4. März. Der Ministerrat hat sich mit der Frage der Intervention der Mächte beschäftigt. Er beschloß, jede Vermittlung oder Einmischung der Mächte abzulehnen, falls sich diese auf der Grundlage der Anerkennung der italienischen Annexion bewegen.

Masnahmen der Türkei gegen einen italienischen Flottenangriff.

Konstantinopel, den 3. März. Da die Vermutung naheliegt, daß die italienischen Kriegsschiffe nunmehr ihre Operationen auch auf die europäischen Gewässer der Türkei ausdehnen werden, werden alle exponierten Häfen durch Seeminen geschützt. Längst den Küsten wird Infanterie veranlagt. Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

ein Kavalleriepatrouillendienst eingerichtet. Besondere Verteidigungsvorkehrungen werden vor Saloniki und der Einfahrt der Dardanellen getroffen. Außer den Seeminen wurden hier neue Geschütze weittragendsten Kalibers aufgestellt.

Ein erster Kampf bei Derna.

Derna, 4. März. (Melbung der „Agenzia Stefani.“) Gestern früh um 7 Uhr wurde ein Bataillon des 85. Infanterie-Regiments das die Arbeiten an dem kleinen Fort Lombardia schälen sollte, plötzlich vom Feinde aus dem Hinterhalt angegriffen. Nach dreiviertelstündigem Kampf wurde der Feind von den italienischen Truppen durch mehrfache Bajonettsangriffe aus seinen Stellungen vertrieben. Gegen 11 Uhr erneuerte der Feind seinen Angriff, um die verlorenen Positionen zurückzuerobieren, und zwar mit bedeutend stärkeren Kräften, die zu einer langen Front aufeinandergezogen waren, um die von dem italienischen Bataillon eingenommene Stellung leichter umgeben zu können. Dieser Umgebungsversuch wurde durch die beschleunigte Ankunft eines anderen Bataillons des 28. Regiments, des Bataillons Alpini aus Udine, das durch Teile der Bataillone aus Ivrea und Verona verstärkt worden war, und einer Gebirgsbatterie verhindert. Diese Streitkräfte umgingelten den Feind auf seiner linken und warfen ihn durch Bajonettsangriffe aus seiner Stellung bis zu dem Tal eines Nebenflusses des Wadi bu Maaser. In dieser Stellung leistete der Feind längere Zeit dem italienischen Gewehr- und Geschützfeuer erbitterten Widerstand. Erst als General Trombi ein Bataillon des 40. Infanterie-Regiments und das Bataillon Alpini aus Saluzzo hatte eingreifen und den rechten Flügel des Feindes umgehen lassen, zog sich der Feind ergebnislos zurück. Als die Nacht hereinbrach, waren die Italiener im Besitze aller Stellungen, die der Feind nacheinander eingenommen und während des ganzen Tages mit allen seinen Kräften, darunter zahlreichen türkischen Regularien, und mit außerordentlicher Erbitterung, die häufig zum Rahtampfe führte, verteidigt hatte. Die Verluste des Feindes waren sehr schwer, doch machte es die Nacht unmöglich, sie genauer zu berechnen. Auf italienischer Seite wurden ungefähr 150 Mann kampfunfähig gemacht.

Tod des italienischen Marinekommandanten.

Tarent, 4. März. Admiral Aubry, der Oberbefehlshaber der vereinigten italienischen Seestreitkräfte, ist heute nachmittag an Bord des Admiralschiffes „Vittorio Emanuele“ einem jähen Krankheitsanfall erlegen.

Die Revolution in China.

Die Militärrevolte.

Die Revolte der Soldaten der Nordarmee scheint in Peking unterdrückt zu sein, hat aber in Tientsin erstere Formen angenommen. An sich ist es weiter nicht überraschend, daß in einem großen Soldatenheere Elemente vorhanden sind, die infolge unregelmäßiger Soldzahlung Ausschreitungen begehen, um so mehr als in der chinesischen Nordarmee die republikanischen Ideen noch nicht feste Wurzel geschlagen haben. Erst werden die Vorgänge nur dadurch, daß die Vorgänge in Peking und Tientsin leicht zu einer Einmischung der anderen Mächte führen und damit internationale Verwicklungen verursachen können. Vor allem scheint Japan die kritische Situation auszunutzen und im trüben fischen zu wollen. Die wichtigsten Nachrichten lauten:

London, 3. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: 800 Mann ausländischer Truppen patrouillieren in der Umgebung der Fremdenmissionen. Die Bevölkerung ist vollkommen beruhigt. Jetzt halten sich in Peking ungefähr 3000 Mann ausländischer Truppen auf. Von Port Arthur sind 5000 Japaner nach Tientsin beordert worden, wo die ausländischen Truppen nur 1500 Mann stark sind. Fast alle Juanschikaitren gebliebenen Truppen haben Peking in der Richtung auf Paoingfa verlassen, um den Ausländern den Weg abzuschneiden. Die Haltung der chinesischen Truppen und der Polizei in Peking bessert sich erheblich, aber die Plünderungen dauern fort. Gestern nahmen die russischen Truppen bei Peking in Besitz und plünderten die Häuser vieler Edelleute. Die umliegenden Ortschaften in Peking sind ebenfalls geplündert worden. Prinz Zichang befindet sich schwerkrank im französischen Hospital in Peking. Im Laufe des heutigen Tages wurden über 100 Hinrichtungen vollzogen. Unter den Hingerichteten befanden sich sechs Frauen und viele Polizeibeamte. Soldaten in Uniform sind jedoch nicht hingerichtet worden, da die Behörden auch die anderen Soldaten, die eigentlich alle irgendwie am Aufstand beteiligt sind, aufzureizen befürchten. Die Leichen der Enthaupteten liegen noch in den Straßen. Bei den letzten Feuerbräusen sind im ganzen zwanzig Personen ums Leben gekommen. Die Chinesen sehen dieser ganzen Wendung besorgt entgegen, die Ausländer glauben an eine Besserung der Lage.

Die Revolte in Tientsin.

Tientsin, 3. März. In der chinesischen Stadt sind in der Nacht verschiedene Brände angelegt worden; in den Straßen wurde geschossen. Die ausländischen Konzeptionen sind nicht beschädigt; es wird keine Gefahr befürchtet.

London, 3. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Tientsin: Aufrührerische Soldaten plünderten und brandschatzten gestern Abend, unterläßt vom Pöbel, die Läden und Banken in allen Hauptstraßen. Sie unterhielten ein ständiges Feuer und verletzten die ganze innere Stadt in Schrecken. Nur wenige Polizisten erwiesen sich als zuverlässig, waren jedoch nicht imstande, die Unruhen zu unterdrücken. Auch die Minge wurde geplündert. Der deutsche Konsul entsandte eine Wache zum Schutz der im Innern der Stadt gelegenen deutschen Wohnhäuser, die vornehmlich von Ingenieuren der Tientsin-Peking-Eisenbahn bewohnt werden. Der deutsche Arzt Schröter wurde, als er versuchte, seinen deutschen Freunden zu Hilfe zu kommen, beim Betreten des Stablamens von den Aufständischen erschossen.

Tientsin, 3. März. (Melbung der „Agenzia Stefani.“) Der Brand in der Eingeborenenstadt begann gestern Abend 10 Uhr und war heute früh 8 Uhr auf seinen Höhepunkt gekommen. Die Minge und die vornehmlichen Stadtviertel sind niedergebrannt und ausgeplündert worden. Der Schaden wird auf hundert Millionen Lire geschätzt. Es sollen ungefähr hundert Menschen umgekommen sein. Die Unruhen wurden von Revolutionären herangezogen, die mit Polizeisoldaten und Leuten der Leibwache des Sizilönigs aus Peking gekommen waren. Es wird befürchtet, daß sich die Unruhen heute noch erneuern werden. Die Fremdenmissionen sind von 3000 ausländischen Soldaten bewacht. In den Niederlassungen herrscht Ruhe. Der Tod des deutschen Arztes, der sich in die Eingeborenenstadt gewagt hatte, ruft dort lebhafteste Anteilnahme hervor.

Japan rüstet sich.

Tokio, 4. März. Der Kaiser in Peking ruft in den Ministerien fiebrige Tätigkeit hervor. Eine Truppenendung nach China ist wahrscheinlich. Das Parlament hat einen Nachtragsetat von 900 000 Yen zur Deckung der für Japan durch die chinesischen Wirren entstandenen Ausgaben angenommen. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Mahnungen an den Zweckverband Groß-Berlin.

Dem Zweckverband Groß-Berlin, der im April mit seiner Tätigkeit beginnen soll, sind durch das Gesetz seine Aufgaben vorgezeichnet. Wie er sie erfüllen wird, das ist eine Frage, die die Bevölkerung Berlins und der Vororte lebhaft beschäftigt. Die Agitation, die darauf abzielt, den Zweckverband in die rechten Bahnen zu drängen, ist in vollem Gange.

Der unter Führung des Staatssekretärs a. D. Dernburg zusammengetretene Propagandaausschuss für Groß-Berlin hatte am Sonntag eine Versammlung einberufen, um vor einem größeren Kreise die Frage „Was erwarten wir vom Zweckverband?“ zu beantworten. In der „Neuen Welt“ (Hafenstraße) war der große Saal bis zur Galerie besetzt von mehreren tausend Personen, unter denen man manches Mitglied der Gemeindeverwaltungen Berlins und der Vororte sah. Gelommen war auch der zum Verbandsdirektor gewählte Herr Steiniger, aber er hörte nur die Referate und verschwand vor Beginn der Diskussion.

Der Versammlungsleiter Stadtrat Prof. Franke (Schöneberg) hob in einer einleitenden Ansprache hervor, daß vor allem aus der Wohnungsnot diese Bewegung herausgewachsen sei. Hunderttausende seien gezwungen, in engen und ungesunden und dennoch teuren Wohnungen zu hausen. Im Haushalt des Unbemittelten verfüge die Wohnungsmiete einen unerbildlich großen Teil seines Einkommens, bis zu 30 Proz., und jede Lohnsteigerung werde zu einem Profit des Grund- und Hausbesitzers. Aus der Versammlung meldete sich hier sofort in Rufes die Opposition der antwefenden Hausagrarier. Franke schloß, man müsse nach Wegen suchen, die aus diesem Sumpf hinausführen in Luft und Licht. Im Zweckverband liege die Möglichkeit, solche Wege zu gehen.

Als erster Referent erörterte Staatssekretär a. D. Dernburg die dem Zweckverband durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben, die Regelung der Bebauung von Groß-Berlin, die Schaffung von Verkehrsmitteln, die Freibaltung von Wiesen und Wäldern als Stätten der Erholung. Aus diesem Zweckverband, der ja von mancher der beteiligten Gemeinden mit nicht sehr freundlichen Empfindungen begrüßt worden sei, müsse man jetzt herausgehoben werden, was sich herausheben lasse. Wenn im Wohnungswesen, im Verkehrswesen usw. bisher alles so in Ordnung gewesen wäre, so würde schwerlich die Bevölkerung eine so lebhafteste Teilnahme für diese Bewegung zeigen. Dernburg wies die Notwendigkeit einer weiträumigen Bebauung der Vorortgebiete nach, bei der es sehr wohl möglich sei, die Mieten für gesunde Kleinwohnungen niedrig zu bemessen. Aber erst durch ein Netz von Schnellbahnen mit mäßigen Fahrpreisen werde es der in Berlin arbeitenden Bevölkerung ermöglicht werden, die gesunden und billigen Wohnungen in den Vororten zu benutzen. Wichtig sei auch die Schaffung ausreichender Spielplätze und Parkanlagen, eines ganzen Wiesen- und Waldgürtels für Groß-Berlin, doch werde wahrscheinlich der Fiskus, der nie erlösende, dem Zweckverband die Erfüllung dieser Aufgabe nicht gerade erleichtern. Redner ging dann auf die Angriffe ein, die führende Personen der Berliner Stadtverwaltung gegen den Propagandaausschuss gerichtet haben. Als Uebertreibung habe man die Angabe zurückgewiesen, daß in Groß-Berlin 600 000 Menschen in Wohnungen hausen, in denen auf jedes Zimmer fünf oder mehr Personen kommen. Man habe diese Zahl zu entkräften gesucht durch die Erwiderung, daß doch auch die Küchen mitbewohnt würden. „Ist denn eine Küche ein Zimmer?“ fragte Dernburg — und aus den Reihen der Schützer des Hausagrariums wurde ihm prompt geantwortet: „Ja wohl!“ Redner schloß mit der Erklärung, der Ausschuss werde sich durch seine Widerstände erte machen lassen in seinem Bestreben, darauf hinzuwirken, daß der Zweckverband seine Aufgabe erfülle.

Einige Zweifel an der Möglichkeit einer ersprießlichen Arbeit des Zweckverbandes äußerte der zweite Referent, Oberbürgermeister Dominicus (Schöneberg). Die Interessen der beteiligten Gemeinden seien sehr verschieden, oft einander geradezu entgegengesetzt, und von ihren Vertretern im Verband erwarte man, daß sie sich zunächst ihren eigenen Gemeinden verpflichtet fühlten. Deshalb sei es nötig, daß der Zweckverband durch die öffentliche Meinung unterstützt werde. Dominicus ging näher auf die Wohnungsfrage ein und forderte obligatorische Wohnungsinspektion, deren Segen er in Straßburg kennen gelernt habe. Ein Hindernis für ihre Durchführung sei allerdings das durch Preußens Städteordnung festgelegte Hausbesitzerprivileg, das auf den Gemeindevertretungen laste. Den Redner unterbrach hier eine stürmische Zustimmungsbewegung. Er fügte aber sogleich hinzu, daß auch nach einer Beseitigung dieses Privilegs die Hausbesitzer von den Gemeinden keine Schädigung ihrer berechtigten Interessen zu befürchten haben.

Vom Standpunkt des Architekten aus erörterte Geheimrat Rathsbusch die Aufgaben des Zweckverbandes. Die erste sei, einen allgemeinen Bebauungsplan aufzustellen, wobei nicht mehr die Mietlasterne in die weitesten Vororte hinausgeschoben werden dürfe. Auch bei der Wohnungsherstellung müsse die fortschrittliche Anschauung besser Architekten nicht nur den Wohlhabenden, sondern ebenso den auf kleine Wohnungen angewiesenen Minderbemittelten zugute kommen. Keineswegs habe Redner, wie in der Presse behauptet worden sei, bei den ersten Kundgebungen des Propagandaausschusses gefordert, daß der Staat oder die Gemeinden die Bauaktivität an sich reißen sollen. In der Wohnungsherstellung könne Gutes sehr wohl auch von privaten Bauherren geleistet werden, sagte er. Den Hausagrarier wird's ein Trost sein.

Als letzter Referent sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Sadekum. Er hob hervor, daß hier Männer der verschiedensten Richtungen, vom Staatssekretär a. D. bis zum sozialdemokratischen Abgeordneten, beisammen seien, um von einer Tribüne zu ihren Mitbürgern zu sprechen. Die Not sei es, die sie in dieser Frage einmal zusammengeführt habe. Das zerstückelte Groß-Berlin durch Eingemeindung zusammenzufassen, habe die Regierung aus politischen Gründen, im Hinblick auf den Gegensatz der proletarischen Vororte des Ostens zu den im Westen gelegenen Wohlhabenden, nicht für ratsam gehalten. Es wäre auch nicht möglich gewesen, dieses Netz aufzubauen bringen auf der Grundlage der veralteten Städteordnung mit ihrem Hausbesitzerprivileg und vor allem mit ihrem Dreiklassenwahlrecht. Eine Reform des Wahlrechts müsse die allererste Forderung sein, aber deshalb dürfe man doch nicht bis auf weiteres die Hände in den Schoß legen. Um den Zweckverband zu einer einheitlichen Tätigkeit zu drängen, sei eine von außen kommende Einwirkung, eine Beein-

flussung durch die Bevölkerung selber nötig. Auch Sadekum bekräftigte die Angriffe, die unter andern der Berliner Oberbürgermeister Kirchner gegen den Propagandaausschuss gerichtet hat. Schänden heile man nicht dadurch, daß man sie verheimliche. Gegenüber dem Wohnungselend dürfe man nicht schweigen, wo die Steine reden. Gewiß sei die ganze Sozialpolitik, soweit sie auf Volkshygiene abzielt, ein Herumkurieren an Symptomen, wobei nicht dem Uebel an die Wurzel gegangen werde. Wenig könne da auch der Zweckverband leisten, aber damit er wenigstens das Leiste, was er könne, müsse eine starke und rücksichtslose Massenbewegung ihn vorwärtschieben und vorwärts-treiben.

In der Diskussion wies auch Direktor Kuchinski vom Statistischen Amt Schönebergs nochmals die Angriffe zurück, die Oberbürgermeister Kirchner und in der Berliner Stadtvorordnetenversammlung Herr Cassel versucht haben. Architekt Heidenreich bestritt für die Hausbesitzer, daß es ihnen möglich sei, Wohnungen in der geforderten Beschaffenheit billig herzustellen. Ein privater Bauherr müsse sehen, daß er bei der Wohnungsherstellung seine Rechnung finde. Der Mann legte, ohne es zu wollen, eine Wurzel der Wohnungsnot bloß. So lange Wohnungsherstellung und Wohnungsvermietung ein dem Erwerb dienendes Gewerbe, eine Profitquelle des Kapitals bleiben, wird's nicht besser.

Die weitere Diskussion wurde durch eine Resolution, die im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung Groß-Berlins und namentlich zum Wohl der heranwachsenden Jugend die energische Inangriffnahme und Durchführung eines Bebauungsplanes für gesunde Kleinwohnungen, den Ausbau eines Schnellbahnetzes mit mäßigen Tarifen und die Schaffung leicht erreichbarer Parks und Spielplätze sowie eines Wald- und Wiesengürtels fordert.

Der Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow

hielt am Sonntag im Charlottenburger Volkshaus seine Generalversammlung ab. Die

Die Berichterstattung des Vorstandes und der Funktionäre über die erste Hälfte des Geschäftsjahres stand als erster Punkt auf der Tagesordnung.

Erster berichtete namens des Vorstandes, daß sich die Arbeiten aus Anlaß der Reichstagswahl bedeutend vermehrt hätten. Aber die Wahlagitation habe auch auf die Zunahme der Mitglieder günstig eingewirkt. Am nächsten Sonntage werde der Zentralwahlverein ein Jubiläum begehen, an diesem Tage werde der 50. Wahlverein, nämlich in Regen, gegründet. Die dort vorhandene Mitgliederzahl bürge dafür, daß der Wahlverein lebensfähig sei. Am Schluß des vorigen Geschäftsjahres hatte der Zentralwahlverein 24 000 Mitglieder. Jetzt sind es 25 600. Diese Zahl ist nach den verlaufenen Beitragsmarken festgesetzt. In Wirklichkeit wird die Mitgliederzahl 30 000 betragen. Das sei eine erfreuliche Entwicklung, doch im Vergleich mit den für uns bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen nicht befriedigend. Dies Manko auszugleichen mühten sich die Parteigenossen angelegen sein lassen. Während der Reichstagswahl habe der Zentralvorstand 100 Versammlungen veranstaltet. 1251 000 Flugblätter wurden verbreitet und drei Agitationstouren während der Wahlbewegung abgehalten. Die Flugblattverbreitungen seien sehr flott konstatieren gegangen. Die dabei beteiligten Genossen seien den Weisungen des Vorstandes gefolgt, darauf sei der gute Wahlerfolg in den ländlichen Bezirken zurückzuführen. — Eine Aenderung der Bezirkseinteilung sei angezogen. Der Vorstand stehe dieser Anregung sympathisch gegenüber, er erlaube, ihm die dahingehenden Wünsche zu übermitteln, damit sie bei der Neueinteilung der Bezirke berücksichtigt werden könnten. — Die Wünsche, welche hinsichtlich der Bibliothek und des Bildungswesens an den Vorstand gerichtet wurden, seien berücksichtigt worden.

Der von Pagels gegebene

Kassenbericht
zeigt eine Einnahme von 83 006,06 M. (einschließlich des alten Bestandes von 29 245,27 M.) und eine Ausgabe von 56 767,74 M. Bleibt ein Bestand von 26 248,32 M. Die Einnahme aus Ramsmarken — 2680 M. — sei nicht befriedigend. Diese geringe Einnahme sei darauf zurückzuführen, daß die Ramsmarken zum großen Teil von den Gewerkschaften entnommen wurden. Beitragsmarken wurden 120 614 für Männer und 27 158 für Frauen umgeseht. Dies Verhältnis sei für die weiblichen Mitglieder erheblich günstiger als für die männlichen. Während die weiblichen Mitglieder mit 17,7 Proz. an der Gesamtmitgliedszahl beteiligt seien, kommen auf sie 37,7 Proz. der umgesehten Beitragsmarken. Die männlichen Mitglieder stellen 82,3 Proz. der Mitgliederzahl, aber nur 62,3 Proz. von den umgesehten Marken. — Mit dem Stande der Kasse und der Organisation können wir zufrieden sein.

Fischer, der den

Bericht der Agitationskommission
erstattete, betonte die Notwendigkeit einer Aenderung des Vereinsgesetzes in dem Sinne, daß Versammlungen nicht mehr polizeilich angeordnet werden brauchen. Es habe sich bei der Wahlbewegung in kleineren Orten gezeigt, daß nach erfolgter Anmeldung auf Verfüher, die ihre Grundstücke für die Versammlung bereits zugesagt hätten, eingewirkt worden sei und sie infolgedessen die Vergabe des Grundstücks verweigert hätten. — Unsere Wahlerfolge in der Provinz seien als gute zu bezeichnen. Es habe sich gezeigt, daß wir bei den Stichwahlen auf die Stimmen der Liberalen nicht viel gehen können, sie seien meistens auf die Konservativen übergegangen. — Unsere Wahlerfolge hätten die Genossen in der Provinz veranlaßt, eine Hausagitation zur Gewinnung von Mitgliedern zu betreiben.

Heinrich gab den

Bericht der Prekmission.
Sie habe sich mit Anträgen auf Gehaltssteigerung der Redakteure und Expeditionsangestellten beschäftigt. Die Anträge seien berechtigt gewesen, weil seit vier Jahren keine Gehaltssteigerung eingetreten sei. Es seien jetzt Gehaltssteigerungen von 8 bis 10 Proz. bewilligt worden. Die Korrektoren hätten eine Gehaltssteigerung von 5 Proz. bekommen. Die Zeitungsfrauen hätten durch ihre Organisation beantragt, den Ansträgerlohn auf 25 M. für 100 Exemplare zu erhöhen. Ueber diesen Antrag sei eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen. Ein Antrag des Handlungsgehilfenverbandes, die Gehälter der weiblichen Hilfskräfte in den Expeditionen zu erhöhen, sei dahin erledigt worden, daß die Verdienenden mit 80 M. monatlich eingestellt werden, von Jahr zu Jahr 10 M. Zulage bis zur Höchstgrenze von 100 M. monatlich, sowie 14 Tage Ferien im Jahr erhalten.

Rohr bemerkte als Berichterstatter der

Lokalkommission,

daß sich in der Lokalkasse nichts Wesentliches geändert habe.

Die

Debatte

begann mit der Begründung eines aus Schöneberg gestellten Antrages, welcher fordert, daß der „Vorwärts“ bei wichtigen Anlässen, wie Wahl des Reichstagspräsidiums usw. Extrablätter herausgabe. — Von anderer Seite wurde hierzu bemerkt, was der

Antrag verlange, das werde ja bereits gemacht. Ob aber gerade die Wahl des Präsidiums eine so „wichtige“ Angelegenheit sei, daß deswegen ein Extrablatt herausgegeben werden müsse, darüber könne man verschiedener Meinung sein. Wenn zur Begründung des Antrages auch gesagt worden sei, bei der Reichstagswahlbewegung hätten in gewissen Fällen Extrablätter herausgegeben werden müssen, so sei zu betonen, daß der „Vorwärts“ in der Wahlbewegung allen Anforderungen, namentlich auch in der Berichterstattung, vollkommen genügt habe. Im allgemeinen aber komme der „Vorwärts“ manchmal mit Nachrichten erst 24 Stunden später wie bürgerliche Blätter, was man als Parteigenosse bedauern müsse. Demgegenüber wies ein Redner darauf hin, daß die bürgerlichen Blätter morgens etwa 2 Stunden später ausgegeben werden als der „Vorwärts“ und deshalb noch Nachrichten bringen können, die der „Vorwärts“ wegen der Notwendigkeit eines früheren Redaktionschlusses bis zum folgenden Tage zurückstellen muß. — Zu der Forderung der Zeitungsfrauen bemerkte ein Redner, der auch von anderer Seite Zustimmung fand: Die Austrägerinnen des „Vorwärts“ würden schon erheblich besser bezahlt als die bürgerlichen Zeitungen. Die Prekmission möge deshalb prüfen, ob weitere Lohnsteigerungen noch begründet seien. — Der Antrag bezüglich der Extrablätter wurde, weil er bereits erfüllt ist, abgelehnt.

Angenommen wurden folgende Anträge:

„Es ist allen Mitgliedern der Parteioorganisation, die überhaupt eine Zeitung halten, zur Pflicht zu machen, den „Vorwärts“ zu abonnieren.“

„Parteigenossen, die länger als vier Wochen krank oder arbeitslos und mindestens zwei Jahre organisiert sind, ist der „Vorwärts“ für die Zeit der Krankheit oder Arbeitslosigkeit unentgeltlich zu liefern.“

Dem Vorstande wurde ein Antrag überwiesen, welcher verlangt, daß die Leiter der Hausagitation Umfrage halten, wie viele Arbeiter wegen ihrer Beteiligung an der Reichstagswahl zum 1. April gekündigt sind.

An Stelle des aus dem Kreise verzogenen Revisors Horlich wurde Vigner-Adlershof gewählt.

Ein auf der Tagesordnung stehendes Referat des Genossen Zubeil: Rückblick auf die Reichstagswahl wurde wegen der außerdem noch sehr reichhaltigen Tagesordnung abgelehnt.

Darauf begründete Pief-Steglich einen Antrag auf Einsetzung eines Kreis-Bildungsausschusses.

Der Vorstand erklärte hierzu, er sehe der Tendenz des Antrages sympathisch gegenüber, erlaube aber, denselben zurückzustellen, bis der Bezirks-Bildungsausschuss für Groß-Berlin einen Plan über seine Tätigkeit aufgestellt habe, damit nicht Kollisionen vorlämen.

Der Antrag Pief wurde angenommen. Er lautet:

Der Bildungsausschuss für den Wahlkreis besteht aus sieben Personen, die auf der jährlichen, im August stattfindenden Kreisgeneralversammlung gewählt werden, und 2 Mitgliedern des Zentralvorstandes. Es sind vorzugsweise Genossen zu wählen, die in den örtlichen Bildungsausschüssen tätig sind. — Der Kreisbildungsausschuss hat in Gemeinschaft mit dem Kreisvorstande das gesamte Bildungswesen im Kreise zu regeln. — Zu diesem Zwecke richtet er alljährlich im Mai eine Umfrage an die Ortsbildungsausschüsse (oder Ortsvereine), in welchem Umfange sie sich an wissenschaftlichen Vorträgen, Vortragsreisen und künstlerischen Veranstaltungen beteiligen wollen. Dabei sind geeignete Programmvor schläge und Vortragsthemen nebst Kostenvoranschlägen den Ortsvereinen zu unterbreiten (siehe die vom Zentralbildungsausschuss herausgegebenen Winterprogramme). — Der Kreisbildungsausschuss hat sodann in Verbindung mit dem Zentralbildungsausschuss den Wünschen der Ortsvereine nach Rücksicht der vorhandenen Kräfte Rechnung zu tragen. Die Kosten für die Veranstaltungen tragen die beteiligten Orte. Für solche Orte, die nicht die erforderlichen Mittel zur Beteiligung an den Vortragsreisen aufbringen können, kann der Kreisbildungsausschuss nach Rücksicht des ihm von der Generalversammlung für diese Zwecke zur Verfügung gestellten Betrages eine Kostenermäßigung eintreten lassen. — Der Kreisbildungsausschuss hat in Orten mit größerer Arbeiterzahl die Schaffung von Ortsbildungsausschüssen anzuregen, mit denen er nach Bedarf und unter Zustimmung des Kreisvorstandes Konferenzen abhalten kann. — Die durch die Tätigkeit des Kreisbildungsausschusses entstehenden Ausgaben (Druckkosten, Vortr., Sitzungsgelder usw.) trägt die Kreisliste. — Der Kreisbildungsausschuss hat alljährlich auf der Kreisgeneralversammlung über seine Tätigkeit sowie über die örtliche Bildungsarbeit im Kreise Bericht zu erstatten.

In den Ausschuss wurden gewählt: Schulz-Neukölln, Mohr-Schöneberg, Pief-Steglich, Jempersburg-Charlottenburg, Ewald-Tempelhof, Richter-Trebbin, Rederer-Rödenitz.

Ein Antrag von Hen-Billau verlangt die Herausgabe eines Leitfadens für die Leiter der Gemeindevorstände.

Auf Vorschlag des Vorstandes, der die Herausgabe eines solchen Buches für wünschenswert und zweckmäßig hält, beschloß die Versammlung, der Vorstand solle bei der Buchhandlung Vorwärts oder beim Parteivorstande die Herausgabe anregen, da ein derartiger Leitfaden nicht nur für einen Kreis, sondern für die Gemeindevorstände in Preußen überhaupt Interesse habe.

Ein Antrag von Adlershof verlangt, daß Parteigenossen nicht Mitglieder von Grundbesitzervereinen, Vereinigungen von Gewerbetreibenden oder ähnlichen Organisationen sein dürfen, welche bei Wahlen eigene Kandidaten aufstellen. Wie aus der Begründung des Antrages hervorgeht, sind die Adlershofer Genossen zur Stellung desselben durch einen Spezialfall veranlaßt worden. Ein Geschäftsmann, der seiner Berufsorganisation und dem Wahlverein angehört, ist bei der Gemeindevahl für den von der Berufsorganisation aufgestellten bürgerlichen Kandidaten eingetreten. — Gegen den Antrag wurde eingewandt: Man könne einem Parteigenossen, der Grundbesitzer oder Gewerbetreibender ist, nicht verbieten, der betreffenden Berufsorganisation beizutreten, denn durch diese würden gemeinsame Angelegenheiten geregelt (z. B. die Müllabfuhr durch die Grundbesitzervereine), die der einzelne für sich gar nicht erledigen könne. An politischer oder kommunalpolitischer Betätigung derartiger Vereine dürfe sich ein Parteigenosse natürlich nicht beteiligen. Etwas Verstoß dieser Art könnten durch das Ausschlußverfahren auf Grund des Parteistatuts ihre Sühne finden. Sie mühten von Fall zu Fall entschieden, könnten aber nicht durch ein generelles Gesetz geregelt werden. — Der Antrag Adlershof wurde unter diesen Gesichtspunkten abgelehnt.

Einem Antrage von Charlottenburg entsprechend wurde der Vorstand beauftragt, auf der Verbandsgeneralversammlung für eine

Verabschiedung der Delegiertenzahl

zu wirken und danach auch eine dementsprechende Festsetzung der Delegiertenzahl zur Kreisgeneralversammlung zu veranlassen.

Angenommen wurde ein Antrag Treplow:

Bei wichtigen Aenderungen des Organisationsplanes bezüg-

lich Beitragserhöhung ist Abstimmung vorzunehmen.

Eine erregte Geschäftsordnungsdebatte entstand aus folgendem Anlaß: Die Neuköllner Genossen hatten beantragt, das

Kreisbureau von Charlottenburg nach Neukölln

zu verlegen. — In einer Konferenz der Vorstände, welche der Generalversammlung vorausging, ist unter anderem auch dieser Antrag abgelehnt worden. Die Neuköllner Genossen verlangten jetzt, der Antrag solle durch die Generalversammlung entschieden werden. Der Vorsitzende Pief vertat dagegen den Standpunkt, der Antrag sei durch Beschluß der Vorstände erledigt. — Dieser

Anstalt trat schließlich auch die Versammlung mit 58 gegen 56 Stimmen bei.

Hierauf wurde einstimmig und ohne Debatte angenommen die nachstehende vom Genossen Pieck beantragte

Resolution:

Die Generalversammlung protestiert gegen das russische Bazenregiment mit seinem rucklosen Lockspindelssystem, wodurch alljährlich tausende Männer und Frauen unschuldig, unter dem

Bruch aller rechtlichen Grundsätze, ihres Lebens und ihrer Freiheit beraubt werden.

Die Generalversammlung schließt sich der von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Deutschen Reichstages und der bundesstaatlichen Landtage erhobenen Forderung an, nach der das öffentliche Wiederaufnahmeverfahren gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten der russischen Duma eingeleitet werden soll, die, wie jetzt zur Gewißheit geworden, im Dezember 1907 auf Grund falscher Aussagen russischer Lockspindel zu lebens-

länglicher Zuchthausstrafe und Verbannung verurteilt worden sind.

Die Generalversammlung fordert alle Arbeiter, besonders die Genossen und Genossinnen, auf, sich an den Versammlungen zu beteiligen, die zum Protest gegen diese Schandtat und zur Unterstützung dieser Forderung in nächster Zeit einberufen werden.

Damit war die Tagesordnung der von 142 Delegierten aus 49 Orten besuchten Versammlung erledigt.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

**Dienstag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung**

der sechs Berliner Kreise in folgenden Lokalen:

- | | |
|--|--|
| 1. Kreis: Dräfels Festsäle, Neue Friedrichstraße 35. | 4. Kreis: Borgmann, Andreasstr. 21. |
| 2. " Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53. | 5. " Sophien-Cäle, Sophienstr. 17/18. |
| 3. " Gewerkschaftshaus, Engelsfer 15. | 6. " Moabiter Gesellschaftshaus, Wielestr. 24. |

In allen Versammlungen steht auf der Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht. 2. Die Verbands-Generalversammlung (Bestätigung der Delegierten, Anträge zu denselben).

- Außerdem: im 1. Kreis: Neuwahl des 1. und 2. Vorsitzenden, des 1. Kassierers und der 3 Redigoren; Verschiedenes; 2. Kreis: Kreisfachen; 3. Kreis: Bericht der Schiedskommission; Vereinsangelegenheiten; Vortrag des Genossen Redakteur E. Däumig über „Reichstag und Volk“; 4. Kreis: Bericht der Beschwerdekommision; Vereinsangelegenheiten; 5. Kreis: Verschiedenes; 6. Kreis: Erledigung gestellter Anträge; Vortrag des Genossen Georg Ledebour über: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“.

Zahlreichen Besuch der Mitglieder erwarten

Die Kreisvorstände.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 6. März 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Versammlungsorte:

Tischler.

- Südwesten: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Süden: bei Glesing, Belfortstr. 69.
Südosten I. u. II: in den Rannuh-Gehäusen, Rannuhstr. 6.
Osten I: bei Kluge, Lange Str. 53.
Osten II: bei Bich, Warshawer Str. 61.
Osten III: bei Bergmann, Bogdangener Str. 26.
Ostliche Vororte: bei W. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzengasse 47, Ede Scharnweberstraße.
Nordosten: bei Merkmann, Gr. Frankfurter Str. 16.
Jede Sargstischlerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Oblig, Schwebler Straße 23.
Wedding und Moabit: bei Saczowowski, Ravenstr. 6.
Weißensee: im Pralaten, Seidenstraße 122. Abends 6 1/2 Uhr.
Neukölln: im Ideal-Kasino, Weichselstr. 8.
Schöneberg: um 5 1/2 Uhr bei Kusche, Reiningen Straße 8.

Bautischler.

- Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grashoff, Admiralsstr. 18a.
Bezirk 2: Osten bei Bratner, Weidenweg 85.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Glesing, Ropenhagener Str. 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Zache, Lindauer Str. 26.
Neukölln: bei Schenk, Rosenstr. 24.

Ladeneinrichtungs- und Kontormöbelbranche im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27a. 92/18

Küchenmöbelbranche bei Lehmann, An der Stralauer Brücke 3.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.

- Osten bei Boeker, Weberstr. 17.
Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18a.
Norden bei Günther, Brunnenstr. 96.

Die Tischler werden gebeten, die in den Werkstätten beschäftigten Möbelpolierer auf diese Versammlungen besonders

aufmerksam zu machen, da daselbst die statistischen Fragebogen ausgegeben werden.

Maschinenarbeiter. Die Versammlung fällt aus.
Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-Branche.

- Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Hecker, Friedenstr. 67.
Südosten und Südwesten bei Peinert, Ritterstr. 123.
Einsetzer im Gewerkschaftshause, Engelsfer 14/15, Saal 11.

Modelltischler bei Walde, Pfingststr. 5. Pünktlich 8 Uhr.

Bodenleger im Gewerkschaftshause, Saal 2.

Stellmacher Rosenthaler Straße 57.

Jalousiearbeiter bei Walter, Adalbertstr. 62.

Vergolder im Gewerkschaftshause, Engelsfer 14/15, Saal 5.

Kisten- und Koffermacher bei Emil Wüchsch, Krausstr. 24.

Korbmacher bei Krause, Winkauer Str. 20.

Bürstenmacher bei Breh, Holzmarktstr. 65.

Kammacher bei Breh, Holzmarktstr. 65.

Stockerarbeiter. Die Versammlung findet nicht statt.

Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Weichselstr. 5.

Schirmmacher bei Lehmann, An der Stralauer Brücke 3.

Klavierarbeiter im Gewerkschaftshause, Engelsfer 14, Zimmer 4 (Arbeitslosgenossin).

Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Wählich, Stallher Straße 22.

Freitag, den 22. März 1912:

Ordentliche General-Versammlung.

Anträge müssen bis zum 8. März eingereicht sein.

Photographen-Gehilfen und Gehilfinnen Groß-Berlins.

Donnerstag, den 7. März 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Der Reichstagsabgeordnete, Photograph Karl Pinkau-Weiß wird über:

„Die Zukunft des photographischen Berufs“ sprechen. Eine freie Aussprache schließt sich dem Vortrage an.

Alle Kollegen und Kolleginnen sind verpflichtet, zu der Versammlung zu erscheinen, um öffentlich gegen die unsicheren Verhältnisse im Berufe zu protestieren.

Filiale VI (der Photographen) des Verbandes der Lithographen und Steindruckere und verwandter Berufe.

Dr. Rud. Weill's Hafermark macht Buben u. Mädchen stark

Nicht nur wissenschaftliche Erwägungen, sondern auch ärztliche Erfahrung haben uns den Wert der Hafermahlung schätzen gelehrt. Kein anderes Haferpräparat übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert, Bekömmlichkeit und schneller, einfacher Zubereitung Dr. Rud. Weill's Hafermark. Eine aus Dr. Rud. Weill's Hafermark bereite Kost bewährt sich als das sicherste Stärkungsmittel. Schwächliche, hager Personen kann man mit dieser Kost binnen kurzer Zeit „herausfüttern“. Bleichsüchtige, junge Mädchen, kränkliche Frauen, blasse, schlecht entwickelte Kinder blühen förmlich auf, wenn sie mit Dr. Rud. Weill's Hafermark ernährt werden.

Preis: In Originalpaketen Pfd. 40 Pf., 9 Pfd. = 1 Postpaket 3,40 M. — Gebrauchsanweisung auf den Paketen.

Man achte darauf, das echte Dr. Rud. Weill's Hafermark zu erhalten.

Generaldepot: D. MADER, Berlin S., Prinzenstr. 37.

Versandgeschäft gesunderer Nahrung- u. Genussmittel. Ausführliche Preisliste bitte zu verlangen. — In Berlin und nächsten Vororten sende frei ins Haus.

Vorsicht!

Die glänzende Einführung von Palmin (Pflanzenfett) und Palmona (Pflanzenbutter-Margarine) hat zahllose Nachahmungen hervorgerufen. Achten Sie deshalb in Ihrem eigenen Interesse beim Einkauf darauf, daß Sie tatsächlich Palmin und Palmona bekommen und daß man Ihnen nicht Fabrikate aufdrängt, die Sie nicht kennen. Weisen Sie alle Nachahmungen unbedingt zurück. Dann gehen Sie ganz sicher!



H. Schinck & Co.
Aktiengesellschaft

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.



Bei Rückgrat- verkrümmung glänzendste Erfolge

mit meinem weltberühmten regulierbaren Redressions-Apparat — Patent Haas — für Erwachsene und Kinder.
Mein Apparat wurde auf d. 10. Aerate-Kongress mit d. I. Preis ausgezeichnet u. erhielt auf der International. Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911 die silberne Medaille.
Prospekt u. fachmänn. Beratung kostenlos.
F. Menzel, Orthopädisches Institut, Berlin W. 35, Schönberger Ufer 23.

Donnerstag, den 7. März 1912, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Volks-Versammlung

in den Konfordia-Festfälen, Andreasstr. 64.

Tagesordnung:

Der Justizmord an den sozialdemokratischen Abgeordneten der russischen Duma.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour**.

Zahlreichen Besuch erwartet der Einberufer Eugen Ernst, Liefenstraße 16.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Reichshofstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787.

10 Mitgliederversammlungen für die Kollegen Berlins und der Vororte

Donnerstag, den 7. März 1912, abends 8 1/2 Uhr

in nachstehenden Lokalen für die Bezirke:

Norden, Nordosten, Gesundbrunnen, Pantow und Weißensee: „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünder Straße 42.

Osten, Lichtenberg und Rummelsburg: „Löwenbräuerei-Anschank“, Frankfurter Allee 53.

Süden, Südosten, Südwesten u. Neukölln: „Märkischer Hof“, Admiralstr. 18c.

Freitag, den 8. März 1912, abends 8 1/2 Uhr
Charlottenburg und Wilmerdorf: „Volkshaus“, Charlottenburg, Rosenstr. 3.

Steglitz:

Restaurant Geizmann, Steglitz, Florastr. 4.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die Erweiterung der Kranken- und Sterbe-Unterstützung innerhalb unseres Verbandes. 2. Beschlusfassung über die Einführung derselben. Referenten sind die Kollegen: Jakobowitz, Klotz, Rint, Mich, Richter, Ringel und W. Stein. Kollegen! Erfüllt Eure Pflicht und agitiert für den Besuch der Versammlungen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 128/10 Die Ortsverwaltung.

Wichtig für jeden Raucher!

BOLERO Cigaretten

Verfeinerte Qualität!

Tabake neuester Ernte!

GEBR. SELOWSKY, DRESDEN.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin O., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt III, 2428.

Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.**

Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand. NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal wech und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.



redithaus Luisenstadt MÖBEL

Komplette Wohnungs-Einrichtungen und einzelne Ergänzungsstücke vom einfachsten bis zum elegantesten Genre, in jeder gewünschten Stil- u. Holzart.

Die Ratenzahlungen werden nach dem Einkommen des Käufers bestimmt. Lieferung frei Haus; Wagen ohne Firma.

Spezial-Abteilung für Damen-, Herren- und Kinder-Garderoben.
Eigenes Maßatelier.

Verkehrsweg: Berlin, Jahn, Turgis, Gärten, Ucker, Ucker etc.

= Ohne Anzahlung =
für meine alten Kunden u. solche anderer Kredithäuser und Baant.



Carmen Sylva

Cigaretten
Beste Qualitäten



Wer sein Geld liebt, kauft nur **Kn'** und mit dieser Fabrik-Marke. Es sind die haltbarsten seit 1873.

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung
beliebige elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg

Mass-Schneiderer

Rosenthaler Strasse 40-41 am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104 part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4 am Weddingplatz



Moebel-Boebel

Gegründet 1879 Berlin
Oranienstr. (Moritzplatz) 58
Klein-Laden, Verkauf im Fabrikgebäude
Specialität:
Ein- u. Zwei-Zimmer-Einrichtungen

Modernes Wohnzimmer, echt Nussbaum furn., M. 273.—



1 Kleiderapfel . . . M. 53 | 1 Trumeau m. Stuhl M. 36 | 1 Vertiko. M. 02
4 Stühle à 6 M. — M. 24 | 1 Auszugstisch . . . M. 30 | 1 Sofa M. 60, Umbau extra M. 50
Eig. Werkstätte — Musterbuch gratis. — Sonntags geöffnet. — Besichtig. erbet.

MAGGI'S Suppen sind die besten!



Mehr als 35 Sorten.
Jede Sorte hat ihren natürlichen Eigengeschmack.
Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen.

„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!“

Ausnahme-Angebot!



Metall-Bettstelle
mit Zugfeder-Matratze,
schwarz,
190 x 90 cm
13.50 M.
weisslackiert
50 Pf. mehr.

Steppdecken
von Seidenglanz-Satin doppel-
seitig, mit weisser Watten-
füllung, bordeaux, od. oliv **9.50 M.**
Daunen-Steppdecken
von türkisch gemustertem, daunen-
dichtem Stoff, mit federfreien Dau-
nen, in diversen Mustern
abgesteppt, 130x200 cm **17.50 M.**

Daunen-Steppdecken
von Seidenglanz-Daunen-Satin,
mit federfreien Daunen, in
diversen Farben vorrätig,
160x210 cm **27 M.**
von 1/2 halbwoollen. Daunen-Zanella
mit federfreien Daunen in Bor-
deaux, Oliv, Blau, Fraise **36 M.**
160x210



Metall-Bettstelle
mit Zugfeder-
Matratze, 53 mm
starke Pfosten,
obere Verankerung,
und Fussbündel im
Kopf- u. Fussteil
von Messing,
schwarz od. weiss
lackiert
26.50 M.



Metall-Bettstelle
mit Zugfeder-Matratze,
34 mm-Pfosten,
eingelassene
Füllungsstäben
Messing-Fuss-
bündel l. Kopf-
und Fussteil
190 x 90 cm
16 M.
190 x 90 cm
17.50
weiss lackiert
50 Pf. mehr

Gustav Lustig
Berlin S, Prinzen-Strasse 46-47
Beste Bettenfüllung:
Monopoldaunen
gesetzlich geschützt.
Pfund **2.85 M.**, 3-4 Pfund zum grossen Oberbett.



**Hochelegante
Messing-Bettstelle**
mit Zugfeder-
matratze in Holz-
rahmen,
190 x 90 cm
48 M.
200 x 190 cm
Nr. 631
M. 55.-

Diese Preise für Bettstellen und Steppdecken nur gegen Vorzeigung des Inserats u. solange Vorrat reicht.

Theater.
Dienstag, den 5. März 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Die Traviata.
Kgl. Schauspielhaus. Der Bettler
von Syracuse.
Deutsches. Die Lärm um Nichts.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vor-
stellung.
Zirkus Carrafant. Gala-Vor-
stellung.
Gaberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Taudentzunge 48/49.
Der Großlockner, Gasten und
die Salzburger Alpen.
Invalidenstr. 57-59:
Dr. Kreitzinger, 8 Uhr: Astronomie
und Poesie.
Hörsaal: Dr. Berndt: Die Ab-
stammung des Menschen.
Neues K. Opernhaus. Rignon.
Festung. Die Stützen der Gesellschaft.
Kleines. Und das Licht scheint in
der Finsternis.
Königgräzer Straße. Königin
Christine.
Neues Schauspielhaus. Das Ja-
milienkind.
Neues. Der liebe Augustin.
Kammerstücke. Eine glückliche Ehe.
Reifdanz. Alles für die Firma.
Komische Oper. Undine.
Kurfürstentheater. Liefand.
Wochen. Wiener Blut.
Südpoltheater. Die Damen des
Regiments.
Berliner. Große Hofinen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. Emilia Galotti.
Sch... Charlotteburg. Der
Kilometerfresser.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Lailun.
Lilien. Alles durch die Liebe.
Nose. Napoleon Bonaparte und seine
Frauen.
Mierow. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Polnische Bierschalt.
Casino. Der Kampf ums Dasein.
Urania. Spezialitäten.
Vauve. Spezialitäten.
Gerrfeld. Wie man Männer bessert.
Der Hundstiel.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Kinder der
Wüste. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice. Wandelblatts
Volterabend. Loßgelassen. Waffen-
übung.
Walhalla. Reifdanz.
Voigt. Das Mädchen ohne Ehre.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der zer-
brochene Krug. Frischgen.
Belle-Alliance. Die Reineidgräfin.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-59.
Schiller-Theater O. Salner.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Emilia Galotti.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr zum erstenmal: Der
Vogelkundler.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.
Theater in der Königgräzer Straße
Abends 8 Uhr:
Königin Christine.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwan in 3 Akten von H. Denniquin
und G. Rittsch. Für die deutsche
Bühne bearbeitet von Volten-Banders.
Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.
Sonnt. 3. 3. 3. 3. 3. Kümm. Dich um Amelle
und E. Rittsch.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.
Belle-Alliance-Theater.
8 1/2 Uhr Premiere:
Die Reineidgräfin.
Schauspiel in 4 Akten v. J. Hoff
und E. Rittsch.
Lilien-Theater.
Dienstag Premiere: Alles durch
die Liebe.
Mittwoch: Die Griffe.
Donnerstag: Eine leichte Person.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 122.
Abends 8 Uhr:
Napoleon Bonaparte und
seine Frauen.
Mittwoch: Mutter und Sohn.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von
Jul. Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
Neues Programm.
Sensationeller Lacherfolg!
Los Nr. 33.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Passage-Theater.
Melia
die schönste und gefeiertste
russische Tanzkünstlerin
**Schneider-Duncker
Danell-Truppe etc.**
und 12 Varieté-
Sensationen.
Dienstag zum erstenmal:
Das Geisterfenster.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Manorstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Doppel-Konzert
!!! Zillertaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler!!!
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Heute Dienstag, den 5. März 1912:
Damen-Prämierung.
Prämiiert wird:
Die kleinste Hand.
(Abnormitäten sind ausgeschlossen.)
3 bare Goldpreise: 50,-, 30,-, 20 Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Voranzeige! Mittwoch, den 6. März, **Gr. Ball.**
im neuen Lichtprunk-Saal:
Donnerstag, den 7. März: **Prämierung** der Berliner Eva
von 18-25 Jahren. (Legitimation: Geburtschein.)
3 bare Goldpr. 50, 30, 20 M. Anm. bis 10 U. abds. a. d. Kasse.
Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. 30 bayrische Madl. 5 Kapellen.

Union-Theater
Alexanderplatz. Unt. d. Linden.
Moritzplatz. Hasenheide.
**Der größte
künstlerische
Erfolg der
Theatersaison**
**Arme
Jenny.**
Volkstück aus dem Berliner
Leben in zwei Akten.
In der Hauptrolle:
Asta Nielsen
die „Duse der Kino-Kunst“.

Union-Theater
Wedding, Reinickendorfer
Theater Straße 14:
Die Vampyr-Tänzerin.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großlockner, Gasten und
die Salzburger Alpen.
Invalidenstraße 57-59:
Dr. Kreitzinger 8 Uhr: Astronomie
und Poesie.
Hörsaal Dr. Berndt 8 Uhr: Ab-
stammung des Menschen.

**Herrnfeld
Theater**
Ein neuer
Sensationserfolg
**Wie man
Männer bessert.**
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld
mit den Autoren in den Hauptrollen.
Dazu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-2 (Theaterkasse)

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede
das
Löwenmädchen.
Ein atavistisches Wunder.
Das Mädchen mit dem
Männchenkopf.
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib, ein
Opfer wilder Barbaren.
Die Frau in der Kanne.
Befreiung a. d. Wassergab.
Ohne Extra-Entree!

Zirkus Schumann
Dienstag, den 5. März 1912,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Die besten Radkünstler
5 Herren Aurora 5
Besonders hervorzuheben:
Das lebende Karussell
Die 3 Oravias
sowie alle übrigen Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Große Schlussapothose mit noch
nie dagewesenen Effekten.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Heute Dienstag, den 5. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Ein Abend der
besonderen Ueberraschung
Morgen Mittwoch 3 Uhr
und 7 1/2 Uhr: **2 Vorst.**
In jed. Vorst. die kompl.
Wild-West-Szene.
Nachmittags zahlen Kinder
auf allen Plätzen
halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circus-
kasse und an sämtlichen
Billetverkaufsstellen von
A. Wertheim.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Pantoffel-Gelden.
Urkommische
Burleske
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

Walhalla-Theater
am Holtenauer Tor.
Abends 8 1/2 Uhr:
Menschenrechte!
Größtes soziales Kunst-
stück-Goldstück mit Ballett
und Gesang in 5 Akten von
Max Reichardt. In Szene
gesetzt v. Dir. James Klein.
1. Akt: Geheimnisse im
Privatkontr. 2. Akt: Die
große Protestversammlung.
3. Akt: Im Ballaal. Am
Rande des Abgrundes.
4. Akt: Arbeit nieder. 5. Akt:
Ein Gottesgericht.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die größte Sünde.

Zirkus Busch
Dienstag, den 5. März 1912:
Elite-Gala-Abend.
Mit Rücksicht auf die Ring-
kämpfe ist der Anfang des gr.
Manege-Schauspiels
Die Hexe
bereits von heute ab auf
7 1/2 Uhr,
das heißt zu Beginn d. Vorst.
angesetzt, daranschließend
ca. 9 Uhr
Das große Galaprogramm und die
großen internationalen
Ringkämpfe.

Casino-Theater
Lettlinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch wenige Aufführungen.
Nieder 100 mal ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Am 16. März Premiere.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Trubdens Sommerreise.

Königstadt-Kasino.
Gte Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich abends 8 Uhr,
Sonntag 1/2 6 Uhr:
Theater und Varieté.
Som 1.-16. März 8 Spezialitäten
und „Kinder der Wüste“:
Operetten-Burleske a. D. Richter.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Loßgelassen.
Waffenübung.
Wandelblatts Volterabend.

Voigt-Theater.
Dienstag, den 5. März 1912:
Schauspiel im Weibler Winter-
Garten, früher
Artushof, Perleberger Str. 26.
Das Mädchen ohne Ehre.
Sensationelles Drama i. 12 Bild. u. S. B. Dub
Kelleneröffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.

Admiralspalast
Am Bahnh. Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet von 11 Uhr vorm.
Nachmittags:
Kunstlauf-Produktionen.
Abends:
Tänze auf dem Eis.
Die kleine Charlotte.
Das prächtige Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends halbe Kassenspreise.
Sonabend, den 9. März:
Berliner Babyball.
Billets a. M. 10,- im Ball-
bureau (Admiralspalast) 11
bis 6 Uhr und an d. Theater-
kassen von Wertheim.

Eine Riesendemonstration der Groß-Berliner proletarischen Frauen.

In sieben überfüllten Versammlungen stellten die Berliner proletarischen Frauen am Sonntag der bürgerlichen Veranstaltung im Zoologischen Garten eine andere Demonstration an die Seite, die in jeder Beziehung imponierend verlief.

Aus den einzelnen Versammlungen berichtet man uns:

In der Kommandantenstraße wanderten bald nach 1 Uhr die Frauen in immer größerer Zahl nach dem

„Arminhallen“

und von der anderen Seite kamen ein paar Schulleute und zeitweilig auch ein Polizeileutnant Obacht, daß die herbeiströmenden Proletarierinnen unsere schöne Gesellschaftsordnung nicht über den Haufen rannten. Es geschah selbstverständlich nichts, was diesen besonderen Polizeischutz notwendig machte, weder vor, noch während, noch nach der Versammlung.

Als die Versammlung begann, war der große Saal gefüllt, und auch die Galerien waren besetzt. Männer waren nur wenige gekommen, es waren fast nur Frauen, und unter ihnen waren auch mehrere aus dem Bürgertum, Kongreßteilnehmerinnen, die offenbar hören wollten, was die Sozialdemokratinnen über ihre große Veranstaltung zu sagen hatten. Die Referentin, Frau Kähler, verstand es vortrefflich, auf Grund der unerhittlichen Tatsachen des Wirtschaftslebens und der nun einmal vorhandenen Klassengegensätze zu zeigen, welche Klust die proletarische von der bürgerlichen Frauenbewegung trennt. Unsere Genossin erkannte an, daß die Ausstellung und zum Teil auch der Kongreß dafür zeugte, daß es unter den Damen von der bürgerlichen Frauenbewegung manne gibt, die mit Ernst und Eifer an ihre Aufgabe herantreten, wenn auch andere die Sache nur als Sport betreiben. Würden aber jene Damen, denen es Ernst ist, weitergehen, so würden sie den Akt abgeben, auf dem sie sitzen, so müßten sie zur Sozialdemokratie kommen und mit uns die bürgerliche Gesellschaft bekämpfen, der sie selbst angehören. Für die Proletarierinnen ist die Frauenfrage eben nicht ein Ding für sich, sondern ein Teil der sozialen Frage, mit der sie erst endgültig gelöst werden kann. Darum führt auch die proletarische Frauenbewegung den Kampf nicht gegen den Mann, sondern sie lehrt die Frauen Seite an Seite mit den männlichen Klassenkämpfern für die Befreiung der kapitalistischen Ausbeutung und für die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung ohne Unterschied des Geschlechts. — Die Rednerin wies nach, warum jener Kongreß, hinter dem bekanntlich 84 verschiedene Frauenorganisationen standen, zu irgendwelchen Beschlüssen nicht kommen konnte und äußerte ferner den Wunsch, daß die Fürstinnen, Gräfinnen, Baroninnen und anderen Damen, die auf der Ausstellung die wunderliche Handlungsbühne bewunderten, doch einmal in eine richtige Textilarbeitsfabrik gehen möchten, um zu sehen, wie dort die Arbeiterinnen mit müden, blutunterlaufenen Augen im wirbelnden Staub sich abtöten und abstaufen für ihren Lohn. Zur Wahlrechtsfrage äußerte die Rednerin, daß man Frau Minna Cauer nur beifügen könne, als sie auf dem Kongreß erklärte, daß freie, gleiche und allgemeine Wahlrecht der Frauen werde nur von den unteren Schichten erkämpft werden. — Der inhaltreiche Vortrag schloß mit der Aufforderung, ohne Bankrott und mit allem Eifer weiter zu streben und zu kämpfen, um durch den Sieg der Sozialdemokratie auch der Frau die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung zu erringen.

In der Diskussion nahm von den bürgerlichen Frauen nur Fräulein Reichelt das Wort, und zwar, um auszuführen, daß der Kongreß des Bundes der Frauenvereine eine besondere Veranstaltung wäre, die nicht den Zweck gehabt habe, Beschlüsse zu fassen. Da sich sonst niemand zur Diskussion meldete, richtete die Genossin Kähler noch einige Worte an die Versammelten und sagte unter anderem, daß die Kaiserin, als Protektorin der Ausstellung, dort hoffentlich genug erfahren haben werde, um ihren Namen darüber aufzuklären, daß seine in Königsberg geäußerte Auffassung von der stillen Arbeit der Frau im Hause mit den wirtschaftlichen Tatsachen in Widerspruch steht. — Nach einigen anfeuernden Worten der Vorherrscherin, Genossin Raschewski, und einstimmiger Annahme der vorgeschlagenen Resolution wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Nach Schluß der Versammlung in den „Arminhallen“ gingen alle Teilnehmerinnen ruhig ihrer Wege, doch erregte es auf der Straße Aufsehen, daß hier wieder einmal so viele Frauen beisammen gewesen waren.

Im

Moabiters Gesellschaftshaus

in der Bielestraße zeigte die Straße kurz vor 1/2 Uhr noch ihr gewöhnliches Bild. Dann auf einmal, von 1/2 Uhr ab, erschienen aus allen Straßen zuerst kleinere, dann größere Trupps und schließlich kommen sie in endlosen dichten Reihen heran, die Frauen und Mädchen des Proletariats, zum Teil ernst und ruhig, zum Teil lebhaft diskutierend. Alte, von Sorge und Not gebeugte Mütterchen ließen es sich nicht nehmen, an der Demonstration teilzunehmen und das Bewußtsein, im Verein mit Tausenden von Leidensgefährten und Kämpferinnen heute den Willen nach Befreiung mächtig kundzugeben, stärkt ihnen die schwachen Beine, läßt sie weitaufsehen mit den Jungen, das Lokal zu erreichen. Es ist schon 2 Uhr und immer noch strömen die Massen heran, besonders vom Wedding her. Mit der Reierschaumzigarettenspitze in der Hand bleibt der Spießer stehen, schaut und schaut. Er fragt — Demonstration der Frauen? — „Jetzt fangen die auch noch an“, und kopfschüttelnd geht er weiter.

Mehr als 1000 Frauen hatten den Saal besetzt. Wenn auch die Stühle immer dichter gerückt werden, es können nicht alle Erschienenen herein. Die wenigen Männer, die anwesend sind, stehen auf, räumen den Saal und lassen die Frauen an ihre Stelle. In fürchterlicher Enge folgt die Versammlung den hinführenden Worten der Genossin Marie Greifenberg. Manche Töne klangen in den Sälen, als die Rednerin die Leidensgeschichte der Proletarierfrau schilderte, und wie zum Schauer hoben sich die laufend Hände, als es galt den Willen zur Erlangung einer besseren Zukunft in einer Resolution zum Ausdruck zu bringen. Dem begriffenst ausgedrückt noch auf die internationale Sozialdemokratie, der Befreierin auch der Frau, folgte denn auch die Tat: Es wies keine Frau aus dem Saal gegangen sein, die nicht sofort dem Sozialdemokratischen Verein als Mitglied beigetreten ist, soweit es noch nicht der Fall gewesen sein sollte. Und es hieß die Vernunft der Frauen unterschätzen, wollte man annehmen, daß nicht auch die letzte der Teilnehmerinnen an der Versammlung Abonnement wenigstens der „Gleichheit“ wird. Angehörige bürgerlicher Frauenvereine waren nicht anwesend.

Erst um 1/2 Uhr war die Versammlung zu Ende. Noch interessanter als der Aufmarsch war der Abmarsch der Frauen. Und wieder waren es die Kolonnen des Wedding, die der Straße das Gedränge gaben. Es dauerte so ziemlich eine halbe Stunde, bis die Massen der Demonstrierenden sich in den anstehenden Straßen verlaufen hatten.

In der Umgegend des Schönhauser Tor begann nach 1 Uhr ein Instrom von Frauen nach einem Mittelpunkt hin, den das Versammlungsklokal der Brauerei Königsstadt in der Schönhauser

Allee bildete. Aufsehen erregten keine Züge von 30, 40 bis 60 Frauen, die geschlossen ihrem Ziel zustrebten, kritisch gemustert von den Schutzmännern, neugierig und verwundert betrachtet von den Straßenpassanten, die nicht wußten, daß diese Frauen heute als Anhängerinnen des Sozialismus einem Rufe ihrer Partei folgten. Die Mehrzahl der Frauen kamen ohne Männer, oder sie trafen schnelle Verbindungen, wo sie ihre Männer später treffen konnten, als sie das Gedränge an den Eingangstüren zum Lokal sahen. „Ach, und ich dachte, wir sind die Ersten“, hörte man immer wieder von den Neuankommenden rufen, die pünktlich um 2 Uhr erschienen waren und nun eifrig sich bemühten, noch Einlaß zu gewinnen. An Pünktlichkeit im Versammlungsbesuch gaben die Frauen hier den Männern ein nachahmenswertes Beispiel.

Der große Saal der

Brauerei Königsstadt

war überfüllt. Galerie und Bühne waren dicht besetzt. Männer waren spärlich zu sehen; die Versammlung gehörte den Frauen. Die Referentin Clara Wehl betonte in ihrem Vortrag den Gegensatz zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung; sie kritisierte den jüngsten Frauenkongreß und stellte ihre Betrachtungen an über die damit verbundene Ausstellung. Mehrmals ertang sie sich den lebhaftesten Beifall der Versammelten, als sie die „soziale Fürsorge“ der bürgerlichen Damen beleuchtete, die nur auf die bekannten und unzulänglichen Wohltätigkeitsbestrebungen hinausläufe, oder als sie die spielende Art der Damen, die für das Wahlrecht eintreten, mit dem bitteren Ernst verglich, den die proletarischen Frauen bei dem Streben nach gleichen politischen Rechten entwickelten. Scharfe Worte fand die Rednerin gegen die Forderungen der reaktionären Parteien, die die Frau an den Kuchelkuchen verweisen und dabei aus demselben Kuchelkuchen das Fleisch und sogar die Kartoffeln herausnehmen; sie gedachte des Elends der Kinderarbeit und der Prostitution und schloß mit dem Aufruf an die Frauen, sich an den Arbeiten der sozialdemokratischen Partei zu beteiligen, um dem Kulturfortschritt die Wege zu ebnen. (Stürmischer Beifall.) An der Diskussion beteiligten sich einige Genossinnen, die auf die Arbeiten der Kinderschutzkommission hindeuten, ferner die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Frauen betonten. Unter Hochrufen auf die Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Gegen 4 Uhr leerte sich der Saal, aber es dauerte eine geraume Weile, bis die Massen sich zerstreut hatten. Ruhig und friedlich lösten sich die Ansammlungen vor dem Lokal auf. Die Polizei hielt sich im Hintergrund. Eine Anzahl von Polizeioffizieren beobachtete von der Gartenterrasse des Lokals aus das Straßenbild. Man hatte auch genügend Schulleute in der Umgegend bereit, so daß man glauben konnte, die Polizei sei vorbereitet, eine Strohendemonstration der Frauen zu vereiteln. Aber diese Vorkehrungen waren überflüssig.

Im Osten Berlins waren die

Reformklub-Festsäle

in der Andreasstraße das Ziel von Tausenden proletarischer Frauen. Inmitten der Straßenflucht liegt das Lokal. Es war ein erhebender Anblick, unsere Frauen in Kolonnen und Bataillonen von beiden Seiten heranzukommen zu sehen. In den Bezirken des Ostens und des Südostens hatten sie sich formiert, um gemeinsam zum Reformklubplatz zu ziehen. In der Zeit zwischen 1/2 und 2 Uhr war das Straßenbild vollständig beeinflusst durch das sich hier sammelnde proletarische Heerwesen weiblichen Geschlechts. Viele Neugierige und auch interessierte Männer bildeten Spolier. Gegen 2 Uhr sperrte die Polizei ab, ließ dann aber noch mehrere hundert Nachzügler in das Lokal, nachdem noch Platz geschafft worden war durch Entfernung aller Tische in dem Riesensaal, einem der größten Berlins. Männer fehlten in der Versammlung, abgesehen von ganz vereinzelt. Mehr als 2500 Frauen füllten Saal und Galerien.

Genossin Luise Riech referierte. Einleitend legte sie dar, daß der bürgerliche Frauenkongreß der vergangenen Woche der Anlaß gewesen sei, die proletarischen Frauen Groß-Berlins zusammenzubringen zu sieben Versammlungen, um das Thema: „Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus“ zu erörtern. Die proletarischen Frauen seien nicht zu dem Kongreß eingeladen gewesen. Rednerin könne aber auch erklären, daß sie nicht zu dem Kongreß gekommen wären, wenn man sie eingeladen hätte. Man habe auf einem bürgerlichen Frauenkongreß nichts zu suchen. Zwar hätten die bürgerlichen Frauen eine Reihe Reformforderungen im weiblichen Interesse aufgestellt. Diese seien aber geschnitten einmal auf die bürgerliche Frauenwelt, und zweitens endeten sie da, wo die Grenze des Kapitalismus sei. Sie wollten nicht darüber hinausgehen, weil sie die heutige Wirtschaftsordnung erhalten wollten. Aber auch sonst wäre unsere Beteiligung unmöglich gewesen. Denn unsere Auffassung, daß eine soziale Revolution die Vorbedingung für die Befreiung der Frau sei, könne auf einem bürgerlichen Frauenkongreß nicht geltend gemacht werden, und wir hätten auch gar keine Aussicht, dort Proseliten zu werden. Zudem habe der bürgerliche Kongreß unter dem Protektorat der Kaiserin gestanden. Die proletarischen Frauen gehörten dort zusammen, wo die Sturmfluten gebildet würden, die gegen den Kapitalismus, seine Existenz und seine üblen Begleiterscheinungen zu Felde zögen. (Lebhafte Zustimmung.) Rednerin gliederte dann verschiedene Eigenschaften des Frauenkongresses, um zu zeigen, daß geradezu der Klassenstolz der selbstbewußten, freigerichteten Proletarierinnen es ihnen verboten habe, daran teilzunehmen.

Nun zum eigentlichen Thema. Vor dem Kapitalismus habe die Geschlechtsknechtschaft der Frau und ihre wirtschaftliche Abhängigkeit in der Familie eingeseht, als eine Folge des Privateigentums und der Eibe. Etwas gemildert worden sei die Abhängigkeit, solange die Frau gleichsam der Universalhandwerker der Familie gewesen sei, solange sie eine produktivtätige innerhalb der Familie war. Diese wichtigen Aufgaben innerhalb der Familie wurden der Frau mehr und mehr genommen durch die technische Entwicklung, die über das Handwerk zur Manufaktur führte, und ihr letzter Rest verschwand, als die wirtschaftliche Entwicklung dem Kapitalismus zum Siege verhalf. Rednerin schilderte dann, wie durch den Sieg des Kapitalismus und seine Begleiterscheinungen die Frauen gewisser bürgerlicher Schichten gezwungen worden sind, selbst einen Erwerb zu suchen, und zwar infolge ihrer gesellschaftlichen Stellung in den liberalen Verfassungen; wie sie so dieselben Bildungsmöglichkeiten erstritten müßten, die die Männer ihrer Klasse hatten, und wie sie ihrerseits ankämpfen müßten gegen Tradition und Vorurteil, die sich ihnen entgegenstellten. Natürlich seien sie so auch zur Erwerbung politischer Rechte gekommen, um Einfluß auf die Gänge der Gesetzgebung zu erhalten. Welche Folgen habe nun die Entwicklung zum Kapitalismus für die Frauen der Arbeiterklasse? Ihre Frauen und Töchter seien aus der Enge der Hausarbeit herausgezogen und in die Industrie getrieben worden. Dadurch, daß sie mit erwachsen, seien sie wirtschaftlich unabhängiger geworden und auch ihre Geschlechtsknechtschaft habe sich faktisch aufgelöst. Seien die proletarischen Frauen aber deswegen frei geworden? Nein, der Kapitalismus habe sie in seine Abhängigkeit gedrückt. Die Arbeitslosigkeit brauchten die proletarischen Frauen nicht erst erkämpfen wie die erwähnten bürgerlichen Frauen. Im Gegenteil: verschiedene Arten der Arbeitslosigkeit müßten sie bekämpfen, die nämlich, welche die Frau vernichteten und schon das Kind im Mutterleibe töteten. Rednerin geht näher

darauf ein und schildert, zum Teil in tief ergreifender Weise die Grausamkeiten, die die kapitalistische Produktionsweise zur Folge hat, namentlich in bezug auf das proletarische Weib und Kind. Die Entwicklung zur vollstimmigen Persönlichkeit, von der auf dem bürgerlichen Frauenkongreß soviel geredet worden sei, werde durch die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft bei der Proletarierin gehemmt. Die bürgerlichen Frauen wollten aber auch gar nicht ihre Zukunftsideale einstellen auf die Erwerbstätigkeit der Frauen, sondern, wie ausgesprochen sei, auf die Hausfrau. Was die Kultur-entwicklung die vieler erwerbstätigen Frauen des Proletariats angehe, davon habe man nichts gehört.

Rednerin könne aber den bürgerlichen Frauen von hier aus zurufen: Der Tag ist nicht mehr so fern, an dem ihr einsehen müßte, daß die Zukunftsideale nicht eingestellt werden nach den Verhältnissen, unter denen die Schichten der Herrschenden leben, sondern nach den Verhältnissen und den Lebensbedingungen, unter denen die große Masse der arbeitenden Frauen schwer leiden.

Der Kapitalismus habe mit seiner Entwicklung zugleich die Empörung wachgerufen gegen Ausbeutung und Unterdrückung. In den Gewerkschaften fanden sich die Proletarier und auch die Proletarierinnen zusammen und in der politischen Partei, der Sozialdemokratie. Beide Bewegungen wirkten, jede in ihrer Art, darauf hin, vor allem großer Ausbeutung zu schützen und Sonnenstrahlen ins dunkle Leben des Proletariats zu werfen. Aber darüber hinaus gelte es, eine bessere Zukunft vorzubereiten, gelte es dem Sozialismus. Alle Abstammungen, die der heutigen Gesellschaft abgerungen würden, sollten zugleich dazu dienen, den Weg zum Sozialismus zu ebnen, der an sich ja ohne weiteres vorgeschrieben sei durch die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung, die zum Sozialismus führen müsse. Und als ein Kampfmittel in diesem Sinne gelte auch die von der Sozialdemokratischen Partei allein mit Energie vertretene Forderung des besten Wahlrechts nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen. Zum Schluß ihres häufig von lebhaftem Beifall unterbrochenen Referats wies Genossin Riech darauf hin, daß der Sozialismus die Lösung der verschiedensten Probleme bringe und auch die Abhängigkeit der Frau von dem Manne und Familie vollends beseitigen werde, sowie die Möglichkeit der vollen Entwicklung der Persönlichkeit. Und darum begrüßen die proletarischen Frauen den Sozialismus als Menschheitsbefreier. Sie begrüßen ihn aber nicht nur, sondern wollen für ihn kämpfen mit Einbeziehung ihrer ganzen Persönlichkeit. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Eine anwesende bürgerliche Frauenrechtlerin wurden aufgefordert, sich zum Wort zu melden unter Zustimmung voller Redefreiheit. Es meldete sich aber niemand. Darauf wurde von einer Diskussion abgesehen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Langsam leerte sich nach Schluß der Versammlung der Saal und die imposante Frauenmenge verteilte sich nach verschiedenen Richtungen.

Seltzam nahmen sich da draußen im alten Westen die Scharen von Frauen und Mädchen aus, die in der ersten Mittagsstunde der „Victoria-Brauerei“, Bülowstraße 111/12, zustrebten. Während der ganze Sonntagstrubel beim schönsten Frühlingsnonnenschein die Straßen überflutete, füllte sich der weite Raum in dem genannten Etablissement rasch mit den Vertreterinnen des weiblichen Proletariats. Mit getragenerm Ernst und doch so zuversichtlich, so freudig durchglüht von sozialistischem Empfinden kamen sie heran, um als lebendiger, tausendfacher Massenprotest gegen das Zerbröckeln der bürgerlichen Frauenbewegung zu wirken. Nur wenige, die da erschienen waren, mochten den höheren Regionen angehören, in der überwältigenden Mehrheit waren es weibliche Soldaten des großen und gewaltigen Arbeiterheeres.

Als Genossin Schulte die Versammlung eröffnete, lag auf den Gesichtern Spannung und Erwartung, zeugten Wille und Mienen von der Größe und Tragweite des Kampfes der Frauen um Gleichberechtigung und Anerkennung in jeder Hinsicht.

Die Referentin, Genossin Wulff, übernahm es denn auch, in einer etwa 1 1/2 stündigen, gut geliederten und übersichtlichen Darstellung ein Bild von den historischen und wirtschaftlichen Ursachen und Bedingungen der Frauenemanzipation zu zeichnen. Sehr treffend zeigte sie den scharfen Strich, der die bürgerliche Frauenbewegung von der proletarischen trennt und trennen muß, und legte rücksichtslos die Vermorrenheit und Inkonsequenz der bürgerlichen, auch der fortschrittlichen Frauen bloß, die einen Scheitlergang aufzuführen, um nirgendwo anzustößen, besonders oben nicht, die einen Kampf im Wahlkampf unterstützten gegen die Sozialdemokratie, obgleich diese die einzige Vertreterin der Frauenrechte sei. Die Tatsache, daß die bürgerlichen Frauen ihre Ausstellung unter das Protektorat der Kaiserin gestellt haben, bot der Referentin die beste Gelegenheit, das Wesen dieser einseitigen, unvollständigen Veranstaltung gebührend zu kennzeichnen. Der demonstrative Beifall, den die Genossin Wulff bei ihren Ausführungen erntete, bewies am deutlichsten, daß sie die immerste Ueberzeugung so ziemlich aller Anwesenden zum Ausdruck gebracht hatte.

In der Diskussion sprach als erste Rednerin Frau Sack, die sich als langjährige und überzeugte Sozialistin bezeichnete. Auch sie ging mit prächtigem Temperament und scharfer Logik mit der bürgerlichen Frauenbewegung ins Gericht und ergänzte das Referat mit gutgeordneten Bildern und Beispielen, und wies unter anderem auch auf die Konflikte hin, die mit der Ausbreitung der bürgerlichen Frauenbewegung zwischen dieser und der sozialistischen unausbleiblich sein werden. Auch sie hatte das Ohr der Versammlung und erhielt reichen, spontanen Beifall.

Es sprachen dann noch zwei Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenwelt, die ihren Standpunkt vertraten. Nachdem die Resolution einstimmig angenommen war, schloß Genossin Schulte die Versammlung mit einem dreifachen Hoch, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Und wiederum veränderte sich das Straßenbild in ungewohnter Weise, als die Scharen von Frauen das Lokal verließen, um nach allen Richtungen hin sich zu zerstreuen. Ab und zu machte ein Spießer seinem bedrängten Herzen in einem eben, saftlosen Kalauer Lust, fand aber keinen Resonanzboden. Die Zeit ist, in Deutschland wenigstens, endgültig vorbei, wo man große, kulturelle und weltgeschichtliche Ereignisse mit faulen Wihnen abtun kann.

Im „Schwarzen Adler“ zu

Lichtenberg

an der Frankfurter Chaussee stellten sich schon um 1 1/2 Uhr die ersten Versammlungsbesucherinnen ein. Nach und nach füllte sich der Saal. Um 2 1/2 Uhr nahm die Genossin Tietz das Wort. In 1 1/2 stündigem Vortrage schilderte sie ihren aufmerksamen Zuhörerinnen die Entwicklung der Frauenbewegung. Während die bürgerliche Frauenbewegung ihrer Angefährlichkeit wegen sich in Ruhe zu entwickeln Gelegenheit hatte, wurde die proletarische Frauenbewegung mit juristischen Spitzfindigkeiten und polizeilicher Willkür zu hemmen gesucht. Auch der Frauenkongreß und die damit verbundene Ausstellung von Erzeugnissen der Frauennarbeit haben sich hoher Gunst erfreut. Hat doch die Kaiserin, die sonst der ganzen Frauenbewegung kühl bis ans Herz hinan gegenübersteht, das Protektorat übernommen. Noch nie habe man gehört, daß die hohe Frau in irgendeiner Weise ihre Stellungnahme gegenüber der Frauenbewegung befunden hätte. Dagegen hat ihr kaiserlicher Gemahl sich sehr abfällig über sie geäußert. Ueber alle möglichen, die Frauen-

Welt angehenden Fragen ist auf dem eben beendeten Kongress besprochen worden. Doch eine der wichtigsten Fragen, die Arbeiterinnenfrage, stand überhaupt nicht auf der Tagesordnung des Kongresses. Man hat es ängstlich vermieden, selbst die linksstehende Frauenwelt, sich mit den Wunden, die der Kapitalismus der Frau und ihren Schülern, den Kindern schlägt, zu befassen, um nichts an der Hoffbarkeit einzubüßen. Anders die proletarische Frauenbewegung. Sie hat begriffen, daß die Wunden, die hier dem Arbeiterstande geschlagen werden, nicht mit Wohlthätigkeit zu heilen sind, sondern daß die Wurzel des Übels gesucht und ausgegraben werden muß. Eine tiefe Kluft trennt die proletarische Frauenbewegung von der bürgerlichen. Während die letztere, obwohl in unzählige Gruppen gespalten, sich darin einig ist, daß der Kampf der Frau auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung geführt wird, hält die proletarische Frauenbewegung die Befreiung der Frau nur durch den Sozialismus für möglich. Nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung wird die Frau frei sein und ihr durch keine nach Klassen, Ständen und Geschlecht bestimmte Ordnung ihr Staatsbürgerrecht vorenthalten werden. Mit gutem Erfolg sprach die Rednerin die Oberflächlichkeit, mit der die Besucherinnen und Veranstalterinnen der Ausstellung sich über die häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Frau unterhalten und informieren lassen. Die politische Klasse bei den bürgerlichen Frauen ist eben nicht weit her; das haben die Ausstellung und der Kongress klar dargelegt. Unzählige Gelegenheiten hat die bürgerliche Frauenbewegung ungenützt vorübergehen lassen und veräußert, für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau einzutreten. Die proletarischen Frauen aber sammeln sich in den freien Gewerkschaften, um den Kampf gegen das Kapital zu führen und organisieren sich in der sozialdemokratischen Partei, um sich die ihnen zustehende Stellung im öffentlichen Leben zu erringen. Mit kurzen, prägnanten Worten begründete allabendlich die Rednerin die von der Parteileitung und der Gewerkschaftskommission empfohlene Resolution. Die Versammelten, die bis zum Schluß mit größter Aufmerksamkeit ihre Ausführungen verfolgten, quittierten dieselben mit reichlichem Beifall. Anhängerrinnen der bürgerlichen Frauenbewegung meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort. Auch die Genossinnen verzichteten auf eine Diskussion. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Langsam leerte sich wieder der Saal. Draußen im Garten und vor dem Lokal fanden sich die Teilnehmerinnen mit ihren Familienangehörigen, dem Gatten und den Kindern, die geduldig den Schluß der Versammlung abgewartet hatten, wieder zusammen, um sich gemeinsam den letzten Stunden des einzig freien Tages der ganzen Woche hinzugeben.

Zu der nach dem Doppeltage in Reutlingen

einberufenen Versammlung hatten sich ungefähr 1200 Proletarierinnen, Frauen, für die der Sonntag sonst ein Tag verdoppelter häuslicher Tätigkeit ist, eingefunden. Die meisten von ihnen waren vereinzelt zur Versammlung geeilt, hier und da aber hatten sie sich auch in den Begleitkolonnen zusammengefunden, um den Weg gemeinsam zurückzulegen. Der Saal nebst der an zwei Seiten entlanglaufenden Galerie war bald überfüllt, obgleich das harte Geschlecht nur in wenigen Exemplaren vertreten und Tische nicht aufgestellt waren. Das Referat hatte die Genossin Paula Thiede übernommen. Auf dem bürgerlichen Frauenkongress — führte die Rednerin einleitend aus — sei bezüglich der Frauenfrage manch zutreffendes Wort gesprochen worden, man könne anerkennen, daß ernstlicher Wille und ernstliches Streben zutage trat, der Frau in Staat und Gesellschaft die ihr gebührende Gleichberechtigung zu verschaffen. Andererseits jedoch ließen die Besprechungen, wie sie auf dem Kongress vertreten wurden, an Entschiedenheit und Konsequenz alles zu wünschen übrig. Der Forderung auf berufliche Ausbildung der Frauen, durch eine mehrjährige Lehrzeit, aus der die qualifizierte Gehilfin und eventuell spätere Meisterin hervorgehen soll, könne man nicht zustimmen, da diese Lehrzeit von den Unternehmern nur dazu benutzt werden würde, die Arbeiterinnen im Verlauf der Lehrzeit gegen niedrige Entlohnung besonders auszubuten.

Einer Reihe anderer Fragen, die auf dem Kongress behandelt wurden, könne man in der Theorie zustimmen, sobald es sich aber um die praktische Durchführung handelt, zeige sich die uns von der bürgerlichen Frauenbewegung trennende Kluft. Von den sozialen und wirtschaftlichen Mischlingen, von der kapitalistischen Ausbeutung der Frau hörte man auf dem bürgerlichen Frauenkongress nichts, das ist nicht für die guten Kerzen der dort zusammengekommenen Damen, und dann waren es ja doch dieselben Frauen der Männer jener Klasse, welche den Arbeiterinnen den auskömmlichen Lohn vorenthält und über die Kosten der sozialen Fürsorge klagt. Nirgends habe dieser Kongress die letzten Konsequenzen gezogen, und als Minna Bauer ausgeführt habe, das Stimmrecht werde den Frauen nur durch die Arbeiter und Arbeiterinnen errungen werden, habe man gegährt, nur von den Galerien, wo eben Angehörige des Arbeiterstandes zuhörten, sei der Beifall gekommen; die Damen, welche mit einer Dauerkarte im Saale waren, glauben eben nicht, daß die Erweiterung der Frauenrechte nur durch die Arbeiter kommen werde. Ein Teil der Kongressbesucherinnen wohnte den Verhandlungen mit christlichem Willen bei, für den anderen Teil handelte es sich lediglich darum, einmal eine Abwechslung zu haben. Hinter dem Kongress steht nichts, was seinen Beschlüssen Wirksamkeit verschaffen könnte. Ein vornehmer Auditorium, das wieder auseinandergeht, das den Oben keine Gestalt geben kann. Hinter unseren Kongressen und Beschlüssen hingegen stehen nicht nur hohe Zuhörer, sondern Mitkämpfer, die sich verpflichtet fühlen, im Sinne der Beschlüsse zu wirken und zu kämpfen. (Beifall.) Soll der Menschheit geholfen werden, dann ist eines der Mittel dazu eine vernünftige durchgreifende Sozialpolitik. Im Kampfe für die bedrängte Arbeiterklasse ist die Sozialdemokratie zur größten politischen Partei geworden, und wie schließlich jede gute Sache Recht und Sieg auf ihrer Seite hat, wird einstens auch die Sozialdemokratie siegen. Für die gesamte Welt gibt es keinen anderen Weg zur Befreiung wie die Sozialdemokratie. Ihr müßt immer mehr Mitkämpferinnen zugeführt werden. Was wir Proletarierinnen fordern, sind nicht Wohlthaten, sondern Rechte, Rechte, weil wir auch Pflichten haben. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Im Sinne der Referentin spricht nur noch die Leiterin der Versammlung, Genossin Adhl., nachdem der Aufforderung, zur Diskussion das Wort zu nehmen, von keiner Seite entsprochen worden war. Genossin Adhl. schloß ihre trefflichen, mit Begeisterung vorgetragenen Ausführungen mit der Aufforderung, dem Wahlberein beizutreten. Die bürgerlichen Mütter, welche den Frauenkongress so wunderschön beschriebenen haben, an anderer Stelle aber die Arbeiterbewegung aufs ärgste beschimpfen und in einem verborgenen Eckchen die Glendbilder der Großstadt bringen, müssen aus der Arbeiterbehausung verbannt werden und dafür die Arbeiterpresse ihren Einzug halten. (Beifall.)

Die Annahme der Resolution erfolgte einstimmig, den Schluß der Versammlung bildete ein Hoch auf die Sozialdemokratie. Auf eine Viertelstunde war hierauf der breite Bürgersteig der Hermannstraße dicht bevölkert von den aus ihrer impotenten Versammlung heimkehrenden proletarischen Frauen und Mädchen.

In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die versammelten Frauen und Mädchen erklären, daß sie allein in der sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften ihre politische und wirtschaftliche Interessenvertretung und Kampforganisation sehen. Als kapitalistisch ausgebeutete haben sie mit den Männern ihrer Klasse das gleiche Interesse an der Befreiung und Wiedererlangung des Kapitalismus. Erst die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Sozialisierung der Gesellschaft wird die wirtschaftliche und geistige Befreiung der Frau bringen. Sie wird erst die Vorbedingung schaffen für die freie Entfaltung der

Persönlichkeit der Frau, für das volle Menschentum des Weibes. Eine tiefe, unüberbrückbare Kluft trennt deshalb die proletarische und bürgerliche Frauenbewegung voneinander. Denn in hartem Ringen mit den Frauen und Männern der besitzenden Klasse vollzieht die Arbeiterklasse ihren Aufstieg, wird sie ihre endliche Befreiung durchsetzen.

Die Versammelten beschließen, daß sie unablässig und mit Energie für die Ausbreitung sozialistischer Ideen, für den Ausbau unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisation tätig sein wollen.“

Aus der Partei.

Aus der belgischen Partei.

Man meldet uns aus Brüssel: Wie wie früherzeit meldeten, sind die Ausführungen De Mans in der „Reuen Zeit“ über die genossenschaftliche Bewegung in Belgien, insbesondere über das dem Genosse „Vooruit“ angegliederte Bureau für die Anschaffung von Vieh“ von einem liberalen Deputierten in entstellender und verkehrter Weise zu Angriffen gegen das genannte genossenschaftliche Institut ausgenutzt worden. In der Folge hat dann Ansele bei der Abwehr der liberalen Angriffe in der Kammer den Genossen De Man in persönlicher, dessen Parteilehre klandestiner Weise attackiert. Wir haben in unserer ersten Mitteilung bereits darauf verwiesen, daß der Artikel De Mans sein Wort von dem Vorwurf des Bäckers entlehnt, den der liberale Deputierte in etwas alzu freier Uebersetzung der betreffenden Stellen herausdestillierte. Der Generalrat der Arbeiterpartei, der sich in mehreren Sitzungen mit der Affäre beschäftigte, entschied sich schließlich für die Annahme einer von den Genossen Vertrand, De Brouckere und Banters eingebrachten Tagesordnung, die in der Hauptsache feststellt, daß nach den Erklärungen De Mans dieser in keiner Weise dem „Vooruit“ den Vorwurf des Bäckers habe machen wollen, möge gleichwohl zu seinem Gehauern seine Bezeichnung „Jns“ Anlaß für die tendenziöse Uebersetzung geboten haben. Andererseits nimmt die Tagesordnung zur Kenntnis, daß Ansele angefaßt der Erklärungen De Mans seine in der Kammer gemachten verlegenden Behauptungen zurückzieht. Schließlich empfiehlt der Generalrat, in allen Vorkommen innerhalb der Partei alles Persönliche zu vermeiden und die Kritik nur auf Grund eines genau kontrollierten Tatsachenmaterials zu führen und beantragt es, daß sich De Man bei seiner Beurteilung des Gesamtwerkes der Genossenschaftlichen an einzelne Vorfälle gehalten oder Tatsachen ungenau interpretiert habe.

Der Generalrat spricht dem „Vooruit“ Werke seine Anerkennung aus und konstatiert, daß das erwähnte Bureau für die Anschaffung von Vieh“ ausschließlich der Propaganda, den gemeinnützigen Zwecken und der Befreiung der landwirtschaftlichen Arbeiter diene. Die 10 Proz. werden für die Kosten, Versicherung, Kontrolle usw. verwendet. — Der Generalrat ordnet die Veröffentlichung dieser Erklärungen in den Parteiblättern sowie ihre Zusendung an die „Neue Zeit“ an.

Totenliste der Partei.

Im Krankenhaus in München verstarb der Kolporteur Genosse Heinrich Verges im Alter von 66 Jahren an den Folgen einer Lungenerkrankung. Mit Verges wurde ein Kämpfer der alten Garde aus unseren Reihen gerissen. Geboren im Jahre 1847 in Münster i. W., ging er nach absolvierter Lehrzeit auf die Wanderschaft und schloß sich schon in jungen Jahren der Sozialdemokratie an. Unter dem Sozialistengesetz aus verschiedenen Städten des „Vaterlandes“ ausgewiesen, fand er eine Heimstätte in Järsch. Hier finden wir ihn im Dienste der „roten Post“. Wie viele Paete des „Sozialdemokratentum“ und sonstiger verbotener Schriften damals wohl über die Grenze gebracht haben mag? Wir wissen es nicht, aber das eine ist uns bekannt, daß Verges bei Rast und Rebel, bei Schnee und Eis, mit seinem Rucksack behaftet, in Gefolgschaft leitender Männer seine Mission jenseits der Schweizer Grenze gewissenhaft erfüllte und das damals verbotene Zentralorgan auf deutschem Boden in sichere Hände legte. Nachdem das Sozialistengesetz gefallen war, wandte sich Verges, der Junggeselle war, nach München, wo er sich bis zu seinem Lebende der Kolportage der sozialdemokratischen Literatur widmete. Die Leiche Verges, der des Lebens Rot bis zur Weige kosten mußte, wurde vom Krankenhaus — die Parteileitung bekam leider von seinem Ableben nicht rechtzeitig Kenntnis — dem Pathologischen Institut überwiesen. Ehre seinem Andenken!

Gegen Enrico Ferri.

Rom, 2. März. (Fig. Ver.) Der Parteivorstand hat in seiner letzten Sitzung eine Resolution angenommen, die den Wunsch ausspricht, daß die römische Parteisektion bald über die politische Haltung Ferri befinden möge, „der sich seit langer Zeit in anstößiger Weise von der Richtlinie der sozialistischen Aktion entfernt hat“. Auch die Parteisektion von Triest in Ferri Wahlkreis in Gonzaga hat beschlossen, bei der bevorstehenden Tagung des Wahlkreises dafür einzutreten, Enrico Ferri sein parlamentarisches Mandat abzugeben. Wenn die Mehrheit der Parteisektionen von Gonzaga in diesem Sinne entscheidet, wäre schon ein großer Schritt für die politische Reinlichkeit der italienischen Partei getan.

Landbevölkerung und Rückgang der Geburtenzahl.

Von Dr. Otto Ehinger.

Im Deutschen Landwirtschaftsrat wurde (am 15. Februar) der Rückgang der Geburtenzahl in Deutschland eingehend behandelt und als allein Schuldige die sittenverderbende Großstadt festgestellt, woraus sich dann unwiderleglich ergab, daß die Landbevölkerung, das einzig zuverlässige Staatsfundament, auf besondere staatliche Fürsorge Anspruch habe. Der gefährliche Verfall mit den großen Städten soll nun möglichst unterbunden werden; insbesondere werden Garnisonen für die kleinen Städte gefordert im Interesse der Unschuld der Bauernkinder.

Der Geburtenrückgang ist wohl der folgenschwerste Prozeß der Gegenwart. Es ist Tatsache geworden, daß immer weitere Volkskreise, anstatt wie bisher, unbedünmert um die Folgen, einfach ihren körperlichen Bedürfnissen zu gehorchen, sich zu fragen begannen, ob sie Kinder wollen oder nicht, und daß die Antwort meistens „Nein“ lautet.

In der Resolution des Landwirtschaftsrates nun wird bestritten, daß der wachsende Wohlstand die regelmäßige Parallelererscheinung des Geburtenrückgangs und dessen wahrscheinliche Ursache sei. Also auch eine wohlhabende Landbevölkerung würde demgemäß ohne Anstoß durch die Städte auf verwertliche Wege nicht geraten.

Diese Behauptungen müssen den, der die Geschichte der Bevölkerungsbewegungen kennt, um so mehr befremden, als gerade in den letzten Jahren eingehende Forschungen auf diesem Gebiete bewiesen, daß der wachsende Wohlstand, trotz Religion oder Konfession, und unabhängig von der Rationalität, von einer (künstlichen) Geburtenverminderung gefolgt wird (nicht von einer natürlichen; denn die Fruchtbarkeit besser Ernährter ist an sich größer als die Unterehrter). — Die Ursachen dieser Erscheinung sind durchsichtig genug. Wo Sparttrieb und Wohlstand wachsen, schauen die Menschen vor; sie wollen dem Kind durch ein ansehnliches Erbe den schlimmsten Daseinskampf ersparen; denn das Schicksal des Proletariats ist nun einmal nicht verlosend, solange der Preis der Menschenware, der Arbeit — besonders auf dem Land —, so häufig ist (und tüchtigen Kindern Armer vom Staat so wenig aufwärts geholfen wird).

Wo aber einmal der ertüchtliche Wunsch sich regt, da finden sich die Mittel ganz von selbst, sogar bei den unwissendsten Naturbalkern. Die wilden Bayern, welche schon um 750 Weibchen gegen die unter ihren Volksgenossen häufigen Verbrechen gegen das keimende Leben erließen, dürften ebensowenig von Großvätern verborben worden sein, wie die zahlreichen farbigen Völker, welche sich aus ägyptischen Gründen nicht vermehren, sondern sich beharrlich weigern, unseren Plantagenbesitzern reichlichere billige Arbeitskräfte zu erzeugen. Sollten unsere Bauern weniger erfindereich sein? Die Statistik behauptet das Gegenteil!*)

Ein mittelalterliches Sprichwort sagt: Der Bauer hat nur ein Kind. Hatte er mehr, so erbt er die übrigen und verdammt sie zur Heillosigkeit, da er nur die Wahl hatte, einem ausreichenden Boden oder allen zu wenig zu geben; wo freie Teilbarkeit üblich war, führte sie zur Verarmung — wie im heutigen Serbien. So weisen schon die wirtschaftlichen Verhältnisse die kleinen Grundbesitzer auf Geburtenbeschränkung hin wie keinen anderen Stand, und niemand pflegt sie so gähe durchzuführen, wie gerade die Bauern. Die Gelden des Bundes der Landwirte predigen denn auch — nicht das Zweikindsystem —, aber doch die testamentarische Zurückführung der übrigen Kinder hinter den Gutserben, „im Interesse der Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes“. Der Durchschnittsbauer ist nicht heroisch genug, um in dieser Weise gegen seine Kindesliebe zu Felde zu ziehen; er löst das Problem anders, sobald er überhaupt darüber nachdenkt.

In Frankreich und England ist die Entwicklung in dieser Beziehung weiter fortgeschritten als bei uns: die Landbevölkerung ist viel reicher und vermehrt sich kaum noch. Selbst die fromme, weltferne Bretagne, deren Elend und Fruchtbarkeit in den vierziger Jahren sprichwörtlich war, ist wohlhabend und kinderarm geworden. Und all dies vollzog sich ohne modernen Verkehr und ohne Großstadt. Schon deshalb, weil noch heute in England und Frankreich Elend und Fruchtbarkeit des städtischen Proletariats größer sind als die des ländlichen. Die materiellen Gründe für die Beschränkung der Geburtenzahl sind außerdem geringer bei Gewerbetreibenden als bei Landwirten, weil das Schicksal der Kinder nicht so durchaus vom Erbe abhängt. Die zwei französischen Industrieabteilungen des Nordens sind denn auch die einzigen, welche noch jährlich einen sehr beträchtlichen Geburtenüberschuß aufweisen!

Wenn wirklich nicht das mit dem wachsenden Wohlstand sich verstärkende Streben nach sozialem Emporkommen, sondern das Gift der Großstadt die vielleicht beklagenswerten Früchte zeitigte, warum hätten die armen Bauern derselben Gegend im allgemeinen mehr Kinder als die reichen? Warum die ärmeren Arbeiterklassen derselben Stadt mehr als die wohlhabenderen? Warum ferner die sozial tiefer stehenden reichsdeutschen Polen mehr als ihre deutschen Mitbürger in derselben Provinz? Und die unglücklichen russischen Juden mehr als selbst die fruchtbarsten Slawen, in scharfem Gegensatz zu ihren deutschen Glaubensgenossen? Warum blieben die katholischen Bezirke — und dies gehört zum merkwürdigsten — trotz der Weichte nur insoweit kinderreicher als die protestantischen, als sie auch ärmer sind (was allerdings meist der Fall ist)? Sollte man nicht doch meinen, daß der egoistische Wille des Durchschnittsmenschen die Schuld trage, welcher erwacht, sobald sich die Massen aus dem abstumpften materiellen Elend zu erheben vermögen?

Tatsächlich geht die Geburtenzahl auf dem Lande im Deutschen Reich in gleichmäßiger Beschleunigung zurück, und zwar allgemein; schon 1901 war sie 3 Proz. unter ihren höchsten Stand gesunken. Auch das Bauerntum schloß also nicht vor einer Abnahme der Volkszahl; es ist nicht der leiseste Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß die sittlichen Hemmungen in den Seelen der Dorfbewohner stärker seien als in denen der Städter, oder daß jene dauernd um Mittel verlegen sein sollten, welche ihre ausländischen Standesgenossen längst entbedeten.

Ueber die außerpolitischen Gefahren der Geburtenabnahme kann die Tatsache hinweggetrieben, daß sie allen aufstrebenden Staaten gemeinsam ist**).

Aus Industrie und Handel.

Fleischpreise.

Die Agrarier suchen das „Gerede von der Teuerung“, wie sie den Kostprei des Volkes nach Brot und Fleisch zu nennen belieben, neben den anderen bekannten demagogischen Märgen durch den Dinnel auf das Sinken der Schweinepreise seit dem letzten Herbst zum Stillstehen zu bringen. Immer wieder ist aber von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß dieses Sinken noch in diesem Jahre durch eine weit über die frühere Höhe hinausgehende Steigerung der Preise abgelöst werden wird. Durch Futtermangel, infolge der Dürre und der Einfuhrzölle auf Futtermittel sind die Landwirte gezwungen worden, ihr Vieh zu schlachten oder zum Schlachten zu verkaufen. Die teuren Viehsorten suchte man am längsten zu halten. Für sie verwandte man das Futter und kaufte, soweit das eigene nicht reichte, noch anderes hinzu. Die Preise dieser Vieharten (Kinder, Schafe) sind daher ganz erheblich gestiegen. Schweine, die am billigsten gehandelt werden, wurden dagegen am ehesten gelächelt. Da außerdem das Proletariat, so weit und so wenig es sich überhaupt fleischlich kann, fast ausschließlich das weniger nahrhafte aber auch billigere Schweinefleisch konsumiert und da dem entsprechend die Schweinezucht am härtesten ausgebildet ist, drückte ein vermehrtes Angebot den Preis herunter. Die Viehbestände sind daher gelichtet. Dennoch haben die Preise noch längst nicht den niedrigen Stand früherer Jahre erreicht. Es stellte sich der Jahresdurchschnittspreis für Ware zweiter Qualität am Berliner Markt per 1000 Kilogramm Schlachtgewicht:

	Schweine	Schafe	Kinder	Kälber
von 1886—1890	98,7	101,4	104,4	98,8
• 1891—1895	102,6	101,0	118,7	107,4
• 1896—1900	99,8	107,2	114,7	119,4
• 1901—1905	111,8	120,6	127,8	135,4
• 1906—1910	125,1	147,0	141,9	164,5
• 1911	114,2	151,0	153,7	180,8

Gegenüber den Preisen von 1900 bis 1905 sind die für Schweine noch immer um 3 M. höher. Die Steigerung der Schafpreise dagegen betrug in dem gleichen Zeitraum 24,4 M., der Kinderpreise 26,4 M. und der Kälberpreise gar 45,4 M. Verglichen mit dem Zeitraum 1896 bis 1910 zeigten die Schweinepreise im Jahre 1911 eine Ermäßigung um 10,9 M. Dagegen stiegen die Preise für Schafe um 8,4 M., für Kinder um 11,8 M. und für Kälber um 10,8 M. Die Preise haben damit eine Höhe erreicht, die es dem Proletariat vollkommen unmöglich macht, auch nur zuweilen gutes Fleisch auf seinen Tischen zu sehen.

Auch der Preisrückgang für Schweinepreise von 1910 auf 1911 ist kein außergewöhnlicher. Das zeigt folgende Zusammenstellung: Es wurden gezahlt per 100 Kilogramm Schlachtgewicht:

	Schweine	Schafe	Kinder	Kälber
1906	133,8	157,7	147,7	162,7
1907	110,8	149,8	148,0	168,4
1908	116,8	140,7	148,0	156,8
1909	139,8	141,5	131,8	156,7
1910	181,0	148,1	145,0	189,8
1911	114,2	151,0	153,7	180,8

*) Vgl. meine Forschungen über „Ursprung und Geschichte der Abtreibungsbestrafung“, München, 1910.

**) Umfangreiches Material über die Frage findet sich in meinem Werk über „Die sozialen Ausbeutungssysteme“, München, 1912.

Im Jahre 1907 standen die Schweinepreise niedriger als 1911. Von 1906 bis auf 1907 sankte sich der Preis für Schweine von 183,8 auf 110,8 M., also um 28,5 M., während die Spannung zwischen 1910 und 1911 nur 17,7 M. betrug. Das den Preisrückgang für Kühe anbelangt, so entspricht er eigentlich nicht der allgemeinen Lage. Denn an sämtlichen anderen Märkten außerhalb Berlins fand eine Erhöhung um 2-6 M. statt. Auch bei den Hammeln ist der Preisrückgang auf Berliner Markt am geringsten. Dagegen ist der Preisrückgang für Schweine von 17,7 M. am Berliner Markt am stärksten. Für Hamburg z. B. beträgt er 14 M., für Breslau nur 10 M. Die objektive Betrachtung der vollständigen Zahlen zeigt jedenfalls deutlich, was es mit der Minderung der Fleischpreise auf sich hat.

Soziales.

Schwarze Kinder für die rote Sozialdemokratie.

Der Universitätsprofessor und Geheimrat Regierungsrat Dr. Julius Wolf in Breslau schrieb ein Buch über die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft. Die fromme „Germania“ fand in dem Buch endlich die zwei entscheidenden Beweise für die Bedeutung des Zentrums als Urstoff des Deutschen. Der eine Beweis gipfelt darin, daß die Sozialdemokratie planmäßig gegen die Volksvermehrung ist, und so der deutsch-Bevölkerungszuwachs nur dem Zentrum zu verdanken sei; der andere für das Zentrum noch bedeutsamere bringt (endlich!) den „bündigen“ und „schlüssigen“ Beweis, daß die Sozialdemokratie „aus eigenem“ gar nicht wachsen kann! Die frommen Zentrumsechtleute sorgen in ihrem christlichen Eifer für reichlichen Nachwuchs, und diesen schwarzen Nachwuchs verschlingt die Sozialdemokratie und wird groß und stark daran!

Der unbefangene Leser wird geneigt sein, das für einen dummen Scherz zu halten, es ist der „Germania“ aber bitterer Ernst, das beweisen ihre dem Buche Wolfs entnommene Argumente. Lassen wir sie vorerst einmal selbst sprechen. Es heißt da: „Im folgenden soll ein Zusammenhang besonderer Art nachgewiesen werden, eine Beziehung zwischen der Geburtenfrequenz und der politischen Parteizugehörigkeit des Gros der Bevölkerung einer Gegend. Das ist natürlich... in dem Sinne zu verstehen... daß die Zugehörigkeit zu einer dieser Parteien (Zentrum oder Sozialdemokratie) eine Geistes- und Seelenverfassung mit sich bringt resp. voraussetzt, die, sei es der Verminderung der Geburtenziffer, sei es dem unbekümmerten „Sichgehenlassen“ auf diesem Gebiete, also der größeren Geburtenziffer günstiger ist.“

Wie weiß nun der große Breslauer Wolf noch, daß die sozialdemokratischen Ehemänner und Ehefrauen nichts mit der Versorgung der Partei, was den sozialdemokratischen Nachwuchs betrifft, zu tun haben wollen?

Sehr einfach! Er stellt den Prozentziffern der Lebendgeburtens aus dem Jahre 1908 für die einzelnen preussischen Landesteile die entsprechenden sozialdemokratischen und zentrumlichen Stimmenverhältnisse der Reichstagswahl von 1907 gegenüber. Wie gründlich der Universitätslehrer dabei vorgeht, zeigt sich schon darin, daß er nicht die Geburtenziffer von 1907 mit den Wahlstimmen desselben Jahres vergleicht, sondern die „Wahljahrkinder“ zur Prüfung der sozialdemokratischen Kinderdrückbergerei heranzieht.

Und nun zum Wolffschen Beweis selbst. Er schreibt — wie wir wieder der „Germania“ entnehmen —, es kamen

	1908	1907
Lebendgeburtens auf 1000 Einwohner		
Berlin	23,9	26,2
Westpreußen	28,5	7
Posen	29,7	9

Der Beweis ist für Herrn Wolf damit schon schlüssig, deswegen schreibt er:

Die Bevölkerungsvermehrung in Deutschland, zumal in Norddeutschland wird heute im wesentlichen dem katholischen Volksteil gedankt. Die Sozialdemokratie übt sich in Abstinenz.“

Selbstverständlich ist, daß die protestantisch-konservativen Gebiete Preußens durch den Zentrumspfeffer original behandelt werden. Die konservative Seite der Sache wird gelobt, die protestantische dagegen, als für die Bevölkerungsvermehrung nicht so wirksam wie die katholische, etwas abfällig beurteilt.

Witunter stimmen die aus den Ziffern abgeleiteten Vergleiche nicht ganz. Wie hilft sich dann der Herr Universitätsprofessor? Kahe n ist z. B. eine Zentrumsbürg. 1907 wurden dort 28,1 Proz. aller Stimmen für Zentrumsmänner abgegeben, trotzdem ist die Geburtenziffer nur 23,9 pro 1000 Einwohner. Für den unbefangenen Beobachter würde das der Beweis der Mangelhaftigkeit einer solchen Parteitheorie in der Kinderzeugungsfrage sein, für Wolf ist es eine Bestätigung! Er stellt einfach „fest“, daß die Nähe der belgisch-französischen Grenze und der dort herrschenden Sparsamkeit im Kinderzuchtweibbringen die Anomalie „zur Genüge erklärt“!

Nun zum Zahlenmaterial selbst. Einmal gibt der Professor nicht korrekt vergleichbare Größen, z. B. haben die Wahlstimmen als Träger nur Männer, die mindestens 25 Jahre alt sind, in Deutschland gibt es aber rund 234 000 Ehemänner unter 25 Jahren, deren Kinderzeugungsrate natürlich in der Zahl der Lebendgeburtens. Aber, was viel wichtiger ist, die Leistung einer Waise für den Nachwuchs ist gar nicht danach zu berechnen, wie viele Kinder geboren werden. Die Bedeutung der Nachwuchsleistung erscheint erst in dem Moment, wo festgestellt wird, wie viele der geborenen Kinder der Gesellschaft bis zur Erwerbsfähigkeit erhalten bleiben! Und da hapert es mit den frommen Zahlen ebenfalls. In dem sozialdemokratischen und kinderfeindlichen Berlin starben 1908 unter 100 Säuglingen 19,8. In Westpreußen dagegen — wo nach der Meinung der „Germania“ die konservativ-evangelische Weltanschauung doch schon auf die Kinderproduktion einwirkt — starben dagegen 21,2. Und in Schlesien, die Domäne der Schwarzen, kann mit einer Sterblichkeitsziffer von 20,2 „prunken“. Wenn wir aber die Sterblichkeitsziffer der unehelichen Säuglinge für sich allein prüfen, kommen noch ganz andere Resultate heraus. Unter 100 unehelich geborenen Säuglingen starben 1908 in Berlin 23,2, in Schlesien 30,9 und in Westpreußen sogar 20,6!

Professor Wolf sagt: „Es kann der Repräsentant einer arbeitstüchtigen, auf ökonomische bzw. epöische Motivationen gestützten, nach jeder Richtung emanzipierten Weltanschauung keiner großen Familie das Leben geben, während der Repräsentant einer religiösen, auf das kirchliche Sittengebot gestützten Kultur einer größeren Anzahl Kinder günstiger ist.“

Die Fortsetzung zu diesen Worten muß lauten: In industriell-fortschrittenen und nicht zuletzt in sozialdemokratischen Volks- und Völkergemeinden wird aber für die Kinder, die zur Welt kommen, gründlich gesorgt, der Nachwuchs planmäßig erhalten und die Sozialdemokratie ist die erste Vorkämpferin für jeden Säugling- und Kinderklub, während Zentrum und konservative planmäßig genug dagegen sind. Und zum anderen: In den frommen, zentrumstreu und protestantisch-frommen Ge-

biets, auch in denen, wo der konservative Patriotismus noch herrscht, werden — Professor Wolf sagt: aus kirchlichem Sittengebot! — eine Unmenge Kinder auf gut Glück in die Welt gesetzt, und keine fromme oder haarschaltende Partei kümmert sich um sie. Daher dort die furchtbare Säuglingsmördererei.

Der „Germania“ ist natürlich die andere Seite der Sache noch wichtiger, deswegen schreibt sie resp. zitiert sie von ihrem Professor Wolf den Satz:

„Von ihr (der Sozialdemokratie) geht eine Bevölkerungsvermehrung nicht mehr aus. Sie würde sich danach auch ähnlich wie die Städte ohne die Zuwanderung vom Lande und ohne die Ueberläufer von den anderen Parteien her keiner Vermehrung ihrer Zahl zu erfreuen haben.“

Aus „sich“ heraus bringt sie eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen nicht zuwege!

Es ist traurig; die Zentrumsechtleute sind so fromm und eifrig, und den ganzen mühsam geschaffenen Kinderlegen schnappen die bössartigen Sozialdemokraten, die sich mit der Kinderproduktion so wenig befassen wollen, dann den hoffnungsvoll wartenden Zentrumsführern weg. Ja, die Sozialdemokratie ist eben gott- und vaterlandlos, sonst würde sie solche Schlichkeiten nicht begehen. Es bleibt ein Glück, daß Professor Wolf aus Breslau das endlich „aufgedeckt“ hat.

Bestimmungen über die Seilfahrt auf den Gruben.

Durch mehrere in der letzten Zeit vorgekommenen Selbstbrüche hat der Minister sich veranlaßt gesehen, durch einen Erlass anzuordnen, daß die Prüfung der Förderseile und der Jangnorrichtungen fortan zweimal wöchentlich vorzunehmen ist. Außerdem hat eine tägliche Seilprüfung stattzufinden, bei der die Seilgeschwindigkeit nicht mehr als 1 Meter pro Sekunde betragen darf. Bei der zweimal wöchentlich vorzunehmenden Prüfung darf die Seilgeschwindigkeit nur ½ Meter in der Sekunde betragen. Ferner ist vorgeschrieben, daß bei der Seilprüfung ein langsames Tempo einzubehalten ist, um ein scharfes Aufsetzen des Förderkorbes auf die Schachthöhle zu vermeiden.

Stuttgarter Sozialpolitik.

In ihrer letzten Sitzung hatten sich die bürgerlichen Kollegien Stuttgarts mit einem Gesuch der städtischen Arbeiter um Gewährung einer Teuerungszulage zu beschäftigen. 30 Pf. pro Arbeitstag hatten die Arbeiter erbeten; der Anfangslohn ist 3,80 M. pro Arbeitstag. Die Kommission der bürgerlichen Kollegien hatte zur Verhandlung des Gesuchs über drei Monate Zeit gebraucht. Andere Stadtverwaltungen haben derartige Gesuche längst erledigt. Die Kommission beantragte, den verheirateten Arbeitern und Angestellten eine einmalige Teuerungszulage von 25 M. und für jedes Kind 5 M. zu gewähren. Der Oberbürgermeister Lautenschlager, der sich zur national-liberalen Partei zählt, trat warmherzig für diesen Antrag ein. Sämtliche bürgerlichen Gemeinderäte, von den Konservativen bis zu den Volksparteilern mit Einschluß der Kommissionsmitglieder stimmten ihn aber nieder. Auch die besoldeten Gemeinderäte, die „Kollegen“ des Oberbürgermeisters, stimmten geschlossen gegen den Antrag. Er erhielt nur die Stimmen der Sozialdemokraten.

Gerichts-Zeitung.

Notuproprio-Bewegung des Eisenbahnpostes.

Vor der ersten Strafkammer des Württembergischen Landgerichts hatte sich der Rechtsanwalt Wilhelm Sidmann wegen angeblicher Beleidigung und Nötigung des Eisenbahnverkehrsamtes zu verantworten. Die Anklage war von der Staatsanwaltschaft auf Antrag der Eisenbahndirektion Götting erhoben worden. Der jetzt angeklagte Rechtsanwalt war im November v. J. von dem Bahnarbeiter Große beauftragt worden, gegen den Lademeister Apel Beleidigungsklage anzuklagen, weil dieser ihn des Diebstahls beschuldigt habe, indem er ihn bezichtigte, er habe eine Kiste Tabak erbrochen und sich Tabak in die Tasche gesteckt. Große stellte sich sofort zur Durchsuchung zur Verfügung, seine Unschuld wurde sofort festgestellt und er verlangte infolgedessen vom dem Lademeister die Zurücknahme der ausgesprochenen Beschuldigung. Dieses berechtigte Verlangen lehnte der Lademeister ab, weshalb der Bahnarbeiter gegen ihn die Beleidigungsklage erhob. Nachdem der Lademeister die Privatklage erhalten hatte, warf sich das Württembergische Eisenbahnverkehrsamt ins Mittel und verlangte von dem Bahnarbeiter die Zurücknahme der Klage, widrigenfalls er sofort gekündigt werde. Rechtsanwalt Sidmann verlangte darauf von der Eisenbahnbehörde, daß sie dafür Sorge, daß der Lademeister eine Ehrenreklamation für den Arbeiter abgebe und die bisher entstandenen Kosten trage. Als dies abgelehnt wurde, schrieb Rechtsanwalt Sidmann an das Eisenbahnverkehrsamt unter anderem:

„Es ist mir nicht möglich, zu glauben, daß eine königliche Behörde sich außerhalb des Gesetzes stellt, wie jetzt die katholische Geistlichkeit durch das Notuproprio des Papstes, das bei strengsten Kirchenstrafen verbietet, einen Priester der katholischen Kirche vor das ordentliche Gericht zu fordern. Es ist mir auch nicht möglich, zu glauben, daß eine königliche Behörde etwas Geschwätziges verlangen und den Privatkläger in einen Konflikt bringen kann, wo die Fürsorge für das Wohl seiner Familie und andererseits die Achtung vor seiner eigenen Persönlichkeit als ehrliebender Mensch mit einander im Widerspruch liegen, zumal der Privatkläger bei Wahrung des Rechtes der eigenen Persönlichkeit nur die Rechte eines Staatsbürgers verfolgt. Eine königliche Behörde darf nichts Unrechtes fordern und muß dieselbe Achtung vor dem Gesetz haben, die von jedem Staatsbürger verlangt wird.“

Daß ich einen so traurigen Blick in diese Verhältnisse habe tun müssen, tut mir als Christenmenschen wie als Staatsbürger außerordentlich leid, ich hoffe jedoch, daß ich nicht nötig haben werde, diese Angelegenheit öffentlich zu erörtern.“

Die Eisenbahndirektion stellte bei der Staatsanwaltschaft Antrag auf Bestrafung des Rechtsanwalts wegen Beleidigung und Nötigung. Die Nötigung wurde in der Anklage des Anwalts gefunden, er hoffe, daß er es nicht nötig haben werde, die Angelegenheit öffentlich zu erörtern.

In der über vier Stunden währenden Verhandlung nahm der als Zeuge vernommene Vorsteher des Württembergischen Eisenbahnverkehrsamtes für die Behörde das Recht in Anspruch, Differenzen zwischen den ihm unterstellten Beamten und Arbeitern auf dem Dienstwege unter Ausschaltung der Gerichte zu regeln. Die Bahnarbeiter dürften, soweit es sich um dienliche Vorkommnisse handele, keine gerichtliche Klage erheben. Die Behörde habe, da der Lademeister, der nur seine Pflicht erfüllt habe, jedenfalls freigesprochen worden wäre, — dem Bahnarbeiter unnütze Geldausgaben ersparen wollen.

Der Erste Staatsanwalt Schmejan hielt formelle Beleidigung und versuchte Nötigung durch die Ankündigung der Veröffentlichung für erwiesen und beantragte einen Monat Gefängnis.

Nach einem glänzenden Plädoyer des Verteidigers Rechtsanwalts Schilling, der dem Gerichtshofe ein Privatstimmum über staats- und verwaltungsrechtliche Fragen hielt, und nachdem noch der Angeklagte darauf hingewiesen hatte, daß in der Verhandlung tatsächlich Rechtsstände in der Behandlung der Eisenbahnarbeiter aufgedeckt worden sind, wurde der Angeklagte unter Zuhilfenahme des Schutzes des § 193 Str.-G. freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Wird der Eisenbahnminister nun gegen den Versuch, die Eisenbahnarbeiter in ihren Rechten zu beschränken, gegen die oberen

Eisenbahnbeamten vorgehen und Strafantrag wegen Nötigung gegen sie stellen?

Zur Seilbahnverlei.

Das 18 Jahre alte Dienstmädchen Marie B. fand im Jahre 1911 bei dem Besitzer Klüfkeit in Hirschpuren, Kr. Remel, im Dienst. Weil das Mädchen sich hier sehr schlecht behandelt fühlte und glaubte, nicht mehr länger dort aushalten zu können, verließ es am 31. März 1911 gegen den Willen des Arbeitgebers den Dienst, der erst am 1. Oktober beendet sein sollte. Der Besitzer beantragte nun bei dem Amtsvorsteher die polizeiliche Zurückführung des Mädchens in den Dienst auf Grund der Gesindeordnung. Gleichzeitig beantragte er die gerichtliche Bestrafung wegen Übertretung des Gesetzes vom 24. April 1884. Vom Amtsvorsteher erhielt das Mädchen dann einen Strafbefehl über 5 M. Dann folgten in kurzen Zwischenräumen weitere Straffestsetzungen gleichzeitig mit der Aufforderung, den Dienst bei dem Besitzer nunmehr innerhalb 24 Stunden anzutreten, widrigenfalls weitere und höhere Strafen festgesetzt werden würden. Im August hatten die festgesetzten Strafen eine Höhe von 40 M. erreicht. Mit seiner Beschwerde an den Landrat wurde das Mädchen abgewiesen, weil nach dem bei dem Besitzer A. angestellten Ermittlungen eine schlechte Behandlung nicht festgestellt habe und daher ein Grund zur Auflösung des Dienstverhältnisses nicht vorlag. Inzwischen hatte nun auch die Schöffengerichtsverhandlung am 11. Mai in Prüfungs wegen der Übertretung des Gesetzes von 1884 stattgefunden. Das Urteil lautete aber nur auf einen Beweis, weil das Gericht den Fall als einen besonders leichten bezeichnete. Polizeilicherseits nahm das Verhängnis aber seinen weiteren Fortgang. Bis zum 1. Oktober waren die Zwangsstrafen bis auf 160 M. gestiegen. Dazu kamen 290 M. Porto, insgesamt also 162,90 M. Natürlich konnte das Mädchen diesen Betrag nicht bezahlen und nun wurde es dafür 40 Tage in das Vorkarrenzhaus gesperrt. Als diese Strafe verläßt war, wurde das Mädchen aber auch noch in seinen neuen Dienst verfolgt. Es sollte nun auch noch 48 M. für die Gefängnislohn bezahlen und wird im Weigerungsfalle droht, den Lohn bei dem neuen Dienstherrn mit Beschlag zu belegen. Die Drohung ist ungesetzlich und wird nicht durchgeführt werden. Der Fall zeigt aber deutlich, wie gemeingefährlich jetzt noch im zwanzigsten Jahrhundert die mittelalterlichen Polizei- und Landesgesetze bei rücksichtsloser Anwendung wirken können. Und da wundern sich die Junker und Junkerengenossen, die Kampfschaft an der Aufrechterhaltung dieser Sklavengesetze festhalten, wenn ein Mädchen oder ein junger Mann nicht Dienstbote werden oder bleiben will.

Ein Zwischenfall im Bujes-Wetterlich-Prozess.

In dem Prozess wegen Hochspiel und Betrugsereien wurde über mehrere Fälle verhandelt, in denen wirkliche und Pseudo-offiziere um 14 000 M. und ähnliche Summen beim Spiel genept sein sollen. Die Einzelheiten der Verurteilungsvorgänge in der hochfeudalen Spiel- und Lebewelt interessierten die Allgemeinheit nicht. In der gestrigen Sitzung ereignete sich ein Zwischenfall, der einen unerhörten Eingriff in die Befugnisse des Gerichts darstellte. Während der Vernehmung des Angeklagten Wolff-Wetterlich protestierte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, dagegen, daß die Oeffentlichkeit in unzulässiger Weise dadurch beschränkt werde,

daß nur eine den Zuhörerraum noch lange nicht füllende Anzahl von Personen in den Saal gelassen werde, während der Zugang von der Straße aus verschlossen sei und von Säugleuten bewacht werde, die einen Zutritt nicht gestatten. Das würde eigentlich das ganze Verfahren nichtig machen. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, stellte fest, daß in der Tat noch Plätze im Zuhörerraum frei seien und befragte die Gerichtsdienner, wer diese unzulässige Anordnung getroffen habe. Die Gerichtsdienner berufen sich auf die Anweisungen, die sie von der ihnen vorgelegten Stelle erhalten haben, wonach nur 40 Personen in den Zuhörerraum zu lassen seien. Der Vorsitzende erklärte, daß nur er allein die Sitzungspolizei in Händen habe und ordnet an, daß die Tür geöffnet werde und die noch freien Plätze besetzt werden können. Es dürfe auf keinen Fall die Tür verschlossen und die Zahl der Einzulassenden limitiert werden.

Infolge dieses Zwischenfalles wiederholte der Vorsitzende die Verhandlung, um der Rüge einer Verletzung der Vorschriften über die Oeffentlichkeit vorzubeugen.

Nach dem Gesetz hat allein der Vorsitzende und das Gericht die Sitzungspolizei anzuhäufen. Leider ist es in Berlin nicht das erste Mal, daß andere, dazu unberufene Organe, sich, insbesondere in politischen Prozessen, angemaßt haben, die Oeffentlichkeit durch dem Gericht nicht bekannte Maßnahmen auszuscheiden. Das Reichsgericht hat in dem großen Prozess gegen den Arbeiterturnverein (Frau Dr. Hofmann, Jäger u. Gen.) im Jahre 1887, wo widerrechtliche Beschränkungen der Oeffentlichkeit durch Polizeiorgane behauptet waren, erklärt, einen Revisionsgrund könne die Beschränkung nur abgeben, wenn sie auf Anordnung oder mit Billigung des Gerichts erfolgt sei. Ob das Reichsgericht an dieser Einigung der Revisionsmöglichkeit heute noch festhalten würde, steht dahin. Jedenfalls bildet die Beschränkung der Oeffentlichkeit einen Revisionsgrund, wenn das Gericht Kenntnis von der Beschränkung erhält und ihr nicht entgegentritt. Es war daher der Hinweis des Verteidigers auf die Beschränkung der Oeffentlichkeit durchaus berechtigt.

Sache des Vorsitzenden und des Staatsanwalts wird es nun sein, gegen die Stelle strafrechtlich einzufahren, die sich unbedeutend die Ausübung des Amtes des Vorsitzenden durch die Beschränkung der Oeffentlichkeit angemaßt hatte.

Verfammlungen.

Zentralverband der Schmiede. Der am Donnerstag abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Zahlstelle Berlin lag der Jahresbericht für 1911 vor. Derselbe gibt zunächst eine eingehende Darstellung der Streiks und Lohnbewegungen. Von 25 Bewegungen ohne Arbeitniederlegung, an denen 1400 Personen beteiligt waren, hatten 9 vollen und 16 teilweisen Erfolg. Von 10 Angriffsstreiks mit 164 Beteiligten hatten 7 teilweisen und drei keinen Erfolg. Von 3 Abwehrstreiks mit 6 Beteiligten hatten zwei vollen und einer teilweisen Erfolg. Von 2 Aussperrungen mit 488 Beteiligten brachte eine teilweisen und eine keinen Erfolg. Gemäßregelt wurden 11 Mitglieder. Das sind insgesamt 46 Bewegungen mit 2129 Beteiligten. 11 hatten vollen, 25 teilweisen, 4 keinen Erfolg. Es erreichten 1193 Kollegen eine Lohnhöhung von 1,03 bis 2,70 M. pro Woche, durchschnittlich 1,75 pro Kopf. Eine Verkürzung der Arbeitszeit um ½ bis 4 Stunden wöchentlich setzten 1447 Kollegen durch. Verbesserungen in Lohn und Arbeitszeit oder beides zusammen erhielten insgesamt 1508 Kollegen, das sind 62 Proz. der Mitglieder. — Eine im Oktober ausgenommenen Statistik über die Innehaltung des Tarifs bei den Innungsmeistern ergab, daß 125 schwere Verstöße hinsichtlich Lohn und Arbeitszeit festgestellt wurden und außerdem 352 geringere Verstöße, die auf Nachlässigkeit zurückzuführen sind. — Dem Arbeitsnachweis wurden 1099 offene Stellen gemeldet, von denen 906 besetzt worden sind. Von den eingeschriebenen Arbeitslosen wurden 41,8 Proz. durch Vermittlung des Arbeitsnachweises in Arbeit gebracht. — Der durchschnittliche Wochenverdienst der im Arbeitsnachweis Eingetragenen betrug 30,90 M. gegen 30,08 M. im Jahre 1910. Die Zunahme von 82 Pf. pro Woche steht in keinem Verhältnis zu den durch die Teuerung verursachten Mehrausgaben für den Lebensunterhalt. Die bei Innungsmeistern Beschäftigten hatten einen Durchschnittsverdienst von 30,08 M. pro Woche gegen 28,91 M. im

Jahre 1910. Die Steigerung von 1,17 M. ist auf den am 12. Juni mit der Innung abgeschlossenen Tarifvertrag zurückzuführen. — Die Zahl der Mitglieder ist von 2554 auf 2796 gestiegen. — Für Unterstützungszwecke wurden ausbezahlt: an Arbeitslose 15 216 M., an Kranke 12 363 M., an Streikende 11 407 M., an Gemahrgeld 13 694 M., für Rechtschutz 3020 M., sonstige Unterstützungen 1054 M.

Nach einer kurzen Diskussion über den Bericht erfolgte die Wahl der Ortsverwaltung. Gewählt wurden: 1. Bevollmächtigter Siering, 2. Bevollmächtigter Schindt, Kassierer Hentschel, Schriftführer Fischer, Revisoren Frihe, Zimmermann, Scheufler. — Die Beschwerdekommission wurde in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

Darauf nahm die Versammlung Stellung zum bevorstehenden Verbandstag. Derselbe hat als wichtigsten Punkt die Frage der Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zu behandeln. Hierzu liegen detaillierte Vorschläge des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes vor, die Siering mitteilte. Die Versammlung kam mit diesem Punkte nicht zu Ende. Er soll am nächsten Montag weiterberaten werden.

Aus der Frauenbewegung.

Berichtigung. Frau Henriette Fürth teilt uns mit, daß sie in der Diskussion über die Reform der Hauswirtschaft auf dem Frauenkongress überhaupt nicht von der Gesindeordnung oder der Dienstbotenfrage gesprochen, sondern nur erklärt habe, daß sie sich den die Abschaffung der Gesindeordnungen fordernden Ausführungen von Frau Deutsch in dieser Hinsicht anschließe. (Also hat Frau F. doch von der Gesindeordnung gesprochen. Und wie sie zur Frage der Reichsgesindeordnung steht, wird durch diese Berichtigung nicht klarer.) Weiter hat Frau F. das Einläschenhaus „nicht allgemein, sondern nur für gewisse günstiger gestellte Schichten empfohlen“.

Aus aller Welt.

Nach preussischem Muster.

An der Universität zu Rochester im Staate New York ist der Professor R. V. Shedd gemahregelt worden. Er hatte in einer Versammlung gesagt, daß die rote Fahne, als Sinnbild der allgemeinen Bruderliebe, über allen Landesfähnen stehen müsse. Darauf verbot ihm der Bürgermeister, je wieder in einem öffentlichen Gebäude der Stadt zu sprechen. Als das Laboratorium (Arbeiterkühle) sich über das Verbot hinwegsetzte und in einer seiner

seit Jahren regelmäßig im Rathausaale abgehaltenen Sonntagssammlungen Shedd sprechen ließ, wurde es gleichfalls hinausgewiesen. Die Folge waren große Protestversammlungen, in denen Shedd sprach und viele Mitglieder gewonnen wurden. Jetzt wird berichtet, daß Shedd, der seit 21 Jahren an der Universität moderne Sprachen lehrt und in wenigen Jahren pensionsberechtigt gewesen wäre, seinen Abschied erhalten hat. Der Direktor der Universität erklärte, er wisse, daß noch mehr Sozialisten unter den Professoren seien, doch gingen diese nicht an die Öffentlichkeit. — Die Universität ist eine private Stiftung, die von den reichsten Leuten der Stadt unterhalten wird. Sie, die sich immer öffentlich ihre gemeinnützige Gesinnung bekundeten, namentlich ein großer katholischer Geschäftsmann, der schon lange gegen Shedd arbeitet, haben seine Entlassung zu Werke gebracht. Schon vor einigen Monaten ließ sich Rodefeller von der von ihm gegründeten Chicagoer Universität einen Professor, weil er die Kreuzkämpfe bekämpfte, wegjagen. Am schönsten ist, wie bei uns, die Haltung der „Kollegen“ (in Rochester sollen gar Genossen darunter sein), die derartige Attentate auf die Geistesfreiheit in der Republik ohne Gegenwehr hingehen lassen. Man sieht, die vom Großkapital geknechteten amerikanischen Universitäten sind der Ehre, mit den nicht minder geknechteten preussischen in einem besonders innigen Verhältnis zu stehen, würdig.

Massenvergiftungen in der Mainzer Garnison.

Am Sonnabendabend erkrankte in der Kaserne des 2. Kassauischen Infanterie-Regiments Nr. 88 in Mainz ein Teil der Mannschaft nach dem Genuß von Weisfisch an äußerst schmerzhaften Vergiftungserscheinungen. Das Krankheitsbild war in allen Fällen das gleiche. Es stellten sich Ubelkeit und Erbrechen ein sowie die üblichen Symptome einer schweren Botulismvergiftung. 24 Infanteristen befanden sich in einem derart bedenklichen Zustande, daß die sofortige Ueberführung in das Garnisonlazarett angeordnet wurde. Im Laufe des Sonntages wiederholten sich bei 18 Mann dieselben gefährlichen Krankheitserscheinungen. Am Montag wurden abermals sechs Soldaten ins Lazarett gebracht. Die Leute wurden gleichfalls in das Lazarett gebracht. In dem Zustande der 48 Infanteristen ist bisher keine Besserung zum Besseren eingetreten. Mehrere Mann ringen mit dem Tode. Sonderbarerweise hat die Militärverwaltung über die Erkrankungen der Garnison Mainz bis jetzt strengstes Stillschweigen bewahrt. Wie verlautet, sollen die Fischkonserven von einer Hamburger Fisch- und Fleischkonservenfabrik bezogen worden sein.

Meine Notizen.

Der Herr Pfarrer ist verreckt! Durch eine Revision der vorgesetzten Behörde bei dem Pfarrer Zielonkowsky aus dem oberbayerischen Pfarrort Kalbartenberg wurde ein Fehlbetrag von 14000 Mark festgestellt. Zielonkowsky ist am 2. März nach der Schweiz abgereist. Sieben Menschen verbrannt. In der französischen Ortschaft Objat brach in der letzten Nacht Feuer aus, dem mehrere Häuser zum Opfer gefallen sind. Sieben Personen, die in den Häusern schliefen, wurden von den Flammen überdeckt und sind bei lebendigem Leibe verbrannt. Die Ursache des Feuers führt man auf Brandstiftung zurück. Absturz eines Fliegers. Auf dem Flugplatz von Mirafiori ist der italienische Aviatiker Freschi aus einer Höhe von 30 Metern abgestürzt und war sofort tot. Schweres Automobilunglück. Im Walde von Fontainebleau bei Paris stürzte am Sonntag ein Automobil in einen Straßengraben und begrub die sieben Insassen unter sich. Der Motor explodierte und eine Frau namens Jandier konnte nur als völlig verkohlte Leiche hervorgezogen werden. Die übrigen sechs Reisenden erlitten schwere Verletzungen. Grubenunglück in Transvaal. Im Bergwerk von Simmer Jack fand der Zusammenbruch eines Querschlages durch herabstürzendes Gestein statt. Sechs schwarze Bergarbeiter wurden getötet, ein weißer Arbeiter schwer verletzt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	3.3.	2.3.		3.3.	2.3.
	em	cm ¹⁾		em	cm ¹⁾
Remel, Elbt	169 ¹⁾	+29	Saale, Großh.	161	0
Wegeln, Ansternburg	165 ¹⁾	+81	Saale, Spanbau	82	-9
Weißel, Lhorn	280 ¹⁾	-20	Saale, Rathenow	87	+1
Dber, Ratibor	245	+15	Spre, Spremberg	84	0
Krossen	256	-12	Beesow	105	0
Frankfurt	238	+14	Weser, Minden	224	-1
Barthe, Scharn	206	+16	Weser, Minden	318	-6
Landberg	100	+2	Rhein, Marimiliansau	337	+5
Rehe, Borsdamm	64	+18	Rhein, Rhein	235	-12
Elde, Leitmeritz	133	-10	Rhein, Rhein	265	-21
Dresden	12	-26	Redar, Heilbronn	106	+2
Leipzig	318	-8	Rhein, Wertheim	—	—
Regensburg	268	0	Rosel, Trier	160	+22

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall. — ²⁾ Unterpegel. — ³⁾ Eisstand. — ⁴⁾ Eistreiben.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Görlitzer Viertel). Bezirk 220 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer **Wilhelm Ramp** Forster Str. 58 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus am Urban, um 1/4 4 Uhr auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Berlin.

Am 3. März verstarb unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Ramp** (Bezirk Südost).

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 2 Uhr, vom Urban-Krankenhaus aus statt. Die Beerdigung erfolgt um 1/4 4 Uhr auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 137/11

Zentralverband der freien Händler und verw. Berufsg. Deutschlands. (Eig. Essen-Ruhr). Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß der Brandmeister der Ebb- und Gemüsehändler, der Kollege

Albert Gericke am 1. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.** 380b

Sozialdemokrat. Wahlverein Köpenick.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonnabend, nachmittags 5 1/2 Uhr, der Genosse **Paul Kahle** verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 201/11

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todesanzeige. Am 3. März verstarb unser Genosse, der Bergolder

Friedrich Linke Schivelbeiner Str. 41.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Südbahnhof-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bergolder

Fritz Linke Schivelbeiner Str. 41, im Alter von 43 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Martin Klepping Lohmühlenstr. 58/59, im Alter von 51 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Kreuzberger Friedhofes in der Reuen Krug-Allee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.** 80/3

Allen Verwandten, Freunden wie Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag, den 3. März, mein innig geliebter Mann und unser treuer, geliebter Vater, der Radikpuzer

Emil Dersel nach kurzem Krankenlager gestorben ist.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an **Frau Emilie Dersel** nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Krankenhaus in Jepernid bei Bernau, Dorfstr. 7, aus statt. 137/13

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer unergeliebten Tochter

Gertrud Sangerhausen sagen wir insbesondere der Firma H. Plame und deren kaufmännischem Personal, dem Jugendklub ehemaliger 117. Gemeindeführerinnen, sowie allen Freunden und Bekannten unserer herzlichsten Dank. 22262 Familie E. Sangerhausen.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Berlin.

Sektion d. Gips- u. Zementbranche. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied und früherer Sektionsleiter, der Radikpuzer

Emil Dersel im Alter von 52 Jahren, am 3. März an Mittelohrentzündung und Gehirnhautentzündung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachm. 4 1/2 Uhr, vom Krankenhaus in Jepernid bei Bernau, Dorfstr. 7, aus nach dem Gemeindefriedhof statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Sektionsvorstand.** 137/12

Am 29. Februar verstarb plötzlich mein lieber, unergeliebter Mann, der Metallarbeiter 22272

Paul Kaul. Die trauernde Witwe

Anna Kaul.

Die Beerdigung findet heute, am Dienstag, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hions-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.

Nach schwerem Leiden entschlief am Sonnabend mittags um 12 Uhr unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Martin Klepping Lohmühlenstr. 58/59.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuzberger Friedhofes, Neue Krugallee aus statt. 380b

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde.

Am Sonntag, den 3. März, verstarb nach kurzem Leiden unsere Genossin

Anna Gemmerer geb. Mentzel

Verlängerte Wilhelmstr. 28.

Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes Langestraße aus statt. 201/10

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Pollmanns Bandagen-Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc.

Berlin N., Leddringer Str. 60. **Lieferant für Krankenkassen** Eigene Werkstatt.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre Berlin Oranienstr. 158.

Steppdecken in voller Bettgröße

Similiseide in den Farben 525 bis 2100

Wollatlas bord, blau, oliv 900 bis 2700

Similiseide (doppelseitig) 825 bis 2500

Dannendecken 250 bis 12500

Schlafdecken 950 bis 4800

Spezial-Katalog 650 Abbildungen gratis u. franko.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Tätowierung erf. Dr. Schönemann, Spezialarzt für Hautkrankheiten, Berlin S., Oranienstr. 139.

Verspätet! Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines innig geliebten Mannes, des Schriftsetzers **Ernst Weinholt** sage ich hiermit meinen besten Dank.

Berlin O., 3. März 1912.

Minna Weinholt geb. Sekaruppa.

Ohne Anzahlung verberge billigst Schuhe, Gardinen, Stores, Vorhänge, Teppiche und Decken beliebigen Monatsraten. Keine Restriktion! Offerten, mit Angabe der Beschaffenheit, unter M I Hauptexpedition des „Vorwärts“, 248b

Elegante Herren-Moden fertig u. nach Mass

von 1 Mark wöchentliche Teilzahlung

S. Boltuch Frankfurter Allee 75

Eingang Tilgnerstrasse

Schallplatten Verleih-Institut. Auch nach auswärts. Prosp. gratis. **Karl Borhs, Berlin 69** Neue Königstrasse 35.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden). Soeben erschien: 246/20 **Die Wertzuwachssteuer.** Reichsgesetz vom 14. Februar 1911. Von Albert Südekum. (Best. 12 der Sozialdemokratischen Gemeindepollizei.) (Preis 1 M.). Vereinsausgabe 40 Pf.

Tafelbergwein **Florpfandbinder** **Die Qualität ist fürwahr garantiert!**

Zur **Einsegnung!** **Anzüge** aus schwarzen Kammgarnstoffen **14, 17, 19, 21, 25, 28, 40 M.** **Anzüge** aus dunkelblauen Cheviotstoffen **16, 18, 20, 24, 28, 32, 36⁶⁰ M.** **Prüfungs-Anzüge** in größter Auswahl. **M. Schulmeister** **BERLIN SO. 26, Dresdenerstr. 4** Sonntags Verkauf nur von 12-2 Uhr.



Haut- u. Harn- + Schallplatten Verleih-Institut. leiden, Ehrlich-Hata, Schäden d. Quacksilb. — Konsultation frei! Blutuntersuch. Fäden im Harn, etc. **! ! ! Teilzahlung gestattet ! ! !** **Dr. Homeyer & Co. (konz. Spez. Lab.)** Friedrichstr. 159 a. d. Hochb. Spr. 9-2-4, Sonnt. 11-12

Stoffe für eleg. Maßanzüge, Ulster, Paletots, Damenkleidung etc. 3-4, 6-8, 12. Tüchler Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21, Petrifische.

Die Gemeindevahlbewegung.

Zegel. Morgen, Mittwoch, den 6. März, finden die Er-

Die Wähler des 1. Wahlbezirks wählen im kleinen Saal des

Die Wähler des 2. Wahlbezirks wählen im Saal des Lokals

Parteienossen! Von der Bürgermeisterei werden die

Erkner. In einer gut besuchten Versammlung referierte am

Petersbogen. Die Wahlen zur Gemeindevahl finden am

Martensfelde. In einer von circa 250 Personen besuchten Ver-

Cohen-Schönhausen. Ueber die Kommunalpolitik und ihre

Zempelhof. Eine öffentliche, leider nur mäßig besuchte Ver-

Pankow. In der am Sonntag stattgefundenen Gemeindev-

Weißensee. Bei verhältnismäßig schwacher Beteiligung

Wariendorf-Ende. Bei der am Sonntag stattgefundenen

vereinigen, gewählt. Der frühere Vertreter der dritten Klasse, Herr

Dreiwig. Die am Sonnabend, den 2. März, hier stattgefundenen

In der ersten Klasse wurde der Tischlermeister Seidler als Ver-

Schwabe. Bei der am Freitag stattgefundenen Gemeindevahl

Röntgenal, Jepernik, Schönw. Bei der am Sonntag statt-

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Am Mittwoch, den 6. März, abends von 8 Uhr an

Am Donnerstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Wedered,

Die Genossen, die bereit sind, am Montag und Dienstag nächster

Ober-Schönweide. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Wil-

Karlshorst. Dienstag, den 5. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederver-

Biesdorf. Mittwoch, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr: Extra-

Spandau. Am Mittwoch, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, findet

Weißensee. In den am Donnerstag, den 7. März, nachmittags

Genossen sorgt dafür, daß auch die Heinersdorfer Gemeinde

Cohen-Schönhausen. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Mit-

Berliner Nachrichten.

Frauen mit vor die Front!

Nein — sie wollen nicht mehr abseits stehen und beiseite

Da draußen beim „Zoo“ unter himmlischer Instrumental-

über die Furcht der Polizeihelden auf der Straße vor einer

Bei „Fräulein Verolindchen“.

Unser alter, vertrauter Rathausurm hat dicht neben sich

Bis jetzt ist der Eingeladene auf dem Stadthausurm

Auch ein „Spielplatz“.

Zu dem Streit um die Spielplätze für Groß-Berlin

Rechenzettel mit eingelegt, was bisher kein Mensch zu den vollwertigen Spielplätzen gehabt hätte. Das Letzte ist, daß er unter anderem auch 53 Hektar, die er aus Flächen und platzartigen Straßenzügen zusammenaddiert hat, in unverzeihlicher Naivität als „Spielplätze“ bucht. Aber selbst bei den wirklichen Spielplätzen, die Berlin für die Jugend geschaffen hat, ist die Möglichkeit der Benutzung manchmal so eingeschränkt, daß man auch hier kaum noch von einer nennenswerten Spielgelegenheit reden kann.

Ein ganz sonderbarer „Spielplatz“ präsentiert sich uns im Plänterwald. Während der im vorderen Teil dieses Waldes gelegene ältere und kleine Spielplatz uneingeschränkt benutzt werden darf, bleibt im mittleren der neuere, sehr große und landschaftlich reizvolle Spielplatz das ganze Jahr hindurch den zahlreich besuchenden Plänterwaldbesuchern verschert. Nur der Kiesweg, der im Kreisrund sich um den Platz hingiert, darf vom Publikum benutzt werden. Der Rasen aber ist im Sommer wie im Winter in seiner ganzen Ausdehnung mit Stricken umgürtet, die jedem Spaziergänger den Zutritt wehren. Gesperrt waren seit Jahren selbst die beiden Kieswege, die über den Platz, in seiner Mitte sich kreuzend, hinwegführen. Erst in diesem Winter sind die beiden Wege freigegeben worden, aber vielleicht auch nur deshalb, weil — die Stricke anderweitig gebraucht wurden. Soweit wir wissen, wird der große und prächtige Spielplatz in jedem Jahre nur ganze fünf Wochen hindurch benutzt. Wenn die Sommerferien kommen, öffnet er sich den Berliner Gemeindeschulkindern, die hier in Ferien spielen unter Führung von Lehrern sich tummeln. Daß er in den letzten Jahren sonst noch zu irgendeiner Zeit irgendwelchen Spieltätigkeiten oder gar den Spaziergängerinnen geöffnet worden wäre, hat der Schreiber dieser Zeilen, der zu den häufigen Besuchern des Plänterwaldes gehört, noch niemals bemerkt. Kann einer im Ernst behaupten, daß es eine hinreichende Ausnutzung eines Spielplatzes sei, wenn dieser in jedem Jahre nur fünf Wochen hindurch offen gehalten wird? Viele werden einen Spielplatz, der nur auf so kurze Zeit seinem Zweck entsprechend benutzt wird, überhaupt nicht mehr zu den Spielplätzen zählen wollen.

Im Anschluß an die Klage über die Sperrung dieses sonderbaren „Spielplatzes“ möchten wir noch eine andere Wandertätigkeit zur Sprache bringen, die man dort nun schon seit Monaten beobachten kann. Sie betrifft die Sperrung auch der vier großen Schutzhallen, die um den Platz herum an dem ihm umkreisenden Kiesweg aufgestellt sind. Sie sind aus Baumstämmen und Brettern schlicht als bloße Schutzdächer zusammengeschimmert, aber bei ungünstiger Witterung kann man es hier eine ganze Weile aushalten, zumal da unter diesen Schutzdächern sogar Tische und Bänke stehen. Eigentlich sind wohl auch sie hauptsächlich für die Schulkinder bestimmt, die in den Sommerferien auf dem Platz spielen. In der übrigen Zeit aber waren sie bisher dem Publikum, da sie außerhalb des Bereiches des abgesperrten Rasens stehen, zur Benutzung überlassen worden. Seit dem letzten Herbst sind nun auch diese geschützten Sitzgelegenheiten mit Stricken umgürtet. Anscheinend will man verhindern, daß der Erdboden unter den Schutzdächern, der im Herbst befestigt worden war, zu bald wieder betreten wird. Ist es aber dazu erforderlich, daß mehrere Monate hindurch die Absperrung aufrecht erhalten wird? Wer in diesem Winter und Frühjahr da draußen ein lieblich trockenes Fleckchen suchte, um nach einem Spaziergang ein wenig auszurufen, der sah sich enttäuscht. In respektvoller Entfernung von den schützenden Hallen durfte er auf Bänken sich niederlassen, wo er die Füße in Füßen schmelzenden Schnees oder berennenden Regenwassers stellen konnte. Wird in der Parkverwaltung, deren Vorsitzender der Bürgermeister Keise ist, vielleicht angenommen, daß die Bevölkerung von Berlin-Südost nicht auch im Winter und Frühjahr den Plänterwald zu Spaziergängen benutzen will?

Ein große Verantrugungen in der Verwaltung Berlins erinnert eine öffentliche Bekanntmachung des Amtsgerichts Köpenick. Hiernach wird das Landhausgrundstück des Magistratsbureauassistenten Otto Lüdicke in Rahnsdorf, der durch abgestimmte Fälschungen in der Steuerverwaltung die Stadt Berlin um viele Tausend Mark schädigte, und dafür zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, am 23. April im Amtsgericht zu Köpenick zwangsweise versteigert. Der Magistrat ließ, als die Schwindelerien Lüdicke ans Licht kamen, das Landhaus, das mit einem jährlichen Nutzungswert von 800 Mark zur Gebäudesteuer veranlagt ist, mit Verstoß belohnen. Ob jedoch bei der Zwangsversteigerung für ihn viel herauskommen wird, ist sehr fraglich.

Durch den Marmrus „Menschenleben in Gefahr“ wurde gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr die Feuerwehr nach der Ecke der Wall- und Neuen Köhlerstraße gerufen. Auf einem Abriß war dort eine einstufige Steinmauer eingestürzt, wobei drei Kinder, die dort gespielt hatten, verletzten sein sollten. Die Feuerwehr rückte mit zwei Rügen und mit dem Rettungswagen an. Ferner hatte der Verband für erste Hilfe ein Krankenautomobil und einen Krankenwagen entsandt. Da in der Nachbarschaft niemand die drei spielenden Kinder hatte weglaufen sehen, bestand anfangs tatsächlich die Befürchtung, daß die Kinder unter den Steinmassen begraben lägen. Branddirektor Meidel ließ daher schleunigst die Stein- und Schuttmassen fortzuschaffen, doch stellte sich glücklicherweise bald heraus, daß keines der Kinder verunglückt war. Der Polizei gelang es später, die drei fraglichen Kinder zu ermitteln.

Ein Baunfall ereignete sich am Sonnabend gegen Abend auf einem Neubau an der Ecke der Schul- und Erzgerikerstraße. Infolge eines Recktrittes stürzte dort der 17jährige Maurerlehrling Paul Stücken aus der Samariterstraße 16 von einem Gerüst und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er nach dem Virochow-Krankenhaus geschafft werden mußte.

Eine rätselhafte Affäre beschäftigt seit gestern mittag die Berliner Kriminalpolizei. In seiner Wohnung in der Löhwystr. 48 wurde der Augenarzt Dr. L. Philipp und seine 29jährige Wirtschafterin, die unerbittliche M. Kreischmann vergiftet aufgefunden. Dr. Philipp, der seit sieben Jahren in dem obengenannten Hause eine größere Wohnung in der ersten Etage inne hatte und Junggeselle ist, lernte vor zwei Jahren die Kreischmann kennen. Er engagierte sie als Wirtschafterin und knüpfte mit dem Mädchen ein Verhältnis an, das nicht ohne Folgen blieb. Das Mädchen drohte ihrem Geliebten, daß sie sich das Leben nehmen werde und vermochte den Arzt durch Bitten schließlich dahin zu bringen, daß er sich eines Verstoßes gegen § 218 des Strafgesetzbuches schuldig machte. Späterhin trennte sich Dr. Ph. von dem Mädchen, das eine andere Stellung annahm. Vor etwa sechs Wochen erschien die Kreischmann wieder bei Dr. Ph., teilte ihm mit, daß sie gegenwärtig ohne Stellung sei und bat ihn, ihr Aufnahme zu gewähren. Schon nach kurzer Zeit drohte die M. Dr. Philipp damit, daß sie gegen ihn wegen des oben angebeuteten Vergehens Strafantrag stellen werde, wenn er sie nicht heiraten würde. Dr. Ph. legte dieser Drohung des Mädchens zunächst keine Bedeutung bei, erfuhr jedoch am Sonnabendabend zu seinem Schrecken, daß die M. ihr Vorhaben ausgeführt habe. Er brach sofort dahinter freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Am gestrigen Montagvormittag gegen 9 1/2 Uhr erschien bei einem in der Löhwystr. 42 wohnenden Arzt ein Herr, der Mitteilung machte, daß Dr. Ph. im Sterben liege und die Wirtschafterin offenbar ebenfalls schwer krank sei. Der Arzt begab sich sofort in die Wohnung seines Kollegen und fand denselben bewußlos auf seinem Lager. Die Wirtschafterin befand sich in ihrem Zimmer, in dem es nur schwach nach Gas roch und erklärte, daß sie sich gleichfalls das Leben habe nehmen wollen. Sie sei bereits bewußlos gewesen und sei erst durch das starke Klingeln des Patienten aus ihrer Veräubung erwacht. Der Arzt fand schließlich ein Glas mit dem Rest einer Morphiumlösung an einem Tische, wo Dr. Philipp es wohl kaum niedergelegt haben dürfte; er benachrichtigte das Polizeirevier, das sofort Beamte entsandte, die nach Verschlag der Sachlage die M. als Polizeigefangene nach der Charité brachten. Dort wurde die Patientin in der Abteilung des Professors Nicolai untergebracht und an Ort und Stelle vernommen. Nachdem die

Beamten das Zimmer verlassen hatten, stürzte sich die M. in einem unbewachten Augenblick aus dem Fenster der dritten Etage auf den Hof hinab. Wunderbarerweise erlitt das Mädchen keine Verletzungen, sondern kam mit einigen unbedeutenden Hautabrisse davon. Die Untersuchung in dieser mysteriösen Affäre dauert zurzeit noch an. Das Befinden des Dr. Philipp hat sich im Laufe des Tages derart verschlimmert, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Arbeitslosigkeit hat den 44 Jahre alten Kellner Oswald Hoffmann aus der Schröderstraße 7 in den Tod getrieben. Der Mann fand, nachdem er im Oktober v. J. seine Stellung verloren hatte, keine neue feste Beschäftigung, und er beschloß, seinem Leben ein Ende zu machen. Am Freitag fuhr die Frau zur Arbeit nach Bernsdorf und nahm ihr 5jähriges Töchterchen mit. Als sie gestern abend zurückkehrte, fand sie ihren Mann tot wieder. Er hatte sich im Bette liegend mit Deutsches vergiftet. Nach der Feststellung eines Arztes war er schon 12 Stunden tot.

Konzerterfolg Berliner Gemeindeschüler im Zirkus Busch.

Diese alljährliche Veranstaltung verfolgt wie bekannt gemeinnützige Zwecke. Birta 2000 gesunde Kindererfahrungen erlangen allhier ein Stück Geld — das von Rechts wegen aus dem Säckel der Stadt Berlin fließen sollte! — zum Besten: des Hauptvereins Kinderhort, des Vereins Mädchenhort, des Erziehungs- und Fürsorgevereins für schwachsinige Kinder, des Berliner Vereins für Ferienkolonien, des Berliner Vereins zur Förderung der Diamantenpflege in der Schule und des Zentralvereins für Jugendwanderungen. Gewiß ist dieser altruistische Wohlwollenseifer zu loben. Aber so gewiß ist wohl auch, daß dadurch vielen Arbeiterfamilien außerordentliche Ausgaben zugemutet werden insofern nämlich, als sie gezwungen sind, ihre mitfühlenden Kinder für diese öffentliche Kursausstellung doch auch entsprechend auszustaffieren. Das mag als ein bitterer Beigeschmack empfunden werden. Der zweite ist dem Konzertprogramm an sich beigegeben. Müßten denn derartige Veranstaltungen immer auch einen — sagen wir einmal artig — „patriotischen“ Grundton enthalten? Müßten die weitläufigen in der Mehrzahl mitwirkenden Kinder sozialdemokratischer Eltern nach immer gemungenerweise zum Hurrapatriotismus herangedrillt werden? Man kennt doch die braven Oberlehrer-Reime: „Vorberreiter, Geldenkaiser“ usw. zur genüge. Außerdem geben solche patriotischen Vorgesangsergebnisse allemal eine mit den Tatsachen direkt im schreiendsten Widerspruch stehende Vorstellung; weshalb die Herren Direktoren das Dichten lieber den berufenen Poeten überlassen sollten. Die Melodien vom alten Jeller und von Konradin Kreuzer, dem Komponisten der bekannten Oper: „Das Nachtlager in Granada“ sind zweifellos schön; allein die ihnen untergelegten Hurrapatrie sind unnötige Sabeltafelerei. Dagegen muß man den Gesangsleistungen der Kinder und nicht minder den zuweilen gebrachten Resultaten ihrer unermüdlichen Singemeister uneingeschränktes Lob widerfahren lassen. An rhythmischer Prägnanz, klarer Aussprache und klarer Schattierung werden wahrhafte Wunder vollbracht. Zu wünschen bleibt nur noch, daß über allem Drill auch die Pflege individueller Begabung und des musikalischen Verständnisses nicht hintenangeseht werde!

Im Luisen-Theater geht am heutigen Dienstag als Premiere das Schauspiel „Alles durch die Liebe“ von Jacobi in Szene.

Wer sind die Toten? Aus der Spross gelandet wurde am Ronnenbamm zu Charlottenburg die Leiche eines jungen Mädchens von etwa 18 bis 20 Jahren. Jemandem die Ausweidungspapier oder sonst einen Anhalt zur Feststellung der Persönlichkeit wurden bei ihr nicht gefunden. Die Tote ist mittelgroß, hat hellblondes Haar und trug ein graues Kostüm mit weißer Bluse, weiße Unterkleider, schwarze Strümpfe und schwarze Schnürstiefel. — Im Jagen 22 der Jungfernhöhe wurde ein etwa 50 Jahre alter unbekannter Mann erdregt aufgefunden. Er hat dunkelblondes Haar mit etwas Glatze, einen doppelten Leistenbruch und einen Verband am Heiligengeist der linken Hand. Sein Taschentuch ist O. S. gezeichnet. Die Leiche wurde nach der Halle des Pflanzers Friedhofes gebracht.

Vermist wird seit Sonntag, den 18. Februar, der 18 Jahre alte Schneidelerbringer Adolf Walter. Derselbe war bekleidet mit grauem Leberzieher mit schwarzem Samtkragen, grauer Hose und Weste, braungepreltem Jackett, weißem Stebtragen, lila Krawatte, schwarzem, steifem Hut, schwarzen Schnürstiefeln. Der junge Mann ist etwa 1,60 bis 1,70 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, graubraune Augen und auf der linken Stirnseite einen Leberfleck. Nachrichten über den Verbleib nehmen die Eltern des Vermissten A. Walter, Gerichtstr. 19, vorn IV, sowie die Polizeireviere entgegen.

Vom Spiel in den Tod. Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich am Sonntag in der Stralauer Allee. Dort spielten gegen 6 Uhr nachmittags vor dem Hause Nr. 20 eine Anzahl Kinder auf dem Strahendamm, als die Kutsche des Fuhrwerksbesizers Dorr aus Kummelberg in raschem Trab heranabte. Während es den übrigen Anaben gelang, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, wurde der achtjährige Kurt Rau, der Sohn eines Bahnarbeiters aus der Stralauer Allee, von dem Gespann umgerissen. Der Kleine geriet unter das Gefährt, dessen Räder ihm über Kopf und Brust hinweggingen und den sofortigen Tod des bedauernden Kindes herbeiführten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Kampf um die 110 Proz. Gemeindesteuer, der in diesem Jahre in Berlin und den meisten größeren Vororten sich abspielt, wird auch in Charlottenburg mit einem Erfolg der Gegner der Steuererhöhung enden. Das sind in Charlottenburg in erster Linie die „Liberalen“. Aber wie überall, so gründet sich die tiefe Abneigung der Charlottenburger „Liberalen“ gegen die Steuererhöhung nicht auf eine prinzipielle Ablehnung des Steuerzahlens, sondern sie wollen nur die Steuererhöhung nicht, die auch ihnen, als bestehende Leute, eine stärkere Belastung bringt. Und was auch alles von liberaler Seite gegen die Gemeindesteuererhöhung an Gründen von formaler und sachlicher Art vorgebracht wird, es bleibt die Steuerscheu der Bestehenden deutlich dahinter sichtbar. Was fragen dabei die „Liberalen“ nach den Kultur- und sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinde, was nach den Grundfragen einer großzügigen, die Entwicklung berücksichtigenden sicheren Finanzpolitik? Wenn es ihnen nur gelingt, für ein Jahr wenigstens noch den Mehrleistungen für die Gemeinde entzinsen zu können, dann sind sie froh. Alle Register werden gezogen, um den Etat noch einmal mit 100 Proz. Gemeindesteuer zu balanzieren. An den Ausgaben wird gestrichen, die vermuteten Beträge der Einnahmen werden höher geschraubt und die trotzdem noch bestehenden Lücken mit den Ersparnissen früherer Jahre gedeckt. Diese Methode kann, wenn es sich um eine schnell vorübergehende Notzeit handelt, einmal richtig sein. Wenn man aber weiß, daß die Mehrforderungen, die jetzt abgelehnt werden, künftig wiederkehren und einmal erfüllt werden müssen, dann ist das von den bürgerlichen Stadtverordneten geübte Verfahren eine kurzfristige, ungelände und unheilvolle Finanzpolitik. Wie balanzieren denn die Liberalen den Etat mit 100 Proz. Gemeinde-Einkommensteuer?

Bei den notwendigen Ausgaben wurde „geparzt“ und teilweise wurden von der liberalen Mehrheit im Etoauschuss an Positionen Abstriche gemacht, die in Erstaunen setzen müssen. Es seien nur einige genannt: Im Krankenhaus Bestand sollte eine Markisen-Einrichtung für 1100 Mark angebracht werden. Die sparamen Liberalen strichen diese Summe. Ferner wurde im Interesse der Kranken in demselben Krankenhaus die Anbringung neuer Heizkörper gestrichelt. Kostenbeitrag 7500 Mark. Die Liberalen strichen wieder. Auf dem Platz D sollte eine Pädagogische Anstalt errichtet werden. Darum petitionierten die Anwohner jener Gegend sehr langen in dringenden Gesuchen. Die Erfüllung dieses durch-

aus berechtigten Wunsches hätte 12 000 Mark gekostet. Die Liberalen wollten von dieser Bedürfnisanstalt nichts wissen, sie lehnten auch diesen Betrag ab.

Daß bei solcher Streich- und Sparwut der bürgerlichen Ausschussmehrheit an ein Härterkommen der sozialdemokratischen Forderungen, wir nennen allein die Gewährung freier Lernmittel an alle Kinder, welche die Volksschulen besuchen, gar nicht zu denken ist, dürfte klar sein. Im Gegenteil, gerade aus den Reihen der Liberalen wurde der Gewährung freier Lernmittel offener der Krieg erklärt und es wurde dieser jahrelangen Forderung der Sozialdemokratie eine prinzipielle Abgabe zuteil. — Es hätte nicht viel gefehlt, dann hätte die Mehrheit des Ausschusses auch noch die im Etat eingeschlagene Vausumme für eine neue Gemeindeschule um ein Wesentliches verringert. Und das, trotzdem noch über 80 Volksschulklassen in Mieträumen untergebracht sind.

Trotz aller kleinen Abstriche hätten aber die „Liberalen“ ihren Wünschen entsprechend den Etat nicht ins Gleichgewicht bringen können, wenn sie nicht die dringenden erforderlichen Ausgaben für Pflasterarbeiten arg zusammengestrichen und in zweiter Linie den Ausgleichsfonds in Anspruch genommen hätten. So wurde die in Höhe von 667 400 Mark für Pflasterarbeiten geforderte Summe auf 350 000 Mark vermindert. Und das, trotzdem für eine Reihe von Straßen eine Erneuerung des Pflasters dringend notwendig ist. Ueberhaupt geht die von den Liberalen erzwungene Balanzierung des Etats in erster Linie auf Kosten des Straßenaufbaues. Denn außer an direkten Abstrichen bei diesem Kapitel wurden für diese Arbeiten weitere Mittel durch die starke Schwächung des Ausgleichsfonds entzogen, aus dessen 1 Million Mark übersteigenden Bestand die Kosten für dringend nötige Pflasterarbeiten gedeckt werden sollten.

Nun aber wurde der Ausgleichsfonds zur Deckung von dringenden Abschreibungen für das Elektrizitäts- und Gaswerk in Anspruch genommen. 557 762 Mark sollen zu diesem Zweck dem Ausgleichsfonds entnommen werden. Bei richtiger Finanzbearbeitung hätte diese Summe von den Ueberüberschüssen der beiden Werke im Abzug gebracht werden müssen. Aber die Liberalen legten großen Wert auf möglichst hohe Zahlen-Ueberüberschüsse. Die bürgerlichen Stadtverordneten gingen noch weiter. Sie schraubten die vom Magistrat ohnehin schon hochgeprägten Ermäßigungen von den Einnahmen aus beiden Werken noch höher und vermehrten die Einnahmesumme um 102 400 Mark. — Unter diesen Umständen war an eine von den Sozialdemokraten geforderte Ermäßigung und schließlich gänzliche Beseitigung der Steuern für Wasser-, Gas- und Elektrizitätszähler nicht zu denken.

„Um alles in der Welt keine 110 Prozent.“ Das schien die Losung der bürgerlichen Stadtverordneten im Ausschuss gewesen zu sein. Und die „Liberalen“, deren Fraktionsredner bei der ersten Lesung des Etats im Plenum erklärte, daß seine Freunde nicht durchaus Gegner der 110 Proz. seien, sondern erst sehen müßten, wie der Etat im einzelnen gestaltet werden könnte, gingen im Ausschuss nicht davon aus, die 10 Proz. Steuererhöhung nur dann zu streichen, wenn Kulturauflagen darunter nicht leiden würden, sondern sie reduzierten die Ausgaben für Kulturarbeiten, damit die zehnprozentige Erhöhung noch einmal für ein Jahr umgangen werden könnte. Das ist die „liberale“ Finanz- und Steuerpolitik: Sinnlose Schwächung der Reserven, Zurücksetzung wichtiger Aufgaben und eine Balanzierung des Etats, die beim nächsten Etatabschluss um so stärker eine Erhöhung der Steuerlast nach sich ziehen muß.

Wilmersdorf-Galensee.

Kerzestreit in Wilmersdorf. Die Stadt Wilmersdorf steht zurzeit im Zeichen eines Kerzestreits. Die Streikleitung, an deren Spitze ein Arzt Dr. Schöning steht, erklärt die ständes- und landesübliche Warnung vor Zusatz und bemüht sich nach Kräften, die bestellte Stadtgemeinde lahmzulegen. Es handelt sich bei der Angelegenheit um eine nicht ganz einfache zu beurteilende Entscheidung. In der Wilmersdorfer Armenverwaltung bestand bis dahin das Prinzip der freien Arztwahl, das heißt, daß die Armen das Recht hatten, unter allen Ärzten am Ort, die sich überhaupt mit ihrer Behandlung befassen wollten, im Krankheitsfälle eine beliebige Person auszuwählen. Diese Einrichtung, die aber doch zu Unannehmlichkeiten geführt, die von der städtischen Armenverwaltung gerügt werden mußten. Wie führen als Beispiel in dieser Hinsicht den folgenden Fall an: Eine etwa 60 Jahre alte Arme begab sich in ärztliche Behandlung, und der Arzt stellte fest, daß sie wegen Miltzweh an der Ausscheidung jeder Tätigkeit gehindert sei. Als der Arzt am Quartalsabschluss seine Liquidation einreichte, fiel der Armenbehörde deren Höhe auf; sie lautete nämlich auf 165 Mark. Bei näherer Nachforschung ergab sich, daß die Kranke innerhalb achtzig Tagen fünfundsiebzigmal von dem Arzt behandelt worden war und daß sie ebenso oft von ihm Einspritzungen erhalten hatte. Auf eine weitere Anfrage teilte der Arzt mit, daß die Einspritzungen erfolgt wären, um die beträchtlichen Schmerzen der Kranken zu lindern. Die Armenbehörde bezahlte die Rechnung, doch bedeutete sie dem Arzt, daß in Zukunft etwa erfolgende Injektionen nicht honoriert würden, da die Abgabe schmerzstillender Mittel nicht zu den Aufgaben der Armenpflege gehörte. Reibender sei bemerkt, daß die Armenbehörde auch noch die Apothekerrechnung zu bezahlen hatte, und daß die Stadt Berlin, die für die Rückzahlung in Betracht kam, sich nur zur Bezahlung von 103 Mark 90 Pf. bereit erklärte, da auch sie hinsichtlich der Abgabe schmerzstillender Mittel den von Wilmersdorf vertretenen Standpunkt einnahm. Immerhin willigte die Berliner Behörde schließlich in die Bezahlung der ganzen Summe, doch machte sie die Bemerkung, daß es sich im vorliegenden Falle um eine Krankheit zu handeln scheint, die besser in einer öffentlichen Heilanstalt kuriert werde. Trotzdem die Wilmersdorfer Armenbehörde dem in Betracht kommenden Arzt hiervon Mitteilung machte, reichte er am Ende des folgenden Quartals eine zweite Rechnung ein, die im ganzen auf 92 Mark lautete und in der sich abermals 88 Injektionen aufgeführt fanden. Nunmehr weigerte die Stadt Berlin sich endgültig, die Kosten für die Injektionen zu erstatten. Die Wilmersdorfer Armenverwaltung glaubte nun dadurch Wandel schaffen zu können, daß sie aus dem am Orte wohnenden rund 200 Ärzten 25 für die Armenpflege auswählte, und zwar diejenigen, die von den Armen auch bis dahin am meisten aufgesucht worden waren. Diese Ärzte sollen eine alljährlich zu vereinbarende Quasiale erhalten, das von ihnen selbst zu verteilen wäre. Mit jedem dieser Ärzte, unter denen sich auch die geführende Anzahl Spezialisten befindet, wollte der Magistrat einen Dienstvertrag abschließen; die Bezahlung der Rechnungen sollte jedoch durch einen aus drei Personen bestehenden Vorstand der Kerzestreit erfolgen.

Die Wilmersdorfer Ärzte wollen aber auf eine derartige Regelung der Armenkrankepflege nicht eingehen; vielmehr erklärten sie sich im wesentlichen für Beibehaltung des bisherigen Zustandes.

Schöneberg.

In der städtischen Sechschalk-Schöneberg, Feuerstr. 4, ist auf kurze Zeit ein großer Haifisch aufgestellt. Die Länge des Fisches beträgt ungefähr 2 1/2 Meter, sein Gewicht etwa 2 Zentner. Außerdem sind dabei einige Seehaien zu sehen.

Steglitz.

Mit 12 404 000 Mark schließt der Voranschlag unserer Gemeinde für das Jahr 1912 in Einnahme und Ausgabe ab. Um die Einnahmen auf diese Höhe zu bringen, mußte allerdings der Ausgleichsfonds mit 277 000 Mark in Anspruch genommen werden und außerdem ist mit einer Erhöhung des Einkommensteuersatzes von 100 auf 115 Proz. und der Gemeindegrundsteuer von 28 auf 8 für bebauten und von 66 auf 6 pro Tausend auf unbebauten Grundbesitz gerechnet worden. Ferner ist für die Realschule und die höhere Mädchenschule eine Erhöhung des Schulgeldes in Ansatz gebracht. Die Balanzierung des Etats hat demnach erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

Welche Mehraufwendungen gegen das Vorjahr die einzelnen Verwaltungszweige erfordern, ergeben folgende Zahlen. Der Etat der allgemeinen Verwaltung verzeichnet einen Zuschuß von 646 920 (1911 558 230), die Polizeiverwaltung 184 100 (181 500), die höheren Schulen 685 590 (671 800), die Gemeindefschulen 735 640 (687 270), die Fortbildungsschule 42 000 (32 450), Wohlfahrtspflege 46 450 (42 120), die Armenpflege 118 200 (106 400), die Feuerweh 55 350 (48 910), die Bauverwaltung 243 000 (196 900), die Straßenreinigung 170 550 (162 256), die Straßenbeleuchtung 58 890 (30 394), die Garten- und Friedhöfverwaltung 128 800 (104 600) Mark. Für Schuldentilgung und Zinsen müssen 1 513 270 (1 178 680) Mark aufgewendet werden. Die Schulden betragen anfangs dieses Jahres 27 988 451 Mark. Der Steueretat weist einen Ueberschuß von 2 552 250 M. auf gegen 2 284 100 M. des Vorjahres. Die Einkommen- und Erbschaftsteuern sind für das laufende Jahr um 50 000 resp. 100 000 M. niedriger eingestellt worden. Durch die Stodung im Baugeschäft sind auch in einigen anderen Etats beträchtliche Ausfälle entstanden. Die wirtschaftlichen Unternehmungen zeigen einen erfreulichen Aufschwung. So erfordert die Grunewaldbahn nur noch 3500 M. Zuschuß gegen 12 490 M. im Vorjahre. Das Elektrizitätswerk soll schon einen Ueberschuß von 118 200 M., das Eiswerk einen solchen von 12 850 M. bringen. Für die demnächst in Betrieb zu nehmende Gleislinie Wahn (Kilgstraße—Knausplatz) rechnet man mit einem Zuschuß von 10 000 M., der wohl etwas verringern dürfte. Die Badeanstalt erfordert nur noch 29 420 gegen 33 510 M. Zuschuß. Zu den Schul-etats sei noch mitgeteilt, daß die Schulen von insgesamt 9233 Kindern besucht werden, und zwar die höheren Schulen von 2808, die Volksschulen von 5425 Kindern. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Gemeinde pro Kopf der höheren Schüler rund 226 M., pro Kopf der Volksschüler rund 185 M. an Zuschuß zahlt. In den Volksschulen beträgt die Klassenfrequenz im Durchschnitt 42 Kinder. Von den höheren Schulen weist die Mädchenschule mit 84 Schülerinnen den höchsten, das Gymnasium mit 22 Schülern den niedrigsten Durchschnitt auf.

Neußölln (Nixdorf).

Ein schwerer Straßeneinfall ereignete sich am gestrigen Montag nachmittag gegen 5 Uhr in der Bergstraße. Dort wollte das achtjährige Tochterchen Johanna des Arbeiters Wagner aus der Berliner Straße 96 hinter einem Kohlenwagen hervorkommend, über den Fahrstrom laufen. In demselben Augenblick nahte ein Droschkenautomobil in schneller Fahrt heran. Der Chauffeur bemerkte die Kleine erst im letzten Augenblick und versuchte vergeblich, sein Gefährt zum Halten zu bringen. Die Kleine wurde umgerissen und geriet unter die Räder des Kraftwagens. Das Kind, das eine Gehirnerschütterung und Bruch des Unterleifers davongetragen hat, wurde nach der nächsten Unfallstation und von dort nach dem Krankenhaus Neußölln geschafft.

Röpenitz.

Die Agitation des bürgerlichen Ausschusses „für nationale Jugendpflege“ gegen die proletarische Jugendbewegung ist anfeindend auch hier in vollem Umfange eingeleitet. Vorerst hatten sich die Herren der Unterfütung verschiedener Vereinigungen, Vereinskassen usw. versichert. Das Thema „Nationale Jugendpflege“ wurde bereits in Innungsversammlungen, im Evangelischen Arbeiterverein sowie in anderen Vereinen bürgerlicher Richtung behandelt. Die Herren wollen anscheinend nicht nur für Röpenitz ihre Agitation betreiben, sondern auch die „Erfolge“ weiteren Kreisen der nationalen Jugendbewegung dienstbar machen. In einer am 4. und 5. März in Spandau vom Kultusminister angeregten Konferenz der in der obigen Bewegung tätigen Herren erhielten die aus Röpenitz gemeldeten fünfzehn Teilnehmer einen Ruch — wegen Blättermangel. Wichtig ist jedoch eine Mitteilung des Landrats, daß im April oder Mai dieses Jahres eine Zusammenkunft aller an der Jugendpflege interessierten Personen im Kreise Telton stattfinden soll. Unsere Genossen werden sich darauf einrichten müssen, ebenfalls mit Einladungen besetzt zu werden, denn unter „allen an der Jugendpflege interessierten Personen“ sind doch auch wir gemeint.

Der hiesige Ausschuß hat nun auf die Jugend in der Schule zuerst sein Augenmerk gerichtet. In einigen oberen Klassen der Stadengemeindefschulen soll den Kindern bereits erklärt worden sein, daß in den großen Sommerferien eine viertägige Partie nach der Nuppiner Schweiz in Aussicht genommen ist. Gleichzeitig soll damit eine Bekämpfung des Schlosses Rheinsberg verbunden sein, wo Friedrich der Große gewirkt hat. Der Kostenpunkt für die Partie soll 7 M. betragen; und damit eine möglichst hohe Teilnehmerzahl erzielt wird, soll auch eine Reiseparaffie gegründet werden. Hier ist auch anscheinend das „Rückbestimmungsrecht“ der Schüler gesichert, denn in einer Klasse ist zur Wahl eines Kassierers geschritten und, um den Schülern die geheime Wahl schon schmackhaft zu machen, die Wahl per Stimmzettel vorgenommen worden. Für die aus der Schule entlassenen Schüler ist die Errichtung eines Heims nach Art unserer Jugendheime geplant; des

weiteren soll sicherem Vernehmen nach auch die Gründung einer Wehrabteilung unternommen werden. Ob es nun den Herren gelingen wird, die Jugend so in das gewünschte Fahrwasser zu lenken, wagen wir zu bezweifeln. Daß an der oben erwähnten Partie sich nicht Kinder aus den Reihen unserer Genossen beteiligen werden, dürfte wohl klar sein. Parteigenossen und Genossinnen, die aber ihren Kindern die Freude eines größeren Ausfluges in den großen Sommerferien bieten wollen, können das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden, indem sie zu einem vom Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Röpenitz, am Donnerstag, den 7. März, abends 8 Uhr, im Stadttheater veranstalteten Lichtbildvortrag Willets einnehmen. Der Eintritt beträgt 25 Pf. Der gesamte zu erzielende Ueberschuß wird für Kinderpartien in den großen Ferien und auch für Ferienspiele verwendet. Billets sind zu haben bei den Genossen Lebböhr, Grünstraße; Wippler, Kieperstraße; Weber, Bahnhofstraße; Tauchert, Müggelheimer Straße, und an der Abendkasse. Der gute Zweck der Veranstaltung und der beabsichtigte oben geschilderte Jugendaufgang dürfte die Parteigenossen und Genossinnen, auch wenn sie keine Kinder besitzen, veranlassen, den Vortrag recht zahlreich zu besuchen.

Potsdam.

Im Park Sanssouci erhängt aufgefunden wurde Sonntag nachmittag ein 45—48 Jahre alter Mann. Der Lebensmüde ist zierlich, 1,77 Meter groß, unterseht, hat volles hartes Gesicht, dunkles, dünnes; stark meliertes Haar mit merkbarer Glatze, stark nach rechts gebogene Nase, vollständige Vorderzähne. Er war bekleidet mit Wanchesterhose, graubrauner Rodenjoppe, schwarzer Kammgarnweste, neubeholten Gummizugstiefeln, graubraunen Wollstrümpfen, weißem Barthenhemd. In seinen Taschen befanden sich zwei Taschentücher, rot und blau, und ein Portemonnaie mit geringem Inhalt. Der Lote, dessen Identität nicht ermittelt werden konnte, trug schwarz und grün gestreifte Dedelmütze. Zweckdienliche Mittelungen nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Nowawes.

In dem Gemeindeverwaltungsbericht für die Zeit vom 1. April 1910 bis 31. März 1911 wird in dem Kapitel Wohlfahrtspflege betont, daß bei einer Gesamtbevölkerung von 23 929 Personen die Zahl der Straßefälle 392 oder 1,64 Proz. betrug. Zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten wurden 227 Desinfektionen vorgenommen, deren Kosten die Gemeinde trägt. — Kanalisationsanschluß hatten 771 Grundstücke gegen 502 im Vorjahre. Einmalige Gebühren sind insgesamt mit der Einnahme hieraus in den Vorjahren 709 596,51 M. (500 000 M. sind auf Darlehen zurückgezahlt) weitere 300 000 M. sollen im März 1912 zurückgezahlt werden; vereinnahmt worden, während an laufenden Gebühren insgesamt 53 841,57 M. eingezahlt wurden. — Die Verbrauchsabgabe der Charlottenburger Wasserwerke pro 1910 betrug 2890,11 M. gegen 2091,65 M. im Vorjahre. — Die von der Gasanstalt vertragsmäßig an die Gemeinde gezahlte Verbrauchsabgabe ist von 7912,27 M. auf 8429,15 M. im Jahre 1910 gestiegen. Die Zahl der Gasabnehmer betrug 4500 gegen 4370 im Vorjahre. Die Brennstunde kostet für die Straßenlaternen 2 Pf., für die Pregelgaslaternen jedoch 10 Pf. Im Ortgebiet brannten 517 Laternen, davon 4 Pregelgaslaternen mit je 1000 Kerzen Leuchtkraft, ferner 176 Kochflammen. — Elektrische Licht- und Kraftanlagen: Hausanschlüsse waren im Orte 183 vorhanden. Die Zunahme im Berichtsjahre beträgt 48. Die gesamten Einnahmen der Stromabgabe für Licht- und Kraftbedarf betragen 80 980 M., die Ausgaben 50 908 M. Von dem verbleibenden Ueberschuß in Höhe von 30 072 M. fließt die Hälfte mit 15 036 M. (im Vorjahre 9 294 M.) der Gemeinde, die andere Hälfte der Stadt Potsdam zu. — Der Verkehr auf der mit Potsdam gemeinschaftlich betriebenen elektrischen Straßenbahn hat sich wesentlich gehoben. Bis zum Schlusse des Berichtsjahres wurden insgesamt 1 430 141 Personen befördert. Die Gesamteinnahme belief sich für Potsdam auf 74 946,11 M. = 55,5 Proz., für Nowawes auf 59 975,89 M. = 44,5 Proz. Von dem verbleibenden Ueberschuß im Betrage von 5313,75 M. fällt die Hälfte mit 2657 M. (im Vorjahre 1775,50 M.) der Gemeinde zu. — Schulverwaltung: Die Ausgaben, ohne Bauten, beliefen sich im Jahre 1909 auf 168 616,23 M., im Jahre 1910 dagegen auf 200 111,31 M., mithin mehr 36 495,08 M. Die Gesamteinnahmen für 1910 betragen 38 551 M. — Die gewerbliche Fortbildungsschule erforderte einen Zuschuß von 5100,90 M. Am gewerblichen Unterricht waren beteiligt je 4 Klassen der Maschinenbauer und Metallarbeiter, 2 Klassen der Holzarbeiter und je 1 Klasse der Bauhandwerker, Moler, Sattler und Tapezierer, Schlächter und Bäcker, Rusiker und Barbieren, insgesamt 16 Klassen mit wöchentlich insgesamt 66 Unterrichtsstunden. Im Zeichen wurden wöchentlich 34 Unterrichtsstunden erteilt. Im einem längst geäußerten Wunsche Rechnung zu tragen, wurde nach Michaelis auch eine Fachklasse für Buchbinder errichtet, deren Leitung einem in diesem Fache ausgebildeten Lehrer übertragen wurde. — Der Vermögensnachweis der Gemeinde ist folgender: Vermögen in Gebäuden, Grundstücken, Kanalisationsanlagen, Straßen usw. 5 277 638 M., Schulden 3 590 416 M. Es verbleibt mithin ein Vermögen von 1 687 221,46 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vom 1. bis 7. März, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonntags von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnemententbindung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Kluge Fragen bringt man in der Sprechstunde vor.

J. B. 27. 1. Die Kosten richten sich dem Objekt. 2. und 4. Unverkündlich. 3. Auf Antrag des Kläbers. 5. Vor Ablauf von 5 Jahren besteht eine neue Verpflichtung nicht. — **Hilting.** 1. Mehrere Tage vor dem Monatsersten. 2. Durch Vertrag, der zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll erklärt werden muß. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. 3. Gesellschaften empfehlen wir grundsätzlich nicht. 4. Gewerbetreibende, die ein gewerbliches Einkommen von mehr als 1500 M. jährlich haben. — **R. J. 2.** Ist ein Auseinandersehungsvertrag vor Gericht aufgenommen und von sämtlichen Erben unterschrieben, so ist derselbe auch bezüglich der Grundbuchübertragung maßgebend. Andersfalls gerichtlicher Verkauf zulässig. Die Kosten gehen von der Kaufsumme ab. — **J. 2. 3.** — **G. 6. 110.** 1. Ihr gerichtliches Vorhaben können wir nicht fördern, da wir solche Ratsschläge grundsätzlich ablehnen. 2. Die Adressen finden Sie im Zeitungskatalog, den Sie in einem Annoncenbureau einsehen können. 3. Verein Berliner Hausdiener, Alte Leipziger Straße 1. — **Vuppchen.** Betrachten Sie die Angelegenheit mal mit dem Stadlvorordneten W. Schulz, Kottbuser Tor, Ecke Admiralstraße. — **Temvelhof 41.** Sprechen Sie mit einem Gärtner. — **W. 3. 100.** Gemählt in der Stichwahl 5. Januar 1904—07. — **C. M. 8.** Nach den Geschäftsstellen verziehen, im übrigen aber reicht der Raum des Briefkastens zu solchen Auseinandersetzungen nicht aus. Sehen Sie den Etat des Abgeordnetenbundes eventuell bei uns ein. — **W. 3. 300.** An die Stützungsdeputation des Magistrats, Poststraße 16. Louis-Webermann-Stiftung. — **G. 2.** Die Stundensahl muß die gleiche sein. — **12. 82.** Preulendorfstraße. — **W. M. 1887.** Gewerbetreibend, Hugelbergstraße 34. Wir kennen weder Ihre Reklame noch Fähigkeit, können also auch nicht sachlich beraten. — **Schubert 12.** 1. u. 2. Soweit aus Ihrer Darstellung ersichtlich, nicht abzugänglich. 3. Reichstag. 4. Ein den Vorstand des Wahlvereins. Zeitdauer nicht vorgeschrieben. — **G. 67.** 1. Die Bestimmungen des Vertrages bleiben ebendam in Kraft. 2. Die angeordnete Mitteilung genügt. — **J. G. 30.** Bestrafung bleibt wünschenswert. — **Georg 76.** Die länger als 4 Jahre zurückliegenden Ansprüche sind verjährt. Die Eltern sind haltbar. Der Versuch zu einem Vergleich ist angebracht. — **W. 3. 21.** Für Frau und Kind etwa 30 M. monatlich. Die Klage ist zulässig, bevor die Ehe geschieden ist. Zuständig ist das Landgericht 1, Berlin. — **W. M. 2298.** Ja, falls der Lehrer die Aufbeziehung übernommen hat. — **G. 3. 100.** 1. Beim Amtsgericht, in dessen Bezirk der letzte Wohnsitz der Mutter gewesen ist. 2. Nein. Die erforderliche Genehmigung kann aber durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden. — **R. 8. 99.** 1. Antrag beim Vormundschaftsgericht. 2. Verjährtes Zeugnis. — **Neußölln 10.** Wenn der Mietvertrag nicht anders besagt, bis 11 Uhr. — **G. 2. 51.** 1. 4 Proz. 2. Ja. — **R. 100.** Wiederholen Sie Ihre Anfragen und geben Sie noch das Alter des Lehrlings sowie ferner an, welcher Art der Betrieb ist (Hotel, Restauration, oder Privatbetrieb). — **W. 53.** Nein. — **G. 100.** Die Nähmaschinen müssen schadensfreie Unterlagen haben. Ist das der Fall, so läßt sich u. U. nichts tun. — **Tisch. 2440.** Ihre Angaben genügen nicht als Entlassungsgrund. Sie wären schadensersatzpflichtig. — **Röpenitz 777.** 1. Ja. 2. Falls die Ehe in Brandenburg geschlossen ist, nein. — **M. 2. 8.** Ein Dinterlegungsrecht steht Ihnen nach Ihrer Darstellung nicht zu. Die Dinterlegungsstelle ist Invalidentenr. 52. — **Timm.** 1. Kaiserliches Patentamt. 2. Bestimmte Maße sind nicht vorgeschrieben. — **M. 11. 63.** Ohne Kenntnis des Bindungsbeschlusses nicht zu beantworten. — **P. 18.** 1. Ja. 2. Nein. — **R. M. 75.** Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **Colo M. 7. 2. 100.** Ja, soweit der Lohn 38,85 M. wöchentlich oder 125 M. monatlich übersteigt. — **G. M. Wilmersdorf.** 1 und 2. Wir müßten den Inhalt des Schreibens kennen. 3. Wenn Sie Ihre Behauptungen, insbesondere auch die Behauptung des Verwalters, beweisen können, sind Sie zur Räumung berechtigt. — **W. 3. 47.** Nur dann, wenn die Frau innerhalb drei Monaten, nach Rechtskraft des Scheidungsurteils, Eintragung stellt. — **R. 74.** Ja. — **G. 8.** Die Frage ist schon wiederholt im Briefkasten behandelt worden. Das Ausschließungsrecht des Bundesrats ist durch Gesetz nicht beschränkt.

Eingegangene Druckschriften.

England und wir. Betrachtungen über die internationale Politik. Von Dr. R. Nathan. 1 M. H. Borngräber, Berlin W. 30.
Aust und Ränker. Heft 6. 2,50 M. B. Cassirer, Berlin, Dersingerstr. 15.

Witterungsüberblick vom 4. März 1912.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5 P. — 9 P.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5 P. — 9 P.
Stettin	755	SW	3	bedeckt	6	Saparanda	747	SW	3	Schnee	-1
Hamburg	750	SW	3	bedeckt	7	Petersburg	737	SW	3	bedeckt	10
Berlin	757	SW	3	bedeckt	7	Seibitz	748	SW	3	bedeckt	10
Kranitz a. M.	759	SW	3	wolfig	7	Alberdeen	743	SW	3	4 halb bb.	6
München	762	SW	3	Regen	3	Paris	761	SW	3	3 halb bb.	5
Wien	759	SW	3	Regen	3						

Wetterprognose für Dienstag, den 5. März 1912.
Zeitweile heiter, am Tage sehr mild aber veränderlich bei ziemlich starken südwestlichen Winden; wiederholtlich Regen.
Berliner Wetterbureau.

Drei billige Hosen-Tage

Dienstag = Mittwoch = Donnerstag

HERREN-HOSEN

- Serie I Dunkelgestreifte Zwi-
buckskins M 3.50
- Serie II Kammgarncheviots in vielen
Streifen. Se r haltbar. . M 5.00
- Serie II Cheviots u Kammgarnarten,
hell- u. dunkelgestreift. . M 7.00
- Serie IV Dunkelgestreifte Kam-
garne M 8.50
- Serie V Prima Kammgarn m. fein.
Streifen Sehr vornehm. M 10.00
- Serie VI Pa Aachener Kammgarn
Eleg Cutaway-Hosen, M 13.50

Große Posten Knaben-Hosen 60 Pf. für das Alter von 5—8 Jahren durchweg M 1.50 u.
Große Posten Schüler-Hosen 2.00 für das Alter von 8—14 Jahren . . durchweg M



BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 Schöneberg, Hauptstr. 10

Phantasie-Westen
1.75 2.95 3.50

Die Besichtigung unserer Kleiderwerke ist unseren Kunden nach vorheriger Anmeldung gern gestattet.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

